Gruppensex auf dem Lehrplan S.2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 43 – 25. Oktober 2014

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Wohl bald Ministerpräsident von Thüringen: Bodo Ramelow („Die Linke“) neben einer Figur von Karl Marx Bild: pa

CDU stellt sich ins Abseits

Abgrenzung von der AfD liefert die Union der Gnade der Sozialdemokraten aus

Während die SPD überlegt, ob sie unter einem Ministerpräsidenten der Partei „Die Linke“ in Thüringen regieren will, spaltet die CDU das bürgerliche Lager.

Bis zum 3. November sollen die Mitglieder der Thüringer SPD darüber abstimmen, ob ihre Partei in Koalitionsverhandlungen mit der Linkspartei tritt. Antworten sie mit Ja und entscheiden sich auch die Grünen für ein linkes Dreierbündnis, könnte mit Bodo Ramelow erstmals ein Vertreter der ehemaligen SED Ministerpräsident in einem Bundesland werden.

Welche Botschaft dies an die Opfer jener Diktatur aussendet, die mit dem Mauerfall vor beinahe exakt 25 Jahren ihrem verdienten Ende entgegentaumelte, ist kaum auszumalen. Enttäuschung, Verbitterung und Wut werden selbst etliche Sozialdemokraten aus ihrer Partei treiben. Es werden jene Mitglieder sein, die fest in der Tradition der ältesten demokratischen Partei Deutschlands stehen und ihrem Gewissen folgen.

Die Generalsekretärin der Bundes-SPD, Yasmin Fahimi, beeilte sich zwar zu beteuern, dass ein rotrotes Bündnis auf nationaler Ebene nicht infrage komme. Doch die Erfahrung lehrt, dass solche Schwüre ein Verfallsdatum haben, welches die Akteure nach machtpolitischer Opportunität wählen.

SPD sendet zweifelhafte Botschaft an Opfer der SED

Langfristig verschafft sich die SPD mit der Option Linkspartei einen strategischen Vorteil gegenüber ihrem schwarzen Koalitionspartner in Berlin. Sie kann sich unter allen Parteien bis zur Union ihre Partner auswählen, während CDU und CSU nurmehr die Möglichkeit eines Bündnisses mit der SPD oder mit den Grünen bleibt.

Schuld an diesem Nachteil trägt nicht zuletzt die Union selbst durch ihre verbissene Abgrenzung zur AfD. Gerade erst hat der CDU-Spitzenkandidat für die Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar, Dietrich Wersich, die AfD wieder scharf attackiert und ein Bündnis der beiden bürgerlichen Parteien CDU und AfD strickt ausgeschlossen.

Als Gründe nannte er zum einen die Europapolitik. Die indes spielt auf Landesebene so gut wie keine Rolle. Ein Argument übrigens, mit dem Fahimi Rot-Rot in Erfurt verteidigt hat. Zum anderen nennt Wersich die Haltung zum Islam und zur Zuwanderungspolitik. An Letzerem ist etwas dran: Während die CSU zumindest verbal versucht, sich vom linken Lager in der „Flüchtlings“-Frage abzugrenzen und von der Eindämmung illegaler Einreisen spricht, hat sich die CDU allem Anschein nach völlig in eine Politik gefügt, die selbst dann verlogen oder fahrlässig von „Flüchtlingen“ redet, wenn Menschen von Spanien nach Deutschland gezogen sind, um ihre materielle Situation zu verbessern. Die Frage ist, wer bei diesem Thema näher an der Mehrheit im bürgerlichen Lager steht, die CDU oder die AfD.

Die Folge dieser CDU-Politik ist, dass die Linke in Deutschland den Takt vorgibt, obwohl nach allen Umfragen die bürgerlichen Parteien die Mehrheit im Volk hinter sich haben. Das dürfte weder im Sinne der CDU noch ihrer Anhänger sein. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Machtstreik

Das Streikrecht ist ein hohes Gut und darum in der Verfassung verankert. Wer es für sich beansprucht, hat aber auch die Pflicht, damit verantwortungsvoll umzugehen. Der von der Spartengewerkschaft GDL angezettelte Arbeitskampf jedoch ist verantwortungslos und nimmt langsam absurde Züge an. Dabei geht es schon längst nicht mehr um eine gewöhnliche Tarifauseinandersetzung, bei der die Gewerkschaft Forderungen stellt, die Arbeitgeberseite ein Angebot macht und man sich am Ende auf einen Kompromiss einigt. Tatsächlich geht es um Macht, nämlich darum, dass die kleine Lokführergewerkschaft auch andere Berufsgruppen vertreten darf, die bereits von der großen Bahngewerkschaft EVG wirksam vertreten werden.

Die Lokführer streiken tatsächlich nicht für ihre eigenen Interessen, sondern für die ihres Vorsitzenden Claus Weselsky. Der ist schon längst meilenweit von seinen Kollegen entfernt, hat seit 22 Jahren keinen Zug mehr geführt, bezieht ein Gehalt, das weit jenseits dessen liegt, was ein Lokführer jemals erreichen kann. Nun will er seine Macht noch weiter ausdehnen, indem er auch für das übrige Zugpersonal zuständig wird. Einzig und allein um das zu erzwingen, lässt er die Lokführer streiken und nicht, um für sie Verbesserungen herauszuholen. Die GDL-Mitglieder sollten endlich erkennen, dass sie ihrem Vorsitzenden zu nichts anderem als ein Druckmittel dienen, um seinen persönlichen Machtbereich auszuweiten. Dafür sollten sie sich zu schade sein und ihm die Gefolgschaft verweigern, indem sie sich mit der Bahn einigen, deren Angebot gar nicht so weit von ihrer Forderung entfernt ist.

LO pflegt den Dialog

Sanktionspolitik zum Trotz: gute Beziehungen zu Russen

Zum siebten Mal hat die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) ein Deutsch-Russisches Forum ausgerichtet. Austragungsort war dieses Mal der geschichtsträchtige Ort Tilsit. Einem engagierten Russen wurde das Silberne Ehrenzeichen der LO verliehen. Wenn auch die Vorbereitungen für die Veranstaltung durch die verschärften Grenzaufenthaltsbestimmungen – eine Reaktion der Russen auf die restriktive Visapolitik der Europäischen Union – erschwert wurden, so besteht und bestand von deutscher wie von russischer Seite kein Zweifel daran, dass der Austausch gewünscht ist und auch in Zukunft fortgeführt werden soll.

Beim Deutsch-Russischen Forum handelt es sich um eine kulturelle Veranstaltung, bei der neben der Geschichte Ostpreußens auch Traditionen und vor allem das Alltagsleben der Menschen im Vordergrund stehen und gemeinsame Projekte wie Ausstellungen angeschoben werden.

LO-Ehrenzeichen für engagierten Russen

Junge Russen fordern die Berücksichtigung der deutschen Geschichte des Gebiets, in dem sie leben. Dabei treten sie gegenüber der Administration forsch auf. So sagte es der anwesende deutsche Generalkonsul, Rolf Friedrich Krause, in seinem Grußwort.

Wäre das alle beschäftigende Thema Ukraine-Krise nicht zur Sprache gekommen, hätte das auf gegenseitiges Vertrauen und Gemeinschaft ausgerichtete Deutsch-Russische Forum viel an Glaubwürdigkeit verloren. Wie sich in Gesprächen herausstellte, diskutieren die Russen ebenso konträr darüber wie die Deutschen. Viele können nicht verstehen, was in der Ukraine gespielt wird. In einem waren sich jedoch alle einig: Wir lassen uns von der Politik nicht kaputt machen, was wir in jahrelanger und mühseliger Arbeit aufgebaut haben. *MRK*

Keine Trendwende für FDP

Querelen in Hamburger Landesverband schließen Wahlerfolg aus

Mit einer Mischung aus Hoffen und Bangen blickt die FDP nach Hamburg. Dort findet im kommenden Februar die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft statt, die selbst der eigenen Führung als Schicksalsstunde für die ganze Partei gilt (siehe *PAZ* 37/2014). Von ihrem Wiedereinzug ins Parlament erhoffen sich die Liberalen eine Trendwende nach einer Serie vernichtender Wahlniederlagen. Die Chancen darauf verringern sich indes beinahe täglich, denn die Elbliberalen üben sich weiter in erbittertem parteiinternen Streit.

Nach dem spektakulären Austritt der Landesvorsitzenden Sylvia Canel und weiterer prominenter Mitglieder Mitte vergangenen Monats hat nun auch der kommissarische Landeschef Dieter Lohberger der Partei den Rücken gekehrt. Er begründet dies mit dem Fehlen innerparteilicher Demokratie und dem autokratischen Führungsstil der Fraktions- und designierten Landesvorsitzenden Katja Suding. Für seine Parteifreunde kam dieser Schritt vollkommen überraschend, fragen sie sich doch, warum er trotz dieser Erkenntnisse überhaupt noch den kommissarischen Landesvorsitz übernommen hat.

Schicksalsfrage für die ganze Partei

Ungeachtet dessen steht Lohberger mit seiner Kritik nicht allein. In der FDP-Parteispitze gibt man sich gleichwohl gelassen. Der FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki rief seine Hamburger Parteifreunde zur Geschlossenheit auf, um das Wahlziel „deutlich mehr als fünf Prozent“ zu erreichen. Dabei setzt er ganz auf die Strahlkraft der Spitzenkandidatin Suding. Doch um das Zugpferd der Hamburger FDP ist es einsam geworden. Damit steht die jahrelange Selbstdemontage der Elbliberalen vor ihrem Abschluss, was eine Anknüpfung an den Wahlerfolg von 2011 ausschließt. Die Hamburger FDP und mit ihr die gesamte Partei steht endgültig vor einem Scherbenhaufen. *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

Mit Steuerrecht gegen Kritiker

Frankfurt am Main – Die globalisierungskritische Organisation Attac verliert ihre Gemeinnützigkeit. Weil sie angeblich „allgemeinpolitische Ziele“ verfolgte, hält das zuständige Finanzamt Frankfurt am Main sie nicht für förderungswürdig. Dazu führte die Behörde die Forderung der Organisation nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer Vermögensabgabe an. Die Entscheidung des Finanzamtes gilt rückwirkend ab 2010. Sie könnte zu einem erheblichen Spendenrückgang führen und die Kampagnenfähigkeit deutlich reduzieren. Attac setzt sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen für eine „ökologische, solidarische und friedliche Weltwirtschaftsordnung“ ein. Dazu gehören unter anderem der Kampf gegen Korruption und der Protest gegen die umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP und Ceta. *J.H.*

Kochen statt kämpfen

Osterholz-Scharmbek – Die USA und ihre Alliierten fliegen Luftangriffe gegen die IS-Terroristen, um die Kurden zu schützen, und diese schicken ihre Kämpfer zum Kochkurs nach Deutschland. Doch was auf den ersten Blick grotesk klingt, hat seinen guten Grund. Die Bundesregierung hat den kurdischen Peschmerga auf deren ausdrücklichen Wunsch 25 Feldküchen zur Verfügung gestellt. Diesen komme „an der Front“ eine zentrale Rolle zu, so ein Sprecher des Verteidigungsministeriums. Sie seien wichtig, weil sie die Überlebensfähigkeit im Felde erhöhten. So könnten die Peschmerga ihre Truppen völlig unabhängig von jeglicher Infrastruktur versorgen. Da die Geräte nicht ohne eine Einweisung zu bedienen sind, bildet die Bundeswehr an der Logistikschule in Osterholz-Scharmbek zehn Peschmerga-Kämpfer daran aus. *J.H.*

»Pornografisierung der Schule«

Bis zu 3000 Menschen haben in Stuttgart gegen den »Bildungsplan 2015« demonstriert

Stuttgart hat die bislang größte Demonstration gegen den „Bildungsplan 2015“ erlebt. In den Augen der Demonstranten plant die grünrote Landesregierung einen bisher beispiellosen pädagogischen Eingriff auf die sexuelle Entwicklung der Kinder. Die Regierung weist die Vorwürfe zurück.

Zwischen 1200 und 3000 Personen haben vergangenen Sonntag in Stuttgart gegen den „Bildungsplan 2015“ der baden-württembergischen Landesregierung demonstriert. Konkret stoßen sich die Demonstranten an der vorgesehenen „Erziehung zur Toleranz gegenüber sexueller Vielfalt“, die laut den Initiatoren der „Demo für alle“ genannten Veranstaltung den Rahmen des Zulässigen und Kindgerechten massiv sprengt.

Akuter Anlass der Demonstration war, dass der Petitionsausschuss des Landtages eine Petition gegen den Bildungsplan abgeschmettert hatte, obschon sie von 192000 Bürgern unterzeichnet worden war. Die Ablehnung erfolgte den Angaben der Initiatoren zufolge ohne Begründung. Daher sei man nun erneut auf die Straße gegangen. Die Teilnehmerzahl habe die aller bisherigen Kundgebungen übertroffen.

Laut dem Plan soll Sexualkunde künftig fachübergreifend unterrichtet werden und ausdrücklich auch Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten und ausgefallenen Sex-Praktiken fördern. Den Gegnern des Plans werfen dessen Befürworter Homosexuellenfeindlichkeit vor. Die weisen diesen Vorwurf scharf zurück. Es gehe nicht um die Diskriminierung sexueller Minderheiten, sondern um den Schutz von Zehn- bis 14-Jährigen vor einer Übersexualisierung im Unterricht.

Etwa 500 Polizisten mussten die Veranstaltung gegen 200 linke Gegendemonstranten schützen. Die Linken bewarfen die Beamten mit Stinkbomben und spuckten sie an. Bei der Durchsuchung einzelner Gegner der „Demo für alle“

Philologen-Chef warnt vor Schäden für die Schüler

stellten die Polizisten Böller, Quarzhandschuhe und Vermummungsmaterial sicher.

Dem Aktionsbündnis „Demo für alle“ haben sich rund 20 Organisationen und Initiativen in Baden-Württemberg angeschlossen, die von kirchlichen Gruppen und der AfD bis zu CDU-Gruppierungen wie den „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) oder Evangelischen Arbeitskreisen in der CDU (EAK) reichen.

Flankierende Unterstützung erhielt die Demonstration vom Vorsitzenden des Philologenverbandes Baden-Württemberg, Bernd Sauer. In einem Beitrag für den „Focus“ rechnet der 60-Jährige mit den Plänen der grün-roten Landesregierung scharf ab: „Dildo, Taschenmuschi, Handschellen, Aktfotos, Vaginalkugeln – was Gender-Sexualpädagogen, neo-emanzipatorische Sexualforscher und andere postmoderne Entgrenzer unseren Kindern unter dem Siegel einer ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘ vorlegen wollen, ist unsäglich“, so Sauer in seiner Stellungnahme. Er zeigt sich entsetzt darüber, dass den Kindern laut „Bildungsplan“ „Oral- und Analverkehr“, „Gruppensex-Konstellationen“ oder die Frage, „Wie betreibt man einen Puff?“ im Unterricht nähergebracht werden sollten.



Wehren sich gegen Gruppensex auf dem Lehrplan: Teilnehmer der „Demo gegen alle“ Bild: pa

Was da geplant werde, sei eine „Pornografisierung der Schule“, die auf eine „staatlich sanktionierte Vergewaltigung der Kinderseele“ hinauslaufe. „Die Odenwaldschule lässt grüßen“, mahnt Sauer. Das progressive Internat war unlängst in die Schlagzeilen geraten, als etliche ehemalige Schüler frühere Lehrer anklagten, sie jahrelang sexuell missbraucht zu haben.

Der Hinweis auf die Odenwaldschule ist möglicherweise mehr

»Sexuelle Vielfalt« oder »Vergewaltigung der Kinderseelen«?

als bloße Polemik. Antje Schmelcher hat in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ die Hintergründe und Stichwortgeber dessen untersucht, was in Baden-Württemberg vorgesehen ist. Besonderen Einfluss übe die „Gesellschaft für Sexualpädagogik“ (GSP) aus mit ihrem Mitbegründer und Vorstand Uwe Sielert, Professor für Pädagogik in Kiel. Dieser komme aus der „neo-emanzipatorischen Sexualforschung“, welche der Sexualforscher Helmut Kentler begründet habe.

Kentler, so Schmelcher, habe Anfang der 70er Jahre verwahrloste Kinder bei vorbestraften Pädophilen untergebracht, „Kümmern gegen Sex, das war der Deal“. Als Kentler 2008 starb, habe Elisabeth Tuider, eine Kasseler Professorin, das Nachwort geschrieben, zusammen mit dem Bremer Soziologen Rüdiger Lautmann. Lautmann habe 1994 das Buch „Die Lust am Kind. Porträt eines Pädophilen“ veröffentlicht.

Tuider wiederum arbeitet mit Sielert in der GSP zusammen und hat mit ihm gemeinsam das Buch „Sexualpädagogik weiterdenken. Postmoderne Entgrenzungen“ veröffentlicht. Tuider empfehle beim Sexualunterricht für Kinder ausdrücklich, eine „Verwirrung“ und „Veruneindeutigung“ der Zöglinge anzustreben. Genau dagegen richten sich die Proteste. Kinder würden zutiefst und absichtlich verunsichert, ihre Schamgrenze eklatant verletzt und ihre schützenswerte, da hochsensible sexuelle Entwicklung womöglich dauerhaft beschädigt.

In Stuttgart sprachen auch Vertreter ähnlicher Organisationen wie „Demo für alle“ aus Frankreich und Polen. Ihren Worten zufolge fürchtet man in den Nachbarländern ähnliche Entwicklungen wie in Deutschland. Innerhalb Deutschlands sind zumindest Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen betroffen, wo ähnliche Pläne wie in Baden-Württemberg teilweise laufen oder angedacht werden. Beeindruckt von den Protesten hat Baden-Württembergs Regierung den „Bildungsplan 2015“ zunächst um ein Jahr auf 2016 verschoben.

Der Sprecher von Landeskultusminister Andreas Stoch (SPD) warf den zur Demo erschienenen CDU-Politikern vor, gemeinsam mit AfDlern demonstriert zu haben. Grünen-Landeschef Oliver Hildebrand kritisierte, die CDU-Vertreter stellten sich an die Seite „ultrakonservativer Kreise“. CDU-Landeschef Thomas Strobl solle sich erklären. *Hans Heckel*

Die Schulden-Uhr: Vermögen wächst weiter

Das Geldvermögen in Deutschland nimmt immer mehr zu. Wie die Bundesbank mitteilte, bevorzugten die privaten Haushalte trotz niedriger Zinsen nach wie vor kurzfristige und risikoarme Anlageformen. Dennoch sei das Geldvermögen der Deutschen allein von April bis Juni um 57 Milliarden Euro auf 4,976 Billionen Euro gewachsen. Das Vermögen in Form von Bargeld, Wertpapieren, Bankeinlagen oder Ansprüchen gegenüber Versicherungen sei dabei vor allem durch Investitionsrenditen gestiegen. Mit knapp 21 Milliarden Euro sei der kleinere Teil des Vermögensanstiegs auf Bewertungsgewinne entfallen, die vor allem aus Aktien und Anteilen an Investmentfonds kamen. Andere Vermögenswerte sind in der Statistik nicht enthalten. *J.H.*

2.048.423.587.670 €

Vorwoche: 2.048.127.525.127 €
Verschuldung pro Kopf: 25.427 €
Vorwoche: 25.421 €

(Dienstag, 21. Oktober 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Schädlicher Flickenteppich

Deutsche Polizeigewerkschaft analysiert Fehler im deutschen Sicherheitssystem

Polizei und Justiz im Rechtsstaat – Miteinander, füreinander, aneinander vorbei?“ So lautete das Thema einer Fachtagung der Deutschen Polizeigewerkschaft in Berlin. Der Jurist und Polizeiexperte Thomas Darnstädt vom Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ fuhr in seinem Vortrag „Blick der Öffentlichkeit auf Polizei und Justiz“ scharfe Geschütze auf. Es sei nicht die Aufgabe der Öffentlichkeit und Presse, für „Wohlbefinden bei Polizei und Justiz zu sorgen“, erklärte Darnstädt als Erstes. In seinem 2013 erschienenen Buch „Der Richter und sein Opfer – wenn die Justiz sich irrt“ hatte er anhand spektakulärer Fälle geschildert, wie die Justiz all ihre Macht einsetzt, um eigene Fehler zu vertuschen. „Es gibt nur sehr wenige Richter“, schrieb Darnstädt, „die darüber nachdenken, was eigentlich passiert, wenn sie etwas falsch machen. Warum auch? Ihnen passiert ja nichts.“

In den Justizministerien aller 16 Bundesländer würden keine Statistiken über Fehlurteile geführt, „im Bundesjustizministerium schon gar nicht“. Die Justiz sei das „einzige Großunternehmen“, das es sich erlauben könne, aus seinen Fehlern nicht zu lernen. Als er in seinem Vortrag noch hinzusetzte, „und sie ist auch nicht bereit dazu zulernen“, wies das hernach der Direktor des Amtsgerichts Bielefeld, Jens Gnisa, zurück. Dazulernen wolle man schon, meinte Gnisa, und ihm selber, der auch stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Richterbundes ist und kenntnisreich über den „Richtervorbehalt am Beispiel der Blutentnahme“ referierte, darf man das auch abnehmen. Der faktengesätigte allgemeine Befund Darnstädts wiegt trotzdem schwer.

Kommunikationslücken bei Polizei und Justiz

Darnstädt hob zugleich hervor, wie abhängig die Richter von den Ermittlungsergebnissen der Polizei und Staatsanwaltschaften sind: „Welche Zeugen und welche Beweise in Betracht kommen, das haben die Ermittler längst vorsortiert.“ Ferner sei es oft katastrophal, wie Zeugenaussagen in Protokollen wiedergegeben seien. Er plädiert dafür, wie in Großbritannien die Ermittlungsverfahren vollständig in Ton-Bild-Dokumentationen festzuhalten.

Dass in der deutschen Justiz dagegen bei Computersystemen eher absurde Verhältnisse herrschen, machte Berlins Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) klar. Die IT-Systeme von Polizei und Justiz müssten „maßgeblich verbessert“ und auch besser aufeinander abgestimmt werden. „Der Flickenteppich, den wir uns da leisten, sowohl im Föderalismus wie untereinander, ist kaum noch nachzuvollziehen“, so Heilmann.

Bereits im vergangenen Jahr hatte der Berliner „Tagesspiegel“ berichtet, das neue Computersystem Mesta (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation) bringe Justizmitarbeiter „fast zum Weinen“. „Mesta ist wahnsinnig kompliziert, man braucht ewig, um nur eine einzige Akte anzulegen“, wurde eine Amtsanwältin zitiert. Ferner hieß es: „Regelrecht skurril ist es, dass die Polizei ihre Akten bereits digital führt, sie der Staatsanwaltschaft so aber nicht übermitteln kann. Stattdessen werden sie ausgedruckt und per Post herübergeschickt.“ Nun denkt Heilmann über eine App-Technologie nach, die überall funktionieren solle. Er will künftig auch eine Vermögensabschöpfung bei kriminellen Familienclans erreichen. Wie erfolglos die Justiz bislang dabei ist, wurde schon in einem Vortrag des Berliner Oberstaatsanwalts Sjors Kamstra beim Bund Deutscher Kriminalbeamter deutlich. Wo etwa kriminelle Rocker ihr mit Sicherheit beträchtliches Vermögen gelassen hätten, wisse man noch nicht und werde es vielleicht auch nie erfahren, erklärte Kamstra. Und: „Wir können beobachten, dass bestimmte kriminelle Großfamilien aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten und ihres Drohpotenzials in der Lage sind, Beweismittel beliebig zu beeinflussen.“ Das Drohpotenzial arabischer Großfamilien gehe dabei mittlerweile so weit, dass es potenziellen Geschädigten gelegentlich schwer falle, anwaltlichen Beistand zu erlangen. In mindestens zwei Fällen habe man erfahren, dass Anwälte die Vertretung von Tatopfern aus Angst um ihre eigene Gesundheit abgelehnt hätten.

Der Vertreter der *PAZ* merkte auf der Polizeitagung zudem an, dass Berlin auch im Jahr 2013 nur die geringste Aufklärungsquote von allen Bundesländern bei Raub erzielt habe, nämlich nur 34,7 Prozent. Die große Mehrheit der Raubtaten komme somit in Berlin gar nicht erst vor die Justiz. *Michael Leh*

Versailles wirkt bis heute

Die tschechische Regierung will die Schiffbarkeit der Elbe verbessern. Dazu verlangt sie von der Bundesregierung eine garantierte Schiffbarkeit der Wasserstraße von der tschechischen Grenze bis Hamburg. Wie der tschechische Vize-Verkehrsminister Karel Dobes bei einer Tagung von Handelskammervertretern in Berlin erklärte, sei Deutschland nach dem Versailler Vertrag von 1919 dazu verpflichtet. In dem Diktatfrieden hatte Deutschland seinerzeit den Tschechen einen Zugang zum Meer garantieren müssen. Diese Verpflichtung wurde im Jahre 2006 in einem deutsch-tschechischen Memorandum ausdrücklich bekräftigt. Der Fluss habe für sein Land zwei strategische Bedeutungen, sagte Dobes in Berlin weiter. Da sei zum einen die für den Binnenhandel unverzichtbare Verbindung zum Weltmeer, zum anderen stelle der kostengünstige Wassertransport über die Elbe die Öl- und Gasversorgung seines Landes sicher, falls Russland seine Lieferungen als Folge der Ukraine-Krise einstelle. Enak Ferlemann, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, erklärte, die Bundesregierung stehe „voll und ganz“ zu ihren Verpflichtungen gegenüber der Tschechischen Republik, die Elbe als Wasserstraße zu fördern. *J.H.*

Bürgermeistertausch

Von Vera Lengsfeld

Berlin ist eine Weltstadt, aber seine Politiker haben bestenfalls Provinzformat. Als der Regierende Klaus Wowereit scheinbar überraschend seinen Rücktritt erklärte, hätte die Opposition eigentlich Neuwahlen fordern müssen.

Umso mehr, als Wowereit nur einem Abwahlverfahren zuvorgekommen ist, das durch die Berliner entschieden worden wäre, nachdem das nötige Unterschriftenquorum erreicht worden war.

Stattdessen ist sie abgetaucht und hat den Bürgermeistertausch zu einer internen Angelegenheit der SPD erklärt. Das zeugt mindestens vom mangelnden Respekt vor dem Volkswillen.

Kaum lag der Ball allein im Spielfeld der SPD, begann dort ein unwürdiges Gezerre um die Neubesetzung. Drei Männer fühlten sich berufen: der Parteivorsitzende Jan Stöß, der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh und, weil beide von Wowereit als ungeeignet befunden wurden, der Stadtentwicklungssenator Müller.

Wie sollte der Wowereit-Nachfolger gekürt werden?

Wenn es den Delegierten zugefallen wäre, die über den Spitzenkandidaten und die Wahllisten bestimmt haben, wäre mit ziemlicher Sicherheit Stöß nominiert worden. Würde die Fraktion wählen, wäre Saleh der sichere Favorit gewesen.

Müller hätte in beiden Fällen keine Chance gehabt. Also legte Wowereit fest, dass es eine Mitgliederbefragung zu geben habe.

Das Ergebnis war, wie von Wowereit gewünscht: Sein Nachfolger wird der ehemalige SPD-Landesverbandsvorsitzende Müller, der, als er noch im Amt war, als Schlaftablette galt. Um diesem Image entgegenzuwirken, hat er verkündet, er wolle Berlin aus seinem „Schlafmodus“ holen. Ob ihm das gelingt, bleibt abzuwarten. Er übernimmt ein schweres Erbe.

Das heißeste Eisen ist der Pannenflughafen, mit dem sich Müllers Förderer Wowereit ein Denkmal setzen wollte. Jetzt ist es ein Mahnmal für Politikerinkompetenz. Kenner sagen, dass es nur noch eine Möglichkeit gebe, die Bauruine fertigzustellen, indem man sie an ein Unternehmen verkauft, das Flughäfen bauen kann. Dafür müssten sich Berlin und Brandenburg aus dem Unternehmen zurückziehen. Sollte der Flughafen eines Tages wirklich in Betrieb gehen, würden den Ländern dann die Einnahmen entgehen.

Schwieriger kann eine politische Gemengelage nicht sein. Die Chancen stehen gut, dass der designierte Bürgermeister an dieser Aufgabe scheitert. Damit bleibt seinen innerparteilichen Konkurrenten jede Menge Spielraum, sich bis zur nächsten Wahl zu positionieren. Was bei diesen Personalquerelen auf der Strecke bleibt, ist das, was Politik eigentlich ausmachen soll, nämlich das Lösen der vielen Probleme, die sich in Berlin angestaut haben.

Die Reformlüge

Linkes Schulprojekt »Inklusion« in der Defensive: Aufbegehren selbst in den eigenen Reihen



Behinderte Kinder benötigen eine besondere Förderung: Das Geld dafür fehlt allerdings in Berlin

Bild: imago

Behinderte mit nichtbehinderten Kindern zusammen zu unterrichten ist der umstrittene Plan linker Schulreformer. In der Praxis bringt der Versuch selbst seine einstigen Unterstützer gegen die Politik auf. Für Berlins SPD-Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) sind schwere Zeiten angebrochen.

Die Unterrichtung von behinderten Kindern auf normalen Schulen gilt als das Reformprojekt moderner Pädagogik schlechthin. In der Realität entpuppt sich die Reform allerdings als Sparprogramm zulasten der Schwächsten. Vor allem seit Beginn des neuen Schuljahrs kommt Berlins Bildungssenatorin Scheeres ausgerechnet bei dem Thema, das sie als Schwerpunkt ihrer Amtszeit bezeichnet hatte, zusehends unter Druck.

Nachdem vor einigen Wochen schon von Eltern und Gewerkschaftern heftige Kritik an der Umsetzung der Inklusion gekommen war, sorgte nun ein Brandbrief von Grundschulleitern aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg für neues Aufsehen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen seien sie nicht mehr in der Lage, förderbedürftige Kinder angemessen zu betreuen, so die Warnung der Schulleiter vor einem Scheitern der Inklusion.

Noch drastischer haben inzwischen Eltern der Kreuzberger Charlotte-Salomon-Grundschule ihrem Unmut Luft gemacht. Auf Veranstaltungen, an denen auch die Bildungssenatorin teilnahm, schlugen sie in den letzten Wochen mit Deckeln auf Kochtöpfe. Eine Anspielung auf die Etat-Deckelung, die sich in Berlin als ein Grundproblem der Inklusion herausgestellt hat. Während die Zahl der Kinder mit Förderbedarf an den Regelschulen massiv angestiegen ist, wurde der entsprechende Etat einfach nicht dem Bedarf angepasst. Im Alltag kommt dies für die Betroffenen einer teilweise drakonischen Rotstift-Politik gleich. Im Jahr 1999 gab es nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Berlin 5120 Integrationsschüler. Bis zum Schuljahr 2013/14 ist die Zahl auf 12 330 gestiegen. Mit dieser von der Politik erwünschten Entwicklung nicht mitgehalten hat allerdings Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel durch die Politik. So ist die Zahl der Lehrerstellen im genannten Zeitraum nur um gut 200 auf 1415 gestiegen.

Es leiden auch die nichtbehinderten Schüler

Völlig am Bedarf vorbei gehen auch die Budgets für die notwendigen Förderstunden: Sprach- und lernbehinderte sowie verhaltensauffällige Kinder an Regelschulen haben zuletzt nicht mehr die von der Verwaltung zugesicherten wöchentlichen zweieinhalb bis drei Förderstunden pro Woche erhalten, sondern im Schnitt nur noch eineinhalb. Dadurch habe der rot-schwarze Senat 195 Lehrerstellen eingespart, so der Vorwurf der GEW.

Wie durch eine Anfrage der Abgeordneten Stefanie Remlinger (Grüne) bekannt wurde, haben rund 5000 Schüler in Berlin im vergangenen Schuljahr weniger Förderstunden bekommen, als ihnen zugestanden haben. Auch die bewilligten Mittel für die Schulhelfer, die behinderten Kindern einen Besuch regulärer Schulen überhaupt erst möglich machen sollen, sind völlig unzureichend. Wie sich das ganz konkret auswirkt, wird an einem Fall deutlich, auf den Regina Kittler, die Bildungsexpertin der Linkspartei, aufmerksam gemacht hat. Eltern eines behinderten achtjährigen Mädchens hatten die Politikerin angesprochen, weil ihr Kind im Rollstuhl sitze und nur über Augensteuerung den Computer bedienen könne. Für die Betreuung stehen dem Kind pro Woche eigentlich 20 Schulhelferstunden zu – tatsächlich bekommt das schwerbehinderte Mädchen derzeit aber nur vier Stunden.

Bleibt es bei der mangelhaften Finanzausstattung, drohen allerdings nicht nur den Kindern mit Förderbedarf durch das Reformprojekt Inklusion massive Nachteile. Fehlen Pädagogen und Schulhelfer, werde dies, so die allgemeine Befürchtung, unvermeidlich negative Rückwirkungen auf den gesamten Unterricht und den Lernerfolg auch der nichtbehinderten Schüler entfalten. „Wenn ein auffälliges Kind austickt, ist keiner mehr da, der es beruhigen kann. Darunter leidet eine Klasse“, so ein Schulleiter.

Mit den Problemen im Schulalltag alleingelassen, kommen inzwischen selbst Befürwortern des Reformprojekts Zweifel. „Gerade diejenigen Lehrer, die wirklich die inklusive Schule wollen, sind nun frustriert“, lautet das ernüchternde Fazit von Lothar Semmler von der GEW-Schulleitervereinigung.

Wie tief das Projekt Inklusion mittlerweile in der Sackgasse steckt, wurde vor Kurzem bei einer aktuellen Stunde im Berliner Abgeordnetenhaus deutlich. Bei der von der Linkspartei auf die Tagesordnung gesetzten Debatte unter dem Titel „Blockade im Senat – für Inklusion keinen Plan, für Integration keine Mittel“ musste Scheeres sogar Kritik aus den Reihen der eigenen rot-schwarzen Koalition einstecken. Die CDU-Bildungsexpertin Hildegard Bentele bemängelte etwa, im Senat sei schon lange nicht mehr über Inklusion gesprochen worden. Sie wolle allerdings „lieber ein Prozent gut gemachte als fünf Prozent schlecht gemachte Inklusion“. Entweder Berlin bekenne sich zur Deckelung der Mittel und begrenze den Schulbesuch behinderter Kinder in Regelschulen oder es müsse mehr Geld investiert werden.

Deutliche Skepsis angesichts der Entwicklung war sogar bei Scheeres' Parteigenossin Ilkin Özisi zu spüren: Inklusion sei „eben kein Knopf, den man drückt, und dann ist sie da“. Der Prozess brauche Zeit und Geld, das momentan nicht zur Verfügung stehe, so die SPD-Abgeordnete.

Norman Hanert

Union läuft sich warm

Landes-CDU will in Berlin wieder führen, SPD nominiert Müller

Fast mühelos hat sich Berlins Stadtentwicklungssenator Michael Müller deutlich mit 59 Prozent der Stimmen in einer Mitgliederbefragung als Nachfolger von Klaus Wowereit in der Berliner SPD durchgesetzt. Er wird sich damit 2016 als SPD-Kandidat um das Amt des Regierenden Bürgermeisters bewerben. Müller gilt als Vertrauter Wowereits und als eher „bürgerlich“ und „solider Arbeiter“. Er könnte daher für die CDU zum Problem werden.

Kurz zuvor tagte auch der „kleine Parteitag“ der Berliner CDU im Haus des DGB. Der Tagungsort wird als politisches Signal aufgefasst. Die Spree-Union macht sich offenbar Hoffnungen, wieder zur großen Volks- und damit Bürgermeisterpartei aufzusteigen. Da sind auch gute Beziehungen zur Gewerkschaft hilfreich. Mit 28 Prozent Stimmenanteil – nach der neuesten Umfrage – ist der kleine Regierungspartner der SPD so stark wie schon lange nicht mehr.

Von einer eigenen Mehrheit ist die Partei dennoch weit entfernt. Nach der Wahl 2016 strebe die CDU aber „noch mehr Verantwortung und Gestaltungskraft“ in Berlin an, so Generalsekretär Kai Wegner. Parteichef und Innensenator Frank Henkel lästerte über den Zustand der SPD. Beim Thema Wirtschaftsmigranten arbeitete sich Henkel am Thema Oranienplatz (die *PAZ* berichtete mehrfach) ab. Das eigentliche Thema – die Rükkführung abgelehnter Asylbewerber in ihre Heimatstaaten – sprach er nicht an. Er forderte ein „Maßnahmenpaket“ und zählte dazu die Unterbringung der „Flüchtlinge“ als Herausforderung für die wachsende Stadt mit 250 000 neuen Einwohnern bis 2030. Ansonsten forderte er die Schaffung zusätzlicher Stellen im Öffentlichen Dienst.

Die Grünen halten sich alle Optionen offen

Die Christdemokraten von der Spree geben sich optimistisch. Für den Fall, dass der gegenwärtige Koalitionspartner sich nach den Abgeordnetenhauswahlen weigert, Henkel zum Regierenden Bürgermeister mit zu wählen, hoffen sie auf eine schwarz-grüne Koalition. Sollte die Union allerdings nach den Wahlen aus der Regierung fliegen, wären spätestens dann Zweifel an der Aussage von CDU-Generalsekretär Kai Wegener erlaubt, dass alle Führungsfragen geklärt seien.

Einige Tage zuvor hielten die Grünen auch einen Landesparteitag in Berlin ab. Mit Umfragewerten um die 18 Prozent liegt die Partei etwa auf dem Niveau der Wahlen von 2011. Für 2016 hält sie sich alle Regierungsoptionen (Schwarz-Grün oder „Volksfront“ Rot-Rot-Grün) offen.

Hans Lody

Exklusiver Park

Streit um Vereinbarung mit Springer-Chef

Eine Vereinbarung mit Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner hat zu scharfer Kritik an der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) geführt. Die Stiftung hat Döpfner als Mäzen für die Sanierung der sechs Hektar großen Parkanlage um die Villa Henckel am Potsdamer Pfingstberg gewonnen.

Der Wahl-Potsdamer, dem die Villa Henckel und ein Teil ihres historischen Parks gehört, soll dafür das Recht erhalten, das Areal an Wochenenden exklusiv zu nutzen. Besucher sollen nur noch werktags zwischen 7 Uhr und Einbruch der Dämmerung Zutritt haben. „Ich glaube, dass die Zugänglichkeit des Parks wochentags von 7 Uhr morgens bis zum Einbruch der Dunkelheit ein angemessener Preis für die Wiederherstellung und Pflege des Gartens nach historischem Vorbild ist“, verteidigt SPSG-Direktor Hartmut Dorgerloh die Vereinbarung. Insgesamt wird Döpfner einen siebenstelligen Betrag investieren, den die Stiftung nach eigenen Angaben momentan selbst nicht aufbringen kann.

Am Wochenende soll er gesperrt werden

Eingeschaltet in den Streit hat sich neben dem Kulturministerium auch Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD). Jakobs' Kritik geht mehr in Richtung Stiftung, denn gegen Döpfner.

Döpfner, der in Potsdam schon mehrmals als Mäzen aufgetreten ist, hat Befürchtungen, er könne sein Engagement aufgeben, inzwischen entkräftet. Er habe großen Zuspruch von Potsdamern erfahren, weil ein Stück Kulturgut wiederhergestellt werde. Bei den Protesten gehe es um „Partikularinteressen sehr weniger, sehr wohlhabender Nachbarn“, so Döpfner.

N.H.

Bürger für die Garnisonkirche

Mehr als 4400 Unterschriften hat die Stiftung für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche seit dem Start ihrer neuen Unterstützer-Internetseite (www.unterstuetzen.garnisonkirche.de) vor über einem Monat für das Projekt im Netz gesammelt. Daneben besteht auch die Möglichkeit, den Aufruf persönlich in der sogenannten Nagelkreuzkapelle am ehemaligen Standort der Garnisonkirche zu unterschreiben. Nach Angaben der Stiftung stammen die Unterstützer zum großen Teil aus Potsdam und Umgebung. Eingetragen haben sich aber auch Prominente wie der Nobelpreisträger Günter Blobel. Eine Anfang September gestartete Gegeninitiative „Christen brauchen keine Garnisonkirche“ haben bislang nur rund 530 Personen unterzeichnet. Zu den Unterstützern dieses Aufrufs gehören die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) und Brandenburgs ehemalige Ausländerbeauftragte Almuth Berger.

N.H.

Die Wiege der Seuchen

Warum ausgerechnet Afrika eine ideale Brutstätte für Erreger ist

Afrika ist die Wiege der Menschheit – und zugleich auch eine Geburts- beziehungsweise Brutstätte zahlreicher Infektionskrankheiten, die mittlerweile zum globalen Problem geworden sind. Das beweisen die Ausbreitung von Aids ab 1980 sowie die aktuelle Ebola-Epidemie in Westafrika. Aber warum Afrika? Was läuft dort anders als auf anderen Kontinenten?

Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, muss man zunächst den Lebensstil der Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung betrachten: Unwissenheit und Hygienemängel paaren sich mit einem engen Kontakt zu Tieren. Besonders gefährlich ist dabei der weit verbreitete unkontrollierte Verzehr von Affen, Stachelschweinen, Rohrratten, Waldantilopen und Flughunden – allesamt Tiere, die als Wirte für potenziell tödliche Viren dienen können. Dieses riskante Ernährungsverhalten resultiert natürlich nicht zuletzt aus dem extrem niedrigen Lebensstandard vieler Bewohner Schwarzafrikas. So stehen die derzeitigen Ebola-Seuchenzentren Liberia, Guinea und Sierra Leone auf den Plätzen 175, 179 und 183 des Human Development Index der Vereinten Nationen und gehören damit zu den 15 am wenigsten entwickelten, also ärmsten Staaten der Welt.

Hinzu kommen ökologische Faktoren. Aufgrund der kontinuierlichen Austrocknung des Schwarzen Kontinents und neuerdings nun auch der zunehmenden Abholzung der Regenwälder wird der Lebensraum für die krankheitsübertragenden Wildtiere immer kleiner, weshalb es zu häufigeren Kontakten mit dem Menschen kommt – wobei Ansteckungen bereits auf indirektem Wege wie über eine Kontaminierung von Früchten mit Speichel und Kot erfolgen können.

Ernährung leistet Krankheiten Vorschub

Und wenn dann Infektionen ausbrechen, tut der desolate Zustand des Gesundheitswesens der meisten afrikanischen Länder ein Übriges. Dieser resultiert oftmals aus den ständigen Bürgerkriegen während der nachkolonialen Ära. So sank die Zahl der Ärzte in Liberia infolge der ethnischen und politischen Konflikte im Lande bis auf 51. Ebenso ist es nicht einfach, mit den vorhandenen primitiven Mitteln, hochgefährliche, aber selten vorkommende Krankheiten treffsicher zu diagnostizieren. Hierzu tragen unter anderem auch die ständigen Mutationen der Krankheitserreger bei. Wie bekannt wurde, weist das Ebola-Virus in Westafrika schon über 300 genetische Veränderungen auf, die alle das Ergebnis des Ausbruchs von 2014 sind.

Oft entstehen die Mutationen dabei in den chaotischen Slums der afrikanischen Großstädte. Einer dieser hochvirulenten Schmelztiegel befand sich in Kinshasa, der heutigen Hauptstadt der Demokratischen Republik Kongo. Wie Nuno Faria und Oliver Pybus von der University of Oxford erst kürzlich nachweisen konnten, wurde dort um 1920 herum das Simiane Immundefizienz-Virus (SIV) vom Affen auf den Menschen übertragen, wonach es zum Humanen Immundefizienz-Virus (HIV) mutierte, was die Geburtsstunde von Aids darstellte. Die Weiterverbreitung der neuen Krankheit geschah dann wiederum durch das schnelle Wachstum der Stadt, welches ein massives Aufblühen der Prostitution nach sich zog. Außerdem nahm die Mobilität der Menschen und damit auch der Infizierten durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes im Kongo zu, was zu dem Paradoxon führte, dass eine Verbesserung der Infrastruktur mit einer Verstärkung der Seuchengefahr einherging statt mit Fortschritten bei der Volksgesundheit.

Ein weiterer Risikofaktor sind die ausgedehnten „Schattenzonen" im Inneren des Schwarzen Kontinents, in die weder Wissenschaftler noch Helfer vordringen können, weil es keine staatliche Autorität gibt. Krankheiten, die hier neu entstehen, werden uns wohl noch so manche böse Überraschung bereiten. *W. Kaufmann*



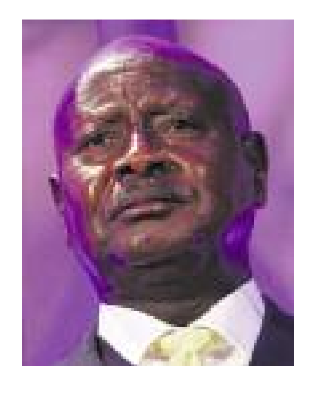
Schlechte Hygienebedingungen beschleunigen die Verbreitung: Betroffene Länder zählen zu den ärmsten der Welt Bild: action press

Zeitzeugen



Claus Karl Schilling – 1907 unternahm der Direktor der Abteilung für Tropenkrankheiten und Tropenhygiene des Königlich Preußischen Instituts für Infektionskrankheiten, also des Vorläufers des Robert-Koch-Instituts, eine Studienreise nach Westafrika. Nach seiner Rückkehr warnte er die Reichsregierung davor, dass „das ganze Congobecken einen riesigen Seuchenherd darstellt".

W. Ian Lipkin – Der renommierte Epidemiologe von der Columbia University in New York entdeckte 2009 ein neues Virus namens Lujo, das in Sambia und Südafrika zu Todesfällen geführt hatte. Es ist eng mit dem Ebola-, Marburg- und Lassa-Virus verwandt; sein plötzliches Auftauchen gilt als ein Beweis dafür, dass in Afrika permanent weiter bedrohliche Krankheiten entstehen.



Yoweri Museveni – Nachdem ein 30-jähriger Röntgenassistent des christlichen Missionskrankenhauses in der ugandischen Hauptstadt Kampala am ebolaähnlichen Marburg-Fieber gestorben war, wonach über 80 Menschen unter Quarantäne gestellt werden mussten, rief der Staatspräsident des zentralafrikanischen Landes zur Besonnenheit auf. Die Bürger sollten den Behörden vertrauen und ansonsten einfach mal auf das Händeschütteln verzichten.

Hermann Gröhe – Aus der Sicht des CDU-Bundesgesundheitsministers muss sich in Deutschland niemand Sorgen wegen Ebola machen, denn „unser Gesundheitssystem ist sehr gut aufgestellt". Deshalb gibt es hierzulande auch keinerlei Einreisekontrollen oder andere Präventionsmaßnahmen gegen die Einschleppung des potenziell tödlichen hämorrhagischen Fiebers und anderer Infektionskrankheiten durch Touristen oder Flüchtlinge aus Afrika.



Thomas R. Frieden – Für den amtierenden Direktor der US-Seuchenschutzbehörde CDC, der zugleich auch die US-Bundesgesundheitsagentur ATSDR leitet, besteht nach den ersten Ansteckungsfällen außerhalb Afrikas die reale Gefahr, dass das Ebola-Fieber zum „nächsten Aids" wird, also zu einer permanenten weltweiten Bedrohung, der auch in den westlichen Industrieländern Millionen Menschen zum Opfer fallen könnten.



Nun droht auch noch Hunger

Seuchen haben in Afrika oft einen sozioökonomischen Teufelskreislauf zur Folge, wie man anhand der aktuellen Ebola-Epidemie ersehen kann. Durch die Quarantäne-Maßnahmen sitzen die Bauern in Sierra Leone, Guinea und Liberia in ihren Dörfern fest und können auch keine Tagelöhner für die Ernte anheuern. Deshalb werden nun die Nahrungsmittel knapp beziehungsweise verteuern sich extrem. Allein im August stiegen die Preise für die viel verzehrten Maniok-Knollen um 150 Prozent. Ebenso geht die Produktion von Exportgütern wie Kakao, Kaffee, Kautschuk, Holz und Palmöl zurück, was zu massiven Einnahmeverlusten führt. Den gleichen negativen Effekt haben die zunehmenden Stornierungen von Projekten zur Erschließung neuer Erdölfelder und Eisenerzvorkommen

Wirtschaft bricht ein

durch ausländische Firmen. Mittlerweile wurde selbst den ansonsten kaltblütig agierenden Konzernen aus China der Boden in Westafrika zu heiß. Und auch die Tourismusbranche erlebt einen Kollaps. So kamen 2013 immerhin 60000 ausländische Urlauber nach Sierra Leone, aber nun bleiben die Gäste aus.

Dem Staat entgehen dadurch Steuern und Deviseneinnahmen. Gleichzeitig müssen die explosionsartig gestiegenen Gesundheitsausgaben getragen werden, die nun schon ein Viertel des Gesamtbudgets ausmachen, während sie vor dem Ebola-Ausbruch noch bei um die acht Prozent lagen.

Aus all diesen Gründen hat die Weltbank jetzt die Wachstumsprognosen für die drei betroffenen westafrikanischen Länder von 4,5 bis 11 auf 2,5 bis 7 Prozent deutlich nach unten korrigiert. Ein solcher Konjunkturknick wird am Ende natürlich die bestehende Armut konservieren, womit diese dann den idealen Nährboden für neue Seuchen abgibt. *W.K.*

Selbst Imperien wankten

Schon Pharaonen kannten Afrika als Hort von Epidemien

Wie ein Blick in die Vergangenheit lehrt, war Afrika bereits sehr früh ein Seuchenherd erster Güte. Davon zeugt unter anderem der berühmte Papyrus Ebers aus der Regierungszeit von Pharao Ahmose I. (1560–1525 v. Chr.). In diesem finden sich nämlich zahlreiche Hinweise auf bekannte üble Geißeln der Menschheit wie Malaria, Pocken und Lepra. Die letztgenannte bakterielle Infektionskrankheit ist dabei aller Wahrscheinlichkeit nach schon so alt wie der Homo sapiens selbst und gelangte dann mit dessen Wanderungsbewegungen von Ostafrika aus in fast alle Regionen unseres Planeten.

Manchmal beeinflussten die „traditionellen" Seuchen afrikanischer Herkunft sogar den Lauf der Weltgeschichte. So bewirkte die Große Justinianische Pest, die ab 541 von Ägypten aus den ganzen Mittelmeer-Raum erfasste und ihren Ursprung vermutlich im subsaharischen Afrika hatte, dass sowohl das Byzantinische als auch das Persische Reich an den Rand des Untergangs gerieten. Hieraus wiederum resultierte ein geopolitisches Vakuum im Nahen Osten, in dem dann der Siegeszug des Islam vonstatten gehen konnte.

Ebenso verursachte das in Ost- und Zentralafrika beheimatete Gelbfieber-Virus immer wieder fatale Epidemien mit zahllosen Todesopfern in Nord- und Südamerika, nachdem es durch den transatlantischen Sklavenhandel dorthin gelangt war – selbst der erste US-Präsident George Washington vermochte sich 1793 nur durch eine Flucht aus Philadelphia vor der Krankheit zu retten.

Malaria und Lepra entsprangen hier

Andererseits ist der Schwarze Kontinent aber nicht nur der Ursprungsort diverser altbekannter Seuchen, vielmehr entstehen hier ständig neue mörderische Virenarten, wobei die Ursache zumeist in den engen Kontakten zwischen Mensch und Tier liegt. Als Musterbeispiel hierfür kann das Aids-Virus dienen, das erst seit rund 100 Jahren existiert und dennoch schon 36 Millionen Todesopfer weltweit forderte. Noch jünger sind die viral bedingten hämorrhagischen Fieber, die mit schweren Blutungen einhergehen: Ebola, Lassa, Lujo und das Marburg-Fieber. Dabei erklärt sich die hohe Sterblichkeit der Infizierten übrigens genau aus dem Umstand, dass die krankheitsauslösenden Viren erst vor wenigen Jahrzehnten auf den Menschen übersprangen und deshalb noch keine Zeit hatten, sich an diesen anzupassen. Denn eigentlich ist es für die Erreger selbstzerstörerisch, ihre Wirte zu töten.

Andere der neuen Viren sind Mutationen von seit Langem bestehenden Keimen, was insofern ein Problem darstellt, als sie die bisherigen Erfolge bei der Zurückdrängung hochgefährlicher Leiden zunichtemachen können. Beispielsweise ist das afrikanische Mokota-Virus, das eine modifizierte Form von Tollwut auslöst, gegen sämtliche derzeit verfügbaren Impfstoffe immun. Darüber hinaus sorgen die instabilen politischen Verhältnisse in Afrika dafür, dass notwendige Maßnahmen wie die Bekämpfung der Masern unterbleiben, so dass nun auch diese eigentlich schon weitgehend eingedämmte Krankheit wieder zur weltweiten Plage wird. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3322**

Voll Mordlust über die Grenzen

Deutsche Behörden gehen trotz Gefahr nur halbherzig gegen »reisende« Dschihadisten vor

Die Sicherheitsbehörden warnen vor dem Gewaltpotenzial islamistischer Grenzgänger. Dennoch gehen sie mit dem Problem bisher eher halbherzig um. Unterdessen wächst die Angst der Deutschen vor salafistischer Gewalt im Inland.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt vor der Gefahr, die von den aus dem „Auslandseinsatz“ zurückkehrenden Dschihadisten ausgeht. Auch das Bundeskriminalamt geht in seiner Gefährdungsanalyse davon aus, dass Deutschland zunehmend „in den direkten Zielfokus terroristischer Aktivitäten“ geraten könne. Dazu zählen die Sicherheitsbehörden Anschläge sowie die Rekrutierung neuer Mitglieder oder Unterstützer terroristischer Organisationen. Ausreiseverbote und der „Terroristen-Perso“ sind angesichts dessen eher der verzweifelte Versuch der Politik, der Geister Herr zu werden, die sie selbst gerufen und zu lange ungestört hat gewähren lassen, denn Teil systematischer Präventions- und Interventionsmaßnahmen.

Gewaltbereite Islamisten, die nach Syrien oder in den Irak reisen, um dort Mordtaten zu begehen, sind nämlich kein aktuelles Problem. Vielmehr ist es seit Jahren bekannt, ohne dass die Behörden wirklich konsequent dagegen vorgegangen sind. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hervorgeht, liegen zu 400 Personen Erkenntnisse darüber vor, dass sie „überwiegend dem islamistisch-dschihadistischen Spektrum“ zuzurechnen und „in Richtung Syrien“ ausgereist sind, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen. Ein Drittel davon sei zumindest zeitweilig nach Deutschland zurückgekehrt, 40 gelten als verstorben. Von der Möglichkeit, diese Reisetätigkeit durch sogenannte Ausreiseuntersagungen zu erschweren, haben die Behörden bisher nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht. So waren davon im laufenden Jahr bisher lediglich 20 Personen betroffen, im vergangenen und vorvergangenen Jahr jeweils zwölf und im Jahr 2008 lediglich eine Person, zu der „Erkenntnisse vorlagen, dass sie sich am bewaffneten Dschihad beteiligen will“. Besonders effizient scheinen diese Maßnahmen indes nicht überwacht worden zu sein, denn nach Angaben der Bundesregierung sind zahlreiche davon betroffene Islamisten nicht nur ungehindert aus-, sondern sogar wieder eingereist.

Wie leger die Behörden mit dem Problem umgehen, zeigt der Fall Hassan M. Der im hessischen Offenbach gemeldete Salafist gehörte einer Gruppe von Jugendlichen an, die von den Sicherheitsbehörden beobachtet wurden, weil Hinweise auf eine beabsichtigte Ausreise nach Syrien vorlagen. Zudem war M. wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt und es wurde gegen ihn auch noch wegen Einbruchdiebstahls ermittelt. Gleichwohl blieb er auf freiem Fuß, musste aber eine elektronische Fußfessel tragen. Dennoch reiste er ungehindert gemeinsam mit seiner is-

> Angst vor salafistischer Gewalt in Deutschland nimmt weiter zu

lamischen Ehefrau und einem weiteren, den Behörden ebenfalls bekannten Salafisten in einem gemieteten Pkw aus. Beim Übertritt über die griechisch-türkische Grenze registriert, fuhr das Trio „mutmaßlich weiter nach Syrien“, so ein Gerichtssprecher. Sein Begleiter meldete sich später bei den hessischen Behörden und teilte triumphierend mit, man habe es endlich geschafft und sich einer terroristischen Vereinigung angeschlossen – vermutlich dem Islamischen Staat, mit dem der Mann nach eigenen Angaben in sozialen Netzwerken sympathisiert.

An welchen Gräueltaten sich islamistische Rückkehrer höchstwahrscheinlich beteiligt haben, lässt der Islamische Staat die Welt selbst wissen. Um sich als „Helden des Heiligen Krieges“ feiern zu lassen, machen die Mörder Filmaufnahmen davon, wie sie ihre Opfer tausendfach misshandeln, ihnen die Köpfe abschneiden und ihre Leichen schänden. Aus gutem Grund herrscht unter den deutschen Massenmedien Konsens, diese Bilder nicht zu veröffentlichen, sind sie doch zu entsetzlich, um sie der Öffentlichkeit zuzumuten. Im Internet ist diese Galerie des Grauens jedoch einsehbar. Trotz dieser blutigen Beweise scheinen die Behörden bei der Strafverfolgung der mutmaßlichen Massenmörder nicht übermäßig aktiv zu sein. Bis Anfang des Monats hat es laut Bundesregierung lediglich vier Festnahmen „mutmaßlicher Rückkehrer“ aus Syrien gegeben. Danach handelt es sich in einem Fall um ein Strafverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland. Bei zwei weiteren Strafverfahren geht es jeweils um den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland in Tateinheit mit der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat; bei einer Person ferner in Tateinheit mit Betrug. Dem vierten Festgenommenen werden die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, versuchte Anstiftung zum Mord und gemeinschaftlicher Totschlag vorgeworfen. Fälle, in denen es zu einer rechtskräftigen Verurteilung gekommen ist, sind der Bundesregierung nach eigener Aussage „bislang nicht bekannt“. Über die Anzahl laufender Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Dschihadisten mit Ausreiseverbot liegen dem Generalbundesanwalt laut Bundesregierung „keine repräsentativen und zuverlässigen Informationen“ vor.

Wie stark die Deutschen mittlerweile von den dschihadistischen Aktivitäten eingeschüchtert sind und wie groß ihre Angst vor islamistischer Gewalt auch im Inland ist, belegen nicht nur aktuelle Umfragen, sondern auch konkrete Beispiele. So hat die Leitung der Hochschule für Angewandte Wissenschaft in Hamburg eine vom Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) geplante Veranstaltung zum Thema „Kurdistan zwischen basisdemokratischer Selbstverwaltung und den Angriffen des Islamischen Staates“ verboten, weil sie Übergriffe von Salafisten befürchtete, wie sie ehrlich zugab. Weniger aufrichtig dagegen war die Leitung der Technischen Universität Harburg bei der Absage einer Lesung des islamkritischen Autors Hamed Abdel-Samad. Offiziell hieß es, die Veranstaltung entspreche „nicht der technisch-wissenschaftlichen Expertise“ der Universität. Hinter vorgehaltener Hand konnte man jedoch erfahren, dass auch in diesem Fall Sicherheitsbedenken der Grund für die Absage waren.

Jan Heitmann



Ins Ausland, um zu morden: Islamisten im Heiligen Krieg Bild: pa

MELDUNGEN

Kirche kämpft für Gottesbezug

Kiel – Die katholische Kirche will eine Volksinitiative starten, nachdem der schleswig-holsteinische Landtag eine „modernisierte“ Landesverfassung ohne Gottesbezug beschlossen hat. Erforderlich sind 20000 Unterschriften. Sollte die Initiative erfolgreich sein, müsste sich der Landtag erneut mit der Sache befassen. Bliebe er bei seiner Ablehnung der Einleitungsformel „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“, könnte es nach einem erfolgreichen Volksbegehren einen Volksentscheid geben. Nachdem die evangelische Kirche zunächst erklärt hatte, das Votum des Landtages zu akzeptieren, will sie sich dem Vorhaben nun doch anschließen – allerdings nur, wenn es sich dabei „nicht um eine rein kirchliche Initiative, sondern um ein breites gesellschaftliches Bündnis“ handele. *J.H.*

Keine Extrawurst für Starköchin

Berlin – Mit 84000 Euro jährlich bezuschusst der Steuerzahler die Kantine von Schloss Bellevue. Betreiberin der Gastronomie für die 180 Bediensteten des Bundespräsidialamtes ist die Starköchin Sarah Wiener. Sie hatte den Betrieb 2011 übernommen, nachdem zuvor vier Kantinenpächter wegen Unrentabilität aufgegeben hatten. Um die Versorgung seiner Mitarbeiter zu gewährleisten, gab das Präsidialamt Wiener eine Gewinngarantie. Danach gleicht der Bund nicht nur die monatlichen Verluste in Höhe von 5500 Euro aus, sondern garantiert ihr auch noch einen Gewinnzuschlag von 1500 Euro. Für Wiener ein absolut risikoloses Geschäft. Dem hat der Bundestagshaushaltsausschuss jetzt ein Ende bereitet. Dessen Mitglieder sind sich einig, dass ein Vertrag mit Gewinngarantie gegenüber dem Steuerzahler nicht zu verantworten sei. Der Ende 2015 auslaufende Vertrag wird nicht verlängert. *J.H.*

Lobbys entmachten

Zu wenig Transparenz bei Gesetzgebung

Die Anti-Korruptionsorganisation Transparency International (TI) hat der Politik in Deutschland zu großen Einfluss von Lobby-Gruppierungen unterstellt und stärkere Transparenz gefordert. In der vergangenen Woche stellte die Organisation ihren Bericht „Lobbyismus in Deutschland“ vor. Darin fordert sie unter anderem gesetzliche Karenzzeiten von drei Jahren für Regierungsmitglieder, die aus der Politik in die Wirtschaft wechseln. Bisher gibt es überhaupt keine Regelung, die Große Koalition plant derzeit eine „Abkühlphase“ von nur zwölf Monaten. Die TI-Vorsitzende Edda Müller bezeichnete die Bundesrepublik als „Eldorado für Lobbyisten“. Deren Arbeit sei zwar nicht grundsätzlich illegal, allerdings sei die Einflussnahme auf politische Prozesse bedenklich.

In Berlin hat sich rund um die politischen Entscheidungsträger ein florierendes Geschäft im Kampf um die Macht entwickelt. Rund 4000 Verbände und 120 Unternehmensvertretungen versuchen, Einfluss auf die Politik zu nehmen, hinzu kommen noch 90 PR-Agenturen mit etwa 1000 Mitarbeitern, Wissenschaftler, Anwaltskanzleien und sogenannte Politikberater. TI schätzt, dass rund 5000 Lobbyisten in der Hauptstadt arbeiten. Auf jeden der 631 Bundestagsabgeordneten kämen also acht Lobbyisten. Besonders erfolgreich sei die Glücksspielindustrie gewesen, allerdings seien auch Pharmakonzerne und die Rüstungsindustrie sehr agil.

> Berlin hat keineswegs Vorbildfunktion

Müller fordert nun ein umfassendes Register, bei dem sich alle Vertreter von Verbänden und Agenturen, die Kontakt zu Abgeordneten oder Ministerien suchen und bei diesen für ihre Interessen und Positionen werben wollen, registrieren müssen. Außerdem forderte sie einen sogenannten „Lobby-Fußabdruck“, bei dem Begründungen für das Zustandekommen von Gesetzen dokumentiert werden. Jede Position, die in den Ministerien vorgebracht wurde, sollte notiert werden. Damit endstünde Transparenz, welche Interessen an welchen Gesetzen vor allem in den Ministerien mitgewirkt haben. Derzeit fehlen umfassende, verbindliche, transparente und mit Sanktionen bewehrte Verhaltensregeln. Das mache es sehr schwer, Prozesse zu durchschauen, sagte Müller. *P.E.*

Stammwähler aus dem Blick verloren

CSU wandelt in dieser Legislaturperiode auf den Spuren der FDP

Dass nicht alles rund läuft mit seinen Ministern in Berlin, das weiß auch CSU-Chef Horst Seehofer. Ein Treffen beim Edelitaliener Anfang Oktober sollte Verkehrsminister Alexander Dobrindt, Landwirtschaftsminister Christian Schmidt und Entwicklungsminister Gerd Müller auf eine gemeinsame Linie einschwören. Auf Wachstum und Arbeitsplätze sollten die drei Bundesminister vermehrt setzen, denn schließlich sei Wirtschaft Markenkern der CSU, so der Parteichef.

Doch die Ausgangslage ist schwierig. Dobrindt steht derzeit im Kreuzfeuer der Kritik, weil er eine andere Order Seehofers durchzusetzen versucht, nämlich die Pkw-Maut für Ausländer. Die jedoch soll mit EU-Recht konform gehen und gleichzeitig die Inländer nicht zusätzlich belasten. Andere Themen, so Dobrindt sich denn zeitlich noch mit ihnen befassen kann, gehen in der Berichterstattung unter, so dass er inzwischen immer mehr Bürgern als Marionette in einem unnötigen Schauspiel erscheint, anstatt als jemand, der knallhart CSU-Politik in Berlin durchsetzt.

Bild: BMEL/photothek.net/Jörg Sarbach

Christian Schmidt

Doch offenbar weiß selbst die CSU nicht mehr genau, wofür sie eigentlich steht, und reduziert sich auf einige dem Zeitgeist entsprechende Sonderthemen. Hier ist vor allem das Thema Klimaschutz zu nennen, das bisher eher den Grünen zugeschrieben wurde, mit dem aber nun auch die CSU versucht, Punkte bei ihren bayerischen Wählern zu sammeln. Der Klimawandel sei die zentrale Herausforderung seiner Amtszeit, verkündete so auch Landwirtschaftsminister Schmidt, gleich als er überraschend im Februar das Amt des über die Edathy-Affäre gestolperten Hans-Peter Friedrich übernehmen musste.

Zwar hat der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium das Thema bisher nicht weiter groß verfolgt, doch bisher sind die einzigen Schlagzeilen, die er gemacht hat, eben jene aus dem Februar, als er das Amt übernahm. Ansonsten gibt es hier und da einige Meldungen wie Minister „besucht Bäume“, „zieht positive Erntebilanz“ oder „eröffnet Wurstmarkt“, aber all das lässt sich für Seehofer schwer in seiner Heimat als Leistung verkaufen, um bei der nächsten Bundestagswahl den Bayern zu verdeutlichen, der CSU wieder mit ihrer Stimme den Rücken in Berlin zu stärken.

Allenfalls in Sachen Tierschutz ist Schmidt aufgefallen, denn er kämpft derzeit dafür, dass Landwirte Schwänze von Schweinen nicht mehr kupieren dürfen, Ferkel nicht mehr ohne Betäubung kastriert werden dürfen und jährlich nicht mehr Millionen männlicher Küken bei der Produktion von Legehennen geschreddert werden. Allerdings sorgt dieses Engagement bei den Landwirten in der Heimat des Politikers eher für Unmut, schließlich habe man das schon immer so gemacht. Da Schmidt es sich auch nicht mit jenen Bauern verderben will, setzt er auf das Prinzip der Freiwilligkeit, was wiederum die Tierschützer gegen ihn aufbringt, weil er die guten Absichten nicht im Gesetz verankert. Das hat zur Folge, dass im Grunde kaum einer seine Arbeit positiv bewertet.



Bild: CDU/CSU

Gerd Müller

Immerhin Gerd Müller kann sich über Lob freuen. Der Entwicklungsminister wurde bereits als „der gute Mann von der CSU“ bezeichnet, der die Partei vor dem Schicksal der FDP bewahren wolle. Da diese Zustimmung aber ausgerechnet von der linken „taz“ stammt, ist zu befürchten, dass sich Müller inzwischen – wie zuvor die FDP – so weit von seinen Stammwählern entfernt hat, dass ihm genau das gleiche Los droht, wie den Liberalen. Denn mit seiner Rede beim UN-Weltklimagipfel im September beeindruckte der ehemalige EU-Parlamentarier vor allem linke Kreise. „Effizienter Klimaschutz ist eine Überlebensfrage der Menschheit“, so Müller.

Im Jahr 2000 prognostizierte dieser als außen- und europapolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag weise, dass die Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone ein schwerer Fehler war, dieser Tage hingegen verschätzte er sich vollkommen bezüglich der Zustimmung zu dem von ihm ins Leben gerufenen Bündnis gegen die Ausbeutung von Textilarbeitern im Ausland. Nur ein kleiner Teil der Unternehmen schloss sich diesem an, da sie nicht jeden Produktionsschritt bei ihren Lieferanten im Ausland überwachen könnten – und Müller stand als Verlierer da. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Uno reduziert Lebensmittelhilfe

New York – Die Schulden der UN-Mitgliedsländer bei der Uno haben sich nach Angaben von deren Untergeneralsekretär Yukio Takasu mittlerweile auf 3,5 Milliarden US-Dollar summiert. Größter Schuldner regulärer Mitgliedsbeiträge sind die USA mit 800 Millionen US-Dollar. Bei den UN-Friedensmissionen ist wiederum Frankreich mit 356 Millionen US-Dollar das Land, das am stärksten im Verzug ist. Nach Angaben des Welternährungsprogramms (WFP) hat die Uno aus Geldmangel diesen Monat damit begonnen, ihre Lebensmittelhilfen für die notleidende Bevölkerung in Syrien um 40 Prozent zu reduzieren, und die für syrische Flüchtlinge in der Türkei sogar ganz gestrichen. *N.H.*

Wegen Pudding »Antizionist«

Tel Aviv – Ein Kassenzettel aus einem Berliner Supermarkt ist in Israel zum Anlass für eine Diskussion über die hohen Lebenshaltungskosten geworden. Auf einer Facebook-Seite namens „Olim le Berlin" (frei übersetzt: „Wir wandern nach Berlin aus") hat ein junger Israeli am Beispiel eines Schokopuddings für 19 Cent aufgezeigt, wie viel preiswerter es sich in Deutschland leben lässt. Die enorme Resonanz der Seite in Israel und der Aufruf zur Auswanderung ausgerechnet nach Berlin haben inzwischen auch zu Reaktionen von Regierungsmitgliedern geführt. Von Israels Finanzminister Yair Lapid wurde der Initiator der Facebook-Aktion – ein in Berlin lebender 25-jähriger Israeli – inzwischen als „Antizionist" bezeichnet. Nichtsdestotrotz verkündete Lapid aber in einem Interview, Israels Regierung habe das Thema in ihrem neuen Haushaltsplan berücksichtigt und werde hohe Lebensmittelpreise nicht weiter dulden. *N.H.*

Abschreckung soll Leben retten

»Niemals wird Australien zu eurer Heimat«: Kampagne soll illegale Zuwanderung über See stoppen

Trotz weltweiter Kritik reagiert die australische Regierung gelassen. Sie sei keineswegs ohne Mitgefühl, das Gegenteil sei der Fall, denn nur so könne man Menschenschmugglern das Handwerk legen.

Es ist eine Szene wie aus einem Hollywoodstreifen. Zu sehen ist ein kleines Boot. Es droht zu kentern. Dann tritt ein schneidiger australischer General auf. Mit harter Stimme sagt er „no way, niemals wird Australien zu eurer Heimat". Die Regierung Australiens will mit Filmen Flüchtlinge von der Einreise abhalten. Zusätzlich zu dem Video hat die Regierung in Canberra eine Plakatserie verbreitet, die auch in den Herkunftsländern der Bootsflüchtlinge geschaltet wird.

Mit dieser Kampagne will die Regierung einen Bewusstseinswandel herbeiführen. Australien zählt neben den USA und Kanada zu den klassischen Einwanderungsländern und greift in seiner Gesetzgebung auf eine lange Erfahrung mit Immigration zurück. Da die jeweiligen Regierungen über Jahrzehnte darauf bedacht waren, das Bevölkerungswachstum voranzutreiben, waren sie einer schnellen Einbürgerung gegenüber aufgeschlossen. Australien galt lange als der Inbegriff der toleranten Aufnahme-Nation. Seit dem Zweiten Weltkrieg fanden mehr als 700 000 Zuwanderer dort eine neue Heimat.

Doch wirtschaftliche Schwierigkeiten und ein Anstieg von Armutsflüchtlingen haben in den vergangenen Jahren zu einem Politikwechsel geführt. Mittlerweile hat Australien eines der rigidesten Einwanderungsgesetze der Welt. Mit dem Slogan „Stop the boats" war der australische Regierungschef Tony Abbott bei den Wahlen im September vergangenen Jahres erfolgreich. 16 000 Bootsflüchtlinge, die meisten aus dem Irak, dem Iran, Sri Lanka und Afghanistan, waren im vergangenen Jahr an den Küsten angekommen. Die Regierung hat es sich zum Ziel gesetzt, dass künftig und dauerhaft kein einziger Flüchtling Australien auf dem Seeweg erreicht.

Mit dem Video-Clip und der Plakatserie geht Abbotts Kabinett nun einen radikalen Weg. Jeder ohne gültiges Visum werde radikal abgelehnt – auch Kinder, Familien, Gebildete und Fachkräfte. „Denkt zweimal nach, bevor ihr euer Geld verschwendet. Menschenschmuggler lügen", stellt die Regierung klar. Für sie ist es eine Frage des Prinzips. Denn dem Land mangelt es nicht an Platz. Der Kontinent ist so dünn besiedelt wie kaum ein anderes Land der Welt: Nur drei Einwohner kommen statistisch auf jeden Quadratkilometer. Allerdings sind fast 20 Prozent der 7,7 Millionen Quadratkilometer Fläche Wüste, ein großer Teil Australiens ist trocken und nicht erschlossen. 90 Prozent der 22 Millionen Einwohner leben in Städten, Wohnungsnot herrscht dennoch keine.

> Mehrheit der Bevölkerung für harte Gangart

Australien hat seine Einwanderung mittlerweile nach Kontingenten geregelt und nimmt im Jahr etwa 20 000 Menschen aus humanitären Gründen auf. Zwei Drittel davon sind aber bereits außerhalb der Grenzen anerkannte Flüchtlinge, die eine neue Bleibe benötigen. „Auch um diese legale Form der Einwanderung zu schützen, haben wir die ‚No-Way-Kampagne' gestartet. Wenn die Kontingente ausgeschöpft sind, sind sie eben ausgeschöpft", teilte die Regierung mit.

Anfang des Jahres sorgte ein Zwischenfall international für Aufsehen, als die Küstenwache ein Boot auf hoher See stoppte, die 41 Menschen an Bord als Flüchtlinge ablehnte und sie der Marine des Heimatlandes Sri Lanka übergab. „So stoppt man Boote", erklärte Einwanderungsminister Scott Morrison im Rundfunk: „Das funktioniert." Im Juni konnte seine Behörde dann ein kleines Jubiläum vermelden: Sechs Monate ohne ein einziges Flüchtlingsschiff. Die schärfere Gangart in Canberra hat innenpolitische Gründe. Schon die Vorgängerregierung unter Führung der Sozialdemokraten hatte die Einwanderungspolitik nach kanadischem Modell umgestaltet. Mit einem Punktesystem sollen besonders qualifizierte Bewerber herausgefiltert werden, denn auch in „Down under" herrscht derzeit ein akuter Fachkräftemangel.

Die Zahl der Flüchtlinge ist dabei eher das geringere Problem. Nach einem Parlamentsbericht kamen 2013 insgesamt 25 173 Menschen in Australien an. In den 28 EU-Ländern wurden dagegen im vergangenen Jahr 335 000 neue Asylanträge gestellt. Dennoch hat die Debatte zunehmend an Brisanz gewonnen. Abbott hatte seine Behörden angewiesen, Asylsuchende als „illegale Ankömmlinge" zu bezeichnen. Vertreter von Menschenrechtsorganisationen entgegneten, dass es weder nach australischem noch internationalem Recht illegal sei, Asyl zu suchen. „Mir geht es nicht um Wortspiele, sondern darum, die Boote zu stoppen", konterte Abbott trocken. „Das ist höchst mitfühlend, um Menschen vor den gefährlichen und illusorischen Versprechen von Menschenschmugglern zu schützen", sagte er.

Die Australier stützen den harten Kurs der Regierung mehrheitlich, auch wenn die „No way"-Kampagne umgerechnet knapp 16 Millionen Euro gekostet hat. Denn auch die Sozialisten kämpften zuvor bereits gegen die illegale Einwanderung. Sie finanzierten in armen Nachbarländern wie Papua-Neuguinea und auf der Insel Nauru Auffanglager für Asylsucher. „Die Australier haben genug davon, Leute in den Gewässern nördlich von uns sterben zu sehen", sagte der damalige Premierminister Kevin Rudd. Sein Nachfolger Abbott setzt diese Politik nun mit noch härterer Gangart fort: „Wir werden der Welt zeigen, dass wir Menschenschmugglern das Handwerk legen können." *Peter Entinger*



Wir nehmen euch nicht auf: Mit dieser klaren Botschaft will Canberra falsche Illusionen vermeiden Bild: Australische Regierung

Hölle auf Erden

Eritrea: Nicht Krieg, sondern Unterdrückung

Mehr als die Hälfte der Asylbewerber in Deutschland kommen aus Syrien, Afghanistan, Somalia, dem Kosovo, Serbien, Pakistan, Albanien und Eritrea. Rechnet man die drei Balkanstaaten ab, so kann man schon anhand der Nennung der meisten Herkunftsländer erahnen, was die Menschen nach Europa treibt. Nur bei Eritrea fehlt die Vorstellung, schließlich herrscht in dem Land seit nunmehr gut 14 Jahren Frieden. Wer sich jedoch näher mit Eritrea befasst, stellt fest, dass es sich um eine Diktatur handelt. Zuletzt wagten im vergangenen Jahr rund 100 Soldaten einen Putschversuch, doch sie scheiterten kläglich. Ob alle hingerichtet wurden oder noch einige von ihnen in einem der berüchtigten Gefängnisse des etwas mehr als fünf Millionen Einwohner zählenden Landes dahinvegetieren, ist schwer zu sagen.

Eritrea gilt als „Nordkorea Afrikas" und landet beim Pressefreiheit-Ranking der Organisation „Reporter ohne Grenzen" sogar noch auf dem letzten Platz nach dem Unterdrückungsregime von Kim Jong-un. Über diesen ist zumindest im Vergleich mit Eritreas Machthaber Isaias Afewerki viel bekannt, denn der 1946 geborene einstige Rebellenführer lebt zurückgezogen. Der Grund hierfür ist, dass sich in seiner eigenen Bevölkerung viele zum Tyrannenmord bereitfänden. Doch statt die Ursachen hierfür zu reduzieren, unterdrückt er die Einwohner der einstigen italienischen Kolonie immer stärker.

> Das Land gilt als »Nordkorea Afrikas«

1962 von Addis Abeba annektiert und erst nach über 30 Jahren Unabhängigkeitskrieg 1993 selbstständig geworden, herrscht in dem Land, das zuletzt im Jahr 2000 Grenzstreitigkeiten mit Äthiopien hatte, nun ein Dauerkrieg gegen die eigene Bevölkerung. Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind den Bürgern ebenso unbekannt wie Reisefreiheit. Selbst Fahrten durch das eigene Land bedürfen einer Genehmigung. Vor allem der Militärdienst sorgt dafür, dass insbesondere Männer im Alter von 15 bis 30 aus dem Land flüchten. Dieser dauert zwar offiziell nur 18 Monate, wird aber willkürlich verlängert. Er ist mehr Zwangsarbeit als Dienst an der Waffe und sorgt dafür, dass auch die Felder im Land brachliegen und somit Mangelernährung weitverbreitet ist. Kadavergehorsam steht über allem, an Bildung ist das Regime nicht interessiert und religiöse Verfolgung ist alltäglich. *Bel*

Gutes Geschäft mit Mussolini

Artikel mit faschistischen Motiven sind in Italien ein Verkaufsschlager

Friedlicher Protest für Autonomie und Freiheit kann einen in Italien schnell mit der Justiz in Konflikt bringen, sofern diese dadurch die Ehre des Landes verletzt sieht. Das öffentliche Zeigen faschistischer Symbolik hingegen bleibt straffrei. Das mussten jetzt drei Funktionäre der Landtagspartei „Süd-Tiroler Freiheit" (STF) erfahren. Im Jahre 2010 hatten sie bei einer Demonstration unter dem umstrittenen Mussolini-Fries vor dem Palazzo der Finanzbehörden in Bozen ein Plakat mit dem Slogan „90 Jahre Annexion – 90 Jahre Unrecht – Auf Italien kann Süd-Tirol verzichten" mit sich geführt. Dafür wurden sie jetzt vom zuständigen Landesgericht zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt. Der Grund: Auf dem Plakat, von dem die Partei 800 Exemplare hatte herstellen lassen, die schon nach der Demonstration auf staatsanwaltschaftliche Anordnung hin konfisziert wurden, war die italienische Trikolore zu sehen, über die der Besen der Südtiroler, versinnbildlicht durch die rot-weiße Landesflagge mit dem Tiroler Wappen-Adler, im Kehraus hinwegfegte.

In dieser Symbolik wollte der Leitende Staatsanwalt Guido Rispoli, der sich als Ankläger auch in anderen Fällen, in denen es um „Italiens Ehre" ging, längst einen Namen gemacht hat, nicht etwa eine verfassungsrechtlich geschützte freie Meinungsäußerung sehen, sondern vielmehr eine strafgesetzlich bewehrte „Schmähung der Fahne". Alle Argumente der Verteidigung und des in den Zeugenstand gerufenen STF-Landtagsabgeordneten Sven Knoll, wonach man die politische Meinungsäußerung und das Verlangen seiner Partei, nämlich „Loslösung von Italien", zwar nicht teilen aber rechtlich doch akzeptieren müsse und ein Besen offenbar ein „schlimmeres Symbol" darstelle als das „auf die italienische Fahne abgedruckte Konterfei Mussolinis", nutzten nichts: Die Parteivorsitzende Eva Klotz, Fraktionschef Knoll und STF-Geschäftsführer Werner Thaler wurden zu einer Geldstrafe von je 3000 Euro verurteilt. Überdies müssen sie die Prozesskosten sowie die Kosten für die Vernichtung der beschlagnahmten Plakate tragen.

Der Hinweis der Verteidigung auf Konterfeis des von 1925 bis 1943 in Italien herrschenden Faschistenführers Benito Mussolini kam nicht von ungefähr. Seit Jahren sind in Italien und besonders in Bozen, der Hauptstadt der autonomen Provinz Südtirol, Werbeartikel mit faschistischen Motiven gang und gäbe, wogegen keine Instanz wirklich einschreitet. Dazu zählen unter anderem Mussolini-Kalender, Mussolini-Feuerzeuge, Mussolini-Fahnen oder -Zuckersäckchen. Alle Verbotsverlangen gegen derartige Artikel sind stets unter Berufung auf die „freie Meinungsäußerung" gerichtlich abgewiesen worden. Dasselbe gilt auch für in ganz Italien erhältliche Weinflaschen mit Etiketten, auf denen die Konterfeis Hitlers und Mussolinis prangen. Lediglich im Herbst 2007 hatte der damalige Bozner Staatsanwalt Cuno Tarfusser einmal Etiketten der Kellerei Lunardelli aus Pasian di Prato in der Provinz Udine beschlagnahmen lassen, auf denen Adolf Hitler, Benito Mussolini, Heinrich Himmler und Rudolf Hess abgebildet waren. Sie mussten jedoch mitsamt dazugehörigen Matritzen zurückgegeben werden, da der zuständige Bozner Richter Edoardo Mori die Aufhebung der Beschlagnahme verfügte.

> Wer als Anhänger der Autonomie die italienische Fahne zusammen mit einem Besen zeigt, wird wegen deren »Schmähung« bestraft

In Österreich trüge ihr „Verkaufsschlager" der Weinkellerei ein Strafverfahren wegen des inkriminierten Delikts der „nationalsozialistischen Wiederbetätigung" ein. Auch in Deutschland würden sie wegen öffentlichen Gebrauchs nationalsozialistischer Symbole belangt, zudem stünden sie unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. In Italien dagegen verstoße der Verkauf derartig etikettierer Weine nicht gegen geltende Gesetze, so die Begründung des Gerichts für den Freispruch der Weinhändler.

Man stelle sich also vor, Adolf Hitler prangte als „Markenzeichen" eines deutschen oder österreichischen Weinabfüllers auf Flaschen, ein Sturm internationaler Entrüstung bräche los. Geschieht dergleichen hingegen in Italien, wird davon kaum Notiz genommen. Spielt sich der Vorgang zudem im 1918 waffenstillstandswidrig besetzten und 1920 förmlich annektierten südlichen Teil Tirols ab, so tut das die dortige Justiz als „guten Verkaufsgag" ab. Wenn aber Südtiroler symbolisch mit dem Besen die zerfransende Trikolore (aus)kehren, werden sie bestraft. *Reiner Liesing*

Verdächtiger Preiskampf

Saudi-Arabien erhöht trotz geringer Nachfrage die Ölförderung – Dient das schwarze Gold als Waffe?

Während es beim Ölpreis lange Zeit nur die Richtung nach oben zu geben schien, ist nun der Preis innerhalb weniger Wochen um 20 Prozent eingebrochen. Sind politische Motive hierfür ausschlaggebend?

Als Ursache des Preissturzes führen Energieexperten mehrere Gründe an. Ein weltweit schwaches Wirtschaftswachstum hat zum einen den Ölverbrauch sinken lassen. Dazu ist es den USA gelungen, dank der Fördermethode Fracking die eigene Produktion massiv hochzufahren. Momentan noch entscheidender dürfte aber ein anderer Faktor sein. Saudi-Arabien hat nach Angaben der Opec seine Förderung im September deutlich erhöht. Obendrein scheinen die Saudis an ihrer Förderstrategie auch noch für längere Zeit festhalten zu wollen. So bereitet laut dem kuwaitischen Ölminister Ali al-Omair Saudi-Arabien gerade seine Geschäftspartner darauf vor, dass das Königreich bis zu zwei Jahre lang mit einem Ölpreis von weniger als 90, vielleicht sogar weniger als 80 Dollar je Barrel (159 Liter) leben könne. In die gleiche Richtung geht, was Investoren und Analysten von einem Vertreter des saudischen Ölministeriums zu hören bekommen haben. „Wir können gut mit einem niedrigeren Ölpreis leben“, so der Offizielle aus Riad.

Die Botschaft ist deutlich. Die Saudis wollen einen Preiskampf. Gerätselt wird einstweilen über die Motivation. Analysten der Citi-Group sehen den Versuch der Scheichs, mit dem Drücken der Preise die Schieferöl-Förderung in den USA unrentabel zu machen und aus dem Markt zu drücken. Ganz andere, nämlich politische Ziele vermutet man hingegen bei dem in Riad ansässigen „Saudi Arabia Oil Policies and Strategic Expectations Center“. Rashid Abanmy, der Leiter des Forschungsinstituts, ist davon überzeugt, dass hinter dem Ölpreisverfall das Kalkül Saudi-Arabiens und der USA steht, Russland, den Iran und die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) unter Druck zu setzen. Saudi-Arabien sei demnach bereit, Rohöl an den Spot-Märkten Asiens sogar für weniger als 50 Dollar zu verkaufen, um Iran bei der Entwicklung nuklearer Kapazitäten zu behindern. Zudem würde ein fallender Ölpreis es auch Russland erschweren, weiterhin dem syrischen Assad-Regime Rückendeckung zu geben. Zurückgehen würden ebenso die Öleinnahmen des Islamischen Staates, die derzeit auf zwei Millionen Dollar pro Tag geschätzt werden.

Passen würde dieses Vorgehen zu dem, was mittlerweile über die von Washington geschmiedete

Schwächung Russlands als mögliches Ziel

Anti-IS-Koalition bekannt geworden ist. Wie das „Wall Street Journal“ bereits am 24. September berichtete, ist der Weg für Luftschläge gegen die Terrormiliz durch einen Handel zwischen Washington und Riad freigeworden. Als Gegenleistung dafür, dass die Saudis als wichtige sunnitische Macht dem Vorgehen der USA gegen den IS quasi ihren Segen geben, sei vereinbart worden, dass die Saudis freie Hand in Syrien erhalten. So sollen laut „Wall Street Journal“ die Saudis von Washington die Zusage erhalten haben, dass die Unterstützung der bewaffneten Opposition gegen Syriens Machthaber Baschar al-Assad wieder verstärkt wird.

Sollte es zusätzlich noch eine Absprache zum Ölpreis gegeben haben, wäre dies kein völlig neues Phänomen. In der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, dass Saudi-Arabien schon beim Zusammenbruch der Sowjetunion einen wichtigen Part gespielt hat. Als die finanzielle Lage der östlichen Supermacht durch den Rüstungswettlauf mit den USA ohnehin extrem angespannt war, verpassten die Saudis dem Kreml Ende der 80er Jahre auf der Einnahmeseite den entscheidenden Schlag. Saudi-Arabien erhöhte seine Tagesproduktion von zwei auf fünf Millionen Barrel und flutete den Öl-Markt. Der einsetzende Preisverfall war für den Kreml am Ende nicht mehr zu verkraften. Basis dieses gemeinsamen Vorgehens von Riad und Washington war eine Studie der CIA aus dem Jahr 1977. In der inzwischen einsehbaren Untersuchung namens „The Impending Soviet Oil Crisis“ hatten Analysten des CIA ein Öl-Fördermaximum der Sowjets im Laufe der 80er Jahre als entscheidenden Schwachpunkt identifiziert.

Ob mit Blick auf Russland der Ölpreis noch einmal als Hebel erfolgreich angesetzt werden kann, ist allerdings eher zweifelhaft. Zwar ist der russische Staatshaushalt auf einen Ölpreis von rund 100 Dollar je Barrel ausgerichtet, anders als die Sowjetunion in ihrer Endphase kann Putins Russland aber durchaus längere Durststrecken überbrücken. Die Finanzlage ist sogar so solide, dass das Land, wäre es denn Mitglied in der Euro-Zone, den Musterschüler abgeben würde. Das Haushaltsdefizit Russlands lag 2013 lediglich bei 1,5 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung. Von Januar bis August dieses Jahres hat Russland einen Haushaltsüberschuss von rund 1,5 Billionen Rubel (rund 30 Milliarden Euro) erwirtschaftet. Auch die Gesamtverschuldung des russischen Staates, die 2013 nur bei zwölf Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung (USA: 105 Prozent) lag, spricht auf absehbare Zeit nicht dafür, dass Russland bald der Ruin droht.

Norman Hanert



Das „Wall Street Journal“ vermutet geheime Absprache: Die Außenminister Saudi-Arabiens und der USA Bild: Getty

Meldungen

BIZ befürchtet Finanzkrise

Basel – Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Dachorganisation der Notenbanken, befürchtet eine neue Finanzkrise. Grund sei die Gefährdung der Finanzstabilität durch die seit Jahren anhaltende Geldflut. Notenbanken dürften sich nicht am Willen der Finanzmärkte orientieren, sondern müssten eine längerfristige Perspektive bewahren, so BIZ-Chefvolkswirt Claudio Borio. *J.H.*

Strom wird regional teurer

Heidelberg – Im kommenden Jahr werden die Strompreise trotz der sinkenden Ökostrom-Umlage leicht steigen. Nach Berechnungen des Preisvergleichsportals Verivox, die 85 Prozent der Haushalte umfassen, ist regional mit einer Erhöhung um bis zu 14 Prozent zu rechnen. Grund seien die zum Teil deutlich steigenden Netznutzungsgebühren, bundesweit um durchschnittlich zwei Prozent. Das sei insgesamt mehr als die durch die ohnehin nur geringe Senkung der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erzielte Einsparung. *J.H.*

Draghi/Weidmann: Funkstille

Frankfurt am M. – EZB-Chef Mario Draghi und Bundesbank-Präsident Jens Weidmann arbeiten beide in Frankfurt am Main, ihre Büros liegen nur einige Kilometer auseinander. Trotzdem soll die Kommunikation zwischen beiden laut „Focus“ völlig zum Erliegen gekommen sein. Außerhalb von EZB-Ratssitzungen sollen die beiden seit Juli keinen direkten Kontakt mehr zueinander gehabt haben, obwohl es durchaus Gesprächsbedarf gibt. Doch Draghi, der Weidmann „Nein zu allem“ nenne, habe kein Interesse mehr daran, den Deutschen für seine Programme zu gewinnen. *Bel*

Von Skandal keine Spur

Grüne und Umweltverbände instrumentalisieren Schiffsabgase für ihre Zwecke

Es geschah Anfang Oktober zu allerbester Ausflugszeit. Spaziergänger flanierten am Hamburger Elbufer oder saßen in den Gartenlokalen. Gegenüber am Tollerort-Containerterminal legte mit Hilfe von zwei Schleppern das Schiff „YM Utmost“ ab, als plötzlich aus dessen Schornstein eine pechschwarze Wolke senkrecht nach oben schoss. Der Abendwind trug Rußpartikel an das Nordufer der Elbe, die sich auf Spaziergängern und den Speisen der Restaurantgäste niederließen. Bei der weiteren Fahrt elbabwärts war die Abgaswolke noch immer so dicht, dass die Rußpartikel in die Lüftungsanlage eines Krankenhauses gerieten, das gut einen Kilometer von der Elbe entfernt liegt, und dort Brandalarm auslösten.

Die Hamburger Wasserschutzpolizei konnte nur noch per Funk Kontakt zu dem Kapitän aufnehmen, der versicherte, keine technischen Probleme zu haben und dass die Qualmentwicklung sich von allein legen werde. Da die „YM Utmost“ bereits Fahrt aufgenommen hatte, erschien es wenig Erfolg versprechend, das Schiff mit einem Streifenboot einholen zu wollen, um es zu überprüfen. Stattdessen stellte das eingeschaltete Bundeskriminalamt ein Amtshilfeersuchen an die niederländische Polizei, im nächsten Anlaufhafen Rotterdam zu ermitteln. Die Untersuchungen begannen, noch bevor die ersten Container entladen wurden.

Der Vorfall war die große Stunde der Umweltverbände und grünen Politiker, die bereits seit Langem die Schiffsabgase im Visier haben. „Der Einsatz von Schweröl mitten in der Großstadt ist kriminell und muss verfolgt werden“, forderte Malte Siegert, Leiter der Abteilung Umweltpolitik des Nabu in Hamburg. Die Umweltorganisation entwickelte in Interviews Horrorszenarien und führte wissenschaftliche Untersuchungen an, denen zufolge in Europa jährlich etwa 50 000 Menschen an den Folgen von Emissionen sterben, die von der internationalen Schifffahrt verursacht würden.

„So einen unappetitlichen Gruß aus der Hafenküche hat Hamburg lange nicht serviert bekommen“, formulierte es Jens Kerstan, Vorsitzender der Grünen-Bürgerschaftsfraktion. „Wenige Tage nach der Vertagung der Elbvertiefungsentscheidung zeigt diese giftige Rußwolke auf spektakuläre Weise, dass Umweltverstöße im Hafen die Menschen unmittelbar schädigen können. Der Brennstoff, der mitten in der Stadt durch den Schornstein gejagt wurde, enthält 3500-mal mehr giftiges Schwefeldioxid als herkömmlicher Autodiesel.“



Gefährliche Rußbildung? Bild: Wiese

Tatsächlich war an diesen Vorwürfen nicht viel dran. Schon am nächsten Tag widersprach der Chef der Hamburger Wasserschutzpolizei, Frank-Martin Heise, Darstellungen des Nabu, die suggeriert hätten, es sei auf der „YM Utmost“ Schweröl mit einem Schwefelgehalt von 3,5 Prozent verbrannt worden. Die Ermittlungen der niederländischen Polizei hatten nämlich ergeben, dass zu dem Zeitpunkt Schweröl mit einem Schwefelanteil von 1,5 Prozent verfeuert wurde. Im Hafengebiet ist jedoch höchstens ein Anteil von 0,1 Prozent erlaubt, bei Auslaufen höchstens ein Prozent. Demnach wurden die Grenzwerte um 0,5 Prozentpunkte überschritten. Die taiwanesische Reederei Yang Ming behauptet, von den Grenzwerten nichts gewusst zu haben. Schiff und Crew seien zudem von der griechischen Reederei Navios gechartert. Schuld an der Rußentwicklung sei anscheinend ein Bedienungsfehler gewesen. Demnach sei die Maschine nicht ausreichend warm gewesen und das zu kalte Öl habe infolge schlechter Verbrennung die Rußwolke verursacht.

Das Ganze war also ein zweifellos spektakulärer, aber kein skandalöser Vorgang. Dass die Grünen und die Umweltverbände, die auch die Elbvertiefung unter allen Umständen verhindern wollen, ihn dennoch für ihre Zwecke zu instrumentalisieren versuchen, beweist erneut ihre Wirtschaftsfeindlichkeit.

Eigel Wiese

Was darf die EZB?

EuGH verhandelt über Staatsanleihenkäufe

Seit Kurzem muss sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Veranlassung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) mit der Ankündigung des Chefs der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, befassen, die EZB werde im Notfall unbegrenzt Anleihen einzelner Krisenländer aufkaufen. Die Kläger werfen der EZB vor, sie habe mit Draghis Ankündigung und dem entsprechenden EZB-Programm namens „Outright Monetary Transactions“ (OMT) ihr Mandat weit überschritten. Die EZB würde nicht nur verbotene „Staatsfinanzierung durch die Notenpresse“ betreiben, sondern auch unkalkulierbare Haftungsrisiken für den deutschen Haushalt schaffen – und damit das Budgetrecht der nationalen Abgeordneten verletzen. Sollte es bei den von der EZB angekauften Staatsanleihen tatsächlich zu einem Schuldenschnitt oder gar zu einer Staatspleite kommen, würde Deutschland nämlich gemäß seines EZB-Kapitalanteils von 18 Prozent mit zur Kasse gebeten werden.

Im Februar hatte das BVerfG mit einer Mehrheit von sechs zu zwei Stimmen erklärt, dass die EZB seiner Überzeugung nach nicht zu einer eigenständigen Wirtschaftspolitik ermächtigt sei und daher den Kauf von Staatsanleihen nicht hätte beschließen dürfen. Die Frage, ob sich der Beschluss über die Anleihekäufe so einschränken lasse, dass er mit EU-Recht vereinbar sei, bedürfe einer eingehenden Prüfung. Da die EZB als Organ der EU nur der Rechtsprechung des EuGH unterliege und es darauf ankomme, wie der EuGH das europäische Primärrecht auslege, müsse diese Frage zunächst dort entschieden werden. Daher hat das BVerfG nun erstmals in seiner Geschichte dem EuGH ein Verfahren zur sogenannten Vorentscheidung vorgelegt. Verfahrensbeobachter werten dies als „verfassungsrechtlichen Paukenschlag“, hat es in der Vergangenheit zwischen den beiden Gerichten doch immer wieder teils heftige Auseinandersetzungen über die jeweiligen Kompetenzen gegeben.

Mit einer Entscheidung des EuGH ist erst in zwölf bis 16 Monaten zu rechnen. Danach muss das BVerfG unter Berücksichtigung dieser Entscheidung und der verfassungsrechtlichen Lage in Deutschland zu seinem eigenen Urteil kommen. Bis dahin könnte die EZB allerdings mit dem Aufkauf privater und staatlicher Anleihen begonnen und so vollendete Tatsachen geschaffen haben. *N.H./J.H.*

Immerhin etwas?

Von Jan Heitmann

Immerhin etwas", heißt es vom Asem-Gipfel und den russisch-ukrainischen Konsultationen, bei denen sich die beiden Nachbarn ansonsten nicht entgegengekommen sind. Gemeint ist eine vorläufige Einigung im Gasstreit. Der Ukraine werden die Altschulden erlassen, sie zahlt bis März 2015 einen Vorzugspreis, muss aber Vorkasse leisten. Immerhin etwas? Ja, aber zu unseren Lasten. Zuvor hatte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko nämlich erklärt, sein Land benötige zur Lösung des Problems „internationale Hilfe".

Wie diese Hilfe aussieht, dürfte klar sein: Diejenigen europäischen Staaten, die nicht nur von russischem Gas, sondern auch von den durch die Ukraine laufenden Pipelines abhängig sind, werden de facto die Altschulden der Ukraine übernehmen – durch Zahlung erhöhter Preise. Das Geld hätten sie längst sinnvoller investieren können. Beispielsweise in die eigene Förderung, in Importe aus anderen Ländern, in Flüssiggasspeicher oder alternative Transportwege. Diese Notwendigkeit besteht schon seit dem letzten Gasstreit im Jahr 2009, als die Ukraine wegen der russischen Lieferssperre kurzerhand zulasten der Empfänger Gas für den eigenen Bedarf aus den über ihr Territorium laufenden Pipelines abgezapft, also gestohlen, hat.

Falsche Opfer?

Von Frank Horns

Von „falschen Opfern" spricht der „Spiegel" plakativ in einer seiner jüngsten Ausgaben. „Aufnahmen von der Flucht der Deutschen sind in Wahrheit aus anderen Zeiten", heißt es weiter in dem Artikel. Das Hamburger Nachrichten-Magazin bezieht sich auf die Untersuchung eines Oldenburger Historikers: Stephan Scholz weist in der Fachzeitschrift „Zeithistorische Forschungen" nach, dass einige vielgezeigte Foto-Dokumente tatsächlich weit vor dem Krieg entstanden sind. Andere wurden im Westen aufgenommen beziehungsweise zeigen sogenannte „Displaced Persons", also zum Beispiel ehemalige Zwangsarbeiter.

So weit, so richtig: Wenn 14 Millionen Menschen ihre Heimat verlieren, wenn das Leid so allgegenwärtig ist, wie man es sich heute kaum mehr vorstellen kann, mag sich die Zuordnung der Bilder des Grauens zuweilen als falsch erweisen. An den historischen Tatsachen ändert es nichts, und genau darin liegt das Kritikwürdige des Artikels. In Aufmachung und Tenor legt er den gegenteiligen Schluss nahe: Wenn schon die Bilder falsch sind, wird der Rest ebenso unwahr sein oder zumindest maßlos übertrieben. Das aber darf nicht sein. Auch nicht fast 70 Jahre danach. Auch nicht in einem traditionsgemäß eher linksgerichteten Magazin – das im Übrigen in früheren Ausgaben selbst auf den Bilder-Schwindel hereingefallen ist.

Der Verfasser des Artikels sei daher herzlich eingeladen, sich im Bildarchiv Ostpreußen einmal authentische Aufnahmen anzusehen. Hunderte lagern dort und sie dokumentieren millionenfaches Leid.

Polemik statt Argumente

Von Rebecca Bellano

Da sage noch einmal jemand, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lege sich ungern fest. Dieser Tage bewies sie, dass sie genau wie ihr Vorgänger Gerhard Schröder (SPD) eine „Basta-Politik" beherrscht. „Es ist so beschlossen, und nun wird es auch so gemacht", rief die CDU-Vorsitzende Stimmen in der Union zur Ordnung, die die ihnen von Beginn an nicht zusagende Frauenquote in Aufsichtsräten von rund 3500 börsennotierten Unternehmen wieder ins Gespräch gebracht hatten.

Aber erneut mussten die CDU- und CSU-Politiker erfahren, dass ihre Argumente nicht interessieren. Überhaupt ging und geht es in der ganzen Frauenquoten-Debatte nie um Argumente. Das Ganze ist ein Lieblingsprojekt der SPD, die die Frauenquote als wichtigen Schritt hin zur Chancengleichheit von Mann und Frau sieht, auch wenn es nicht belegt ist, dass Männer gegenüber Frauen bei gleicher Qualifikation grundsätzlich bevorzugt werden. Vielmehr stellen die Themen Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vor allem die offiziell geleugnete Neigung der Frauen, sich eher den Kindern als der Karriere zu widmen, Haupthindernisse dar. Doch die Ursachen, warum vergleichsweise wenig Frauen in Führungspositionen – vor allem in technischen Berufen – zu finden sind, wurden nicht tiefer hinterfragt.

> Kritiker der Frauenquote mundtot gemacht

Auch CDU-Politiker wie Ursula von der Leyen griffen die Idee der gesetzlichen und einheitlichen Frauenquote schnell auf, während jene wie die ehemalige Familien- und Frauenministerin Kristina Schröder (CDU), die sehr deutlich machten, dass sie von diesem bürokratischen Instrument überhaupt nichts halten, inzwischen in der Union nichts mehr zu sagen haben.

Stattdessen werden sie nun wie die CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt und der Unions-Fraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer (CDU) mit Polemik überschüttet. Beide hatten angesichts der sich abkühlenden Konjunktur angemerkt, dass die Quote in Führungsgremien eine „Belastung der Wirtschaft" darstelle, worauf Frauenministerin Manuela Schwesig (SPD) giftete, dass es eine Unverschämtheit sei, wenn Frauen in Führungspositionen als Belastung für die Wirtschaft dargestellt würden. Diesen Gedanken griffen zahlreiche Medien auf, obwohl weder Hasselfeldt noch Grosse-Brömer das gesagt hatten. Ihnen war es darum gegangen, die Unternehmen von dem Zwang zu befreien, mitten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erfahrene Aufsichtsratsmitglieder gegen bisher in dieser Position unerfahrene Frauen auszutauschen.

Am Interessantesten ist es, dass die Interessen der Frauen und vor allem Mütter in der ganzen Debatte nur eine winzige Nebenrolle spielen. Viele wollen zwar arbeiten oder müssen es aus finanziellen Gründen auch, aber die meisten arbeiten überwiegend Teilzeit, weil sie Zeit für ihre Kinder, den Haushalt und natürlich auch für sich wünschen. Die Wirtschaft hingegen sitzt zwischen den Stühlen, einerseits profitiert sie von der zunehmenden Zahl berufstätiger Frauen, gleichzeitig leidet sie unter den staatlichen Reglementierungen. Aber wer profitiert dann letztendlich? Zumindest Ministerin Schwesig und die Frauenquoten-Befürworter dürften zufrieden sein, weil sie dem Land ihre Sicht der Dinge erfolgreich aufgedrückt haben.



Nicht schon wieder: Zwar konnte die CDU-Chefin Angela Merkel nie wirklich von der vom Koalitionspartner SPD geforderten Frauenquote überzeugen, trotzdem reagierte sie abweisend, als unter anderem CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt (l.) erneut Gesprächsbedarf anmeldete

Bild: ddp images

Moment mal!



Von wegen »Besser-Esser«

Von Klaus Rainer Röhl

Irren ist menschlich. Von einigen Schnapsideen Abschied zu nehmen heißt siegen lernen. Die Grünen, die neuerdings sogar, wenn auch nur verbal, nach Syrien marschieren wollten, um den Islamischen Staat zu besiegen, machen durch die Schnelligkeit Schule, mit der sie unter Führung des gebürtigen Türken und deutschen Staatsbürgers Cem Özdemir Fehler erkennen und das Gegenteil tun. So haben sie in der letzten Woche mit Mehrheit beschlossen, dass wir doch wieder essen sollen, was wir möchten. Da freuen wir uns aber. Eigentlich wollten sie uns ja nach dem Vorbild des Führers und Vegetariers Adolf Hitler, der dem deutschen Volk einen „Eintopf-Sonntag" verordnete, mit einem fleisch- und fischfreien Tag in allen öffentlichen Kantinen und Studentenmensen beglücken, flott modisch formuliert als „Veggie-Day". Diese Woche haben sie nun öffentlich auch davon Abschied genommen. Da sind wir ihnen ja dankbar. Während sie Einsicht gewinnen, drehen viele junge und auch nicht mehr gar so junge Deutsche durch und werden immer öfter Vegetarier oder „Veganer". Für sie ist die ganze Woche Veggie-Day.

In der Vergangenheit aßen nur die Reichen, die Könige und Adligen an jedem Tag Fleisch und edles Geflügel, und die übrigen Menschen sahen in die Röhre und aßen Brei und Gemüse. Ein französischer König, Heinrich IV., der seine Untertanen für sich gewinnen und dem Adel eins auswischen wollte, versprach: „Wenn mir Gott zu leben erlaubt, werde ich dafür sorgen, dass es in meinem Land keinen Bauern gibt, der sonntags nicht sein Huhn im Topf hat!"

Eigentlich sollte die vegetarische Ernährung ja ein Fluch Gottes über Adam und Eva und ihre Nachkommen sein: „Verflucht sei der Acker um deinetwillen ... und du sollst das Kraut auf dem Felde essen!" Man sieht also, die vegetarische Ernährung war auch schon in biblischer Zeit eine Strafmaßnahme.

Der Zweite Weltkrieg, als sich jeder freute, wenn er überhaupt was Kräftiges zu essen bekam, und die DDR-Zeit, in der es wenig Abwechslung beim Essen gab, sind ja nun vorbei. Doch der Mensch hat ein kurzes Gedächtnis. Ich habe in der Zeit, in der man als Kind den größten Appetit hat, zwar nicht gehungert, aber selten etwas Gutes und Schmackhaftes gegessen. Es war ja Krieg.

> Vegetarische und vor allem vegane Ernährung ist keineswegs gesund

Die Nachkriegszeit, von der Kapitulation bis zur Währungsreform im Juni 1948, war schlimm, viele starben an Hunger und Unterernährung. Aber niemand konnte sich damals, selbst bei Aufwendung der allergrößten Phantasie, vorstellen, dass viele Mitbürger sich heute freiwillig und absichtlich schlecht ernähren und Mangel leiden und dass ihre verquere Weltanschauung die Medien, die Kochbücher und Kochschauen und selbst die Fast-food-Ketten erobern würde – während in der übrigen Welt, in Asien, Afrika und Südamerika Hunger und Unterernährung herrschen und Menschen reihenweise vor Hunger umfallen oder leichte Beute von Krankheiten werden.

Was kümmert es uns? Vegetarier und Veganer, einst als Dogmatiker verdächtig, erzielen heute mit der Verbreitung ihrer Lehre ungeahnte Erfolge in allen Medien. Unser täglicher Schrot gib uns heute!

Der Trend wurde schnell von geschäftstüchtigen Firmen aufgegriffen. Schon sind unsere Supermärkte mit allerhand skurrilen Bio-Produkten zur Stelle: alles garantiert ohne. Ohne Genmais, ohne Düngemittel, ohne Zusatzstoffe, ohne Geschmacks-Verstärker, häufig auch – ohne Geschmack. Merke: Richtig gesunde Nahrung schmeckt nicht! Selbst wenn die ganze Familie ein heuchlerisches „lecker!" anstimmt. Übrigens: Fanatische „Besser-Esser" sehen auch so aus: irgendwie unfroh. Immer in Erwartung, dass die nächste „Panorama"-Sendung oder „Report" ihnen noch eine Hiobsbotschaft übermittelt: Katastrophale Zustände bei der Massentierhaltung in der Hühnerfarm (Hühner-KZ), aber auch Virusgrippe auf dem Bio-Hof. Da hilft eben nur das vegetarische oder „vegane" Essen.

Die Veganer wissen zwar, dass bestimmte Spurenelemente und Mineralien nur in Fleisch, tierischen Produkten und vor allen Dingen in Fisch enthalten sind. Den Mangel nehmen sie in Kauf. In jedem guten Vegetarier-Haushalt finden sich daher, im Küchenschrank, wo die angesagten „guten" Gewürze (die es nur im Bioladen gibt) liegen, Medikamente, teils rezeptpflichtige Medikamente für Substanzen, die für andere Menschen in der Nahrung enthalten sind. Auch wollen sie möglichst nichts essen, was aus Übersee eingeführt wurde, sondern – hier nähern wir uns wieder der Hitlerzeit und ihrer Kriegswirtschaft – es soll im Umland aufgewachsen sein. Und das sind im Winter bei uns eben nur Sellerie, Kohl und Schwarzwurzeln. Einmal angestoßen, verbreitete sich die Idee in den reichen Metropolen und wurde Mode. Den Vegetariern und den strenggläubigen Veganern geht es weniger um gesundheitliche, sondern vorwiegend um ethische Motive: „Mein Freund, das Tier!" Der Blutsverwandte soll nicht aufgefressen werden. Eine Art Kannibalismustabu.

> Vor allem der abgelehnte Kapitalismus profitiert von dem Trend

„Mein Freund die Pflanze", das gibt es auch. Die Jünger dieser Lehre heißen Frutarier oder Fruganer. Die wollen nicht nur keine Tiere töten, sondern auch die Pflanzen leben lassen, und folglich essen sie nur das Obst, das vom Baum fällt, oder Nüsse und Samen. Damit sie sich auf diese Weise nicht gleich selbst umbringen, haben sie befunden, dass man Getreideprodukte essen darf, weil die Körner zur Erntezeit ja schon abgestorben sind und ohnehin vom Halm fallen würden. Wussten Sie, dass es außer den Fruganern auch Lakto-Vegetarier gibt? Die essen keine Milchprodukte, weil die Milch der Kuh weggenommen wird. Da wird es langsam eng, und es fällt schwer, Käse und Wurst aus Tofu wirklich „lecker" zu finden. Die Fruganer und Laktovegetarier sind zurzeit noch eine winzige Minderheit. Vegetarier und Veganer aber liegen voll im Trend, gerade bei jungen Menschen der gebildeten Oberschicht.

Starköche kochen – auch in den beliebten Publikumssendungen des Fernsehens, den Kochshows – immer mal auch ein rein pflanzliches Schmankerl, und alle loben dann, wie „lekker" das schmeckt.

Doch alles, was in Deutschland von besorgten Grünen und guten Menschen auf den Tisch und ins Gespräch gebracht wurde, ist – so ist das nun mal im Kapitalismus – längst zu Geld gemacht. In jedem normalen Supermarkt wird das biologische Gemüse und der „fair" gehandelte Tee angepriesen. Die Fast-Food-Kette McDonald's plant, zunächst in Österreich, vegane Burger und Nuggets anzubieten.

Wahnideen sind ansteckend wie Ebola. Laut Vegetarierbund gibt es deutschlandweit 42 Millionen Teilzeitvegetarier. Sie essen an drei oder mehr Tagen pro Woche kein Fleisch.

Wie hieß es bei uns in Ostpreußen: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, es muss auch was jeschmurjelt sein." Also etwas Geschmortes und Gebratenes, Fleisch, Geflügel oder Fisch.

Den Autor erreichen Sie via Mail unter Klausrainer@gmx.de

Tödlicher Witz

Zum Schießen komisch: Der »brave Soldat Schwejk« des Tschechen Jaroslav Hasek wurde dank deutscher Hilfe ein Welterfolg

Bei Reclam ist jüngst eine Neuübersetzung des „braven Soldaten Schwejk“ erschienen (siehe *PAZ* vom 11. Oktober). Dabei hätte Schwejk, der durch Grete Reiners Übersetzung und durch Schauspieler wie Fritz Muliar zum „Weltmann“ wurde, gar keine Auffrischung nötig gehabt.

„Auf Tschechisch heißt Prag: Brr – aha. Und nicht zu Unrecht“, stichelte um 1910 Gustav Meyrink, der in Hassliebe mit dem „goldenen Prag“ verbundene Bankier und spätere erfolgreiche Novellist, in dessen Werken das verwunschene alte Prag weiterlebte, das 1902 der Altstadtsanierung geopfert worden war. Detailgetreu blieb es in dem 20 Quadratmeter großen Modell erhalten, das der Bibliothekar Antonin Langweil Mitte des 19. Jahrhunderts schuf und das die Hauptattraktion des Stadtmuseums ist.

Langweil kannte noch nicht die Bauten und Denkmäler, die Peter Parlers mittelalterliche Prager Bauklassik genial fortsetzen: Das Nationaltheater, das Gesellschaftshaus, die Tschech-Brücke im schönsten Jugendstil, den die Prager so liebten wie später den Kubismus – nur in Prag findet man kubistische Gebäude –, dazu die Denkmäler für den Heiligen Wenzel, den Kirchenreformer Jan Hus und weiteres, was das „hunderttürmige Prag“ des Hradschins, der Karls-Brücke und anderer Bauwunder ohne Stilbruch in die Moderne überleitete.

Um 1900 zählte Prag 500 000 Einwohner, davon jeweils 25 000 Deutsche und Juden. Alle Prager standen in kreativem Wettbewerb: Die Deutschen und die (sich deutsch fühlenden) Juden dominierten in der Literatur mit Rilke, Kafka, Werfel, Kisch, die Tschechen in der Musik mit Smetana, Dvorák, Janacek, und alle im Sport: Die Prager Fußballklubs Sparta und Slavia erfanden das „böhmische Gässchen“, das als „Doppelpass“ Karriere machte.

Doch Tschechen und Deutsche schufen vereint Erstrangiges, etwa den wohl witzigsten Roman der Weltliteratur, „Der „brave Soldat Schwejk“, den der Prager Bohemien Jaroslav Hasek 1921 mit viel Werbegeschrei („Sieg des tschechischen Buches im Ausland“) und kleinstem Aufwand als schäbigen „Rodokaps“, wie die Tschechen die billigen Fortsetzungsheftchen nennen, im Selbstverlag herausbrachte. An diesen Papierfetzen erkannte der Prager deutsche Autor Max Brod als Erster den literarischen Wert und verwies die Prager Deutsche Grete Reiner-Straschnow auf diese „Perle“. Der Verleger Adolf Synek ließ sie den Schwejk übersetzen, diese Fassung ging um die Welt, anfangs nur selten von der Zensur behelligt, dann streng in der Tschechoslowakei nach 1930, brutal in Deutschland, wo „Schwejk“ im Mai 1933 auf dem Scheiterhaufen landete, und eher milde in der UdSSR, wo selbst Stalin seinen Leibwächter anfauchte: „Was schleichst du vor mir her wie der brave Soldat Schwejk?“

Der deutsche Theaterkritiker Alfred Polgar hat die Schwejkische Konfliktbewältigung treffend charakterisiert: „Sein Gehorsam ist tödlich für die Befehle. Seine unbedingte Anerkennung der Autorität untergräbt diese.“ Und Kurt Tucholsky jubelte 1926 über die deutsche Edition: „Schwejk ist da! Wie glücklich ist doch ein Volk zu schätzen, das solche Helden sein eigen nennt.“ Nur Reiners Übersetzung gefiel ihm nicht, aber da irrte der gute Tucho.

Der „Schwejk“ ist bislang in 58 Sprachen übersetzt, Grete Reiner legte den Grund für seinen Welterfolg. Herbert Suckau, Deutscher aus Petersburg, präsentierte 1926/1927 den russischen „bravy soldat Schwejk“ als „Übersetzung aus dem Deutschen“, also von Grete Reiner. Machte das diesen Deutschen zum „Volksfeind“, als der er in Stalins Terrorjahr 1937 erschossen wurde? Seine Nähe zu Reiner war schon im Titel offenkundig: in der ironischen Herausstellung eines „braven Soldaten“, wo Schwejk nicht „brav“ war, also weder artig noch tapfer. Im Vorwort nannte Reiner ihre sprachliche Leistung: „Ich habe mich bemüht, die volkstümliche Derbheit Schwejks in dem sogenannten Prager Deutsch wiederzugeben. Das, durch eine gewisse Tschechisierung deutscher Worte und Wendungen entstanden, die (tschechische) Volkssprache ersetzen muss.“



„Zeigen's mal die Zunge her“: Heinz Rühmann als Schwejk vor der k.u.k.-Musterungskommission Bild: action press

Den Prager Deutschen galt ihr „Kleinseitener Deutsch“ (eine Wortschöpfung von Egon Erwin Kisch) als „reinstes Deutsch überhaupt“, wie der tschechische Germanist Emil Skala mehrfach dokumentierte. Mit dieser „Sprache“ startete der Schwejk, dem sein Autor Hasek bislang 13 Denkmäler in Europa verdankt, seit August sogar eines in Tschechien, im südlichen Pisek. Die Tschechen stehen distanziert zu Hasek, sie wollen keine „Schwejks“ sein. Als Premier Mirek Topolanek 2008 bei einer Debatte über Gesundheitsreform das Hasek-Diktum von der „tschechischen Simulantenbande“ zitierte, gab es viel Sturm im böhmischen Bierglas.

In Moskau jubelten im Juni 2012 Russen über den „braven“ Schwejk, den Andrej Badulin am „Theater der russischen Armee“ herausbrachte – als bislang letzter einer langen Tradition. Bereits 1927 präsentierten Hans Reimann und Max Brod in ihrer Schwejk-Dramatisierung ihren Helden als Überlebenskünstler, Erwin Piscator und Bert Brecht machten 1928 aus ihm einen Revolutionär. Brechts Vorliebe für Schwejk prägte auch sein Stück „Schweyk im Zweiten Weltkrieg“. Der (bühnenerfahrene) tschechische Autor Pavel Kohout verfasste einen „Schwejk“, der 1963 in Prag und 1967 in Hamburg Triumphe feierte. In der DDR sorgte 1988 der Dissident Stefan Schütz mit seinem „Urschwejk“ für Aufregung unter den (zu Recht betroffenen) Bonzen. Schwejk war bei den „Ossis“ beliebt, und wenn sie eine bestimmte Thälmann-Münze in bestimmter Weise abdeckten, entstand ein Schwejk-Porträt.

Der Prager Puppenspieler Jiri Trnka brachte Schwejk 1955 auf die Marionetten-Bühne, 1958 schrieb der US-Komponist Robert Franz Kurka eine Oper „The Good Soldier Schweik“. Alles nur Fingerübungen für den Filmstar Schwejk. Dessen Stärke sind Dialoge, etwa die unvergleichliche Verabredung Schwejk-Wodischtka „Also nach'n Krieg, um sechs Uhr Abend“, die sich besonders für Filme eignen.

Tschechen haben den Schwejk immer wieder verfilmt, von Karel Lamac 1943 sogar als Antikriegsdrama „Schweik's New Adventures“ in England. Die größten Erfolge hatte sie jedoch mit tschechisch-deutschen Akteuren wie Walter Taub (1963) und ganz besonders Rudolf Hrusinsky, 1920 als Rudolf Böhm geboren, der 1956 den Schwejk mit unnachahmlicher Authentizität in Sprache und Mimik verkörperte. Das konnten Deutsche meist nicht, am wenigsten Heinz Rühmann 1960 in Axel von Ambessers verunglücktem Schwejk-Film oder Peter Alexander 1963 in Wolfgang Liebeneiners albernen „Schwejks Flegeljahre“. Immerhin rehabilitierte sich Liebeneiner ab 1972 mit der 13-teiligen TV-Serie zu Schwejk, den Fritz Muliar perfekt mimte.

Inzwischen sind Autor und Figur „himmlisch“, da seit 1976 am Firmament die Asteroiden 2734 „Hasek“ und 7896 „Schwejk“ flimmern.

Wolf Oschlies

Farbenfrohes Ende

Bonn zeigt Werke der Maler-Freunde August Macke und Franz Marc

August Macke und Franz Marc bildeten laut Volker Adolphs „die schönste Künstlerfreundschaft des 20. Jahrhunderts“. Der Kurator hat über die beiden eine Ausstellung erarbeitet, die im Kunstmuseum Bonn zu sehen ist. Sie umfasst rund 200 Werke der Maler, die beide Weltkriegs-Opfer waren.

Anlass der Ausstellung ist das Gedenken an Macke, der vor 100 Jahren getötet wurde. Franz Marc, der zwei Jahre später fiel, hatte den Künstlerfreund im letzten an ihn gerichteten Brief mit „Du lieber, Du mit Recht so beliebter August“ angeredet. Vier Jahre zuvor hatten sie sich auf Initiative Mackes in München kennengelernt. Schnell entwickelte sich eine Duzfreundschaft, in die auch die Frauen der beiden Künstler – Elisabeth Macke und Maria Franck (später Marc) – einbezogen waren. Maria schrieb rückblickend über die ersten Treffen: „Es begann in dieser Zeit ein neuer Lebensabschnitt für Franz Marc, der zum eigentlichen Beginn der schöpferischen Jahre wurde.“ Das gilt ebenso für Macke.

Die Stationen ihrer künstlerischen Entwicklung veranschaulicht die Ausstellung durch die Gegenüberstellung exquisiter Gemälde. Malte Marc bis dahin in bleichen Farben, wie etwa das gleichwohl einnehmende Gemälde „Zwei graue Katzen“ zeigt, griff er durch Macke bestärkt zu kräftigen Tönen. Attraktives frühes Beispiel ist Marcs „Pferd in Landschaft“. Das Pferd hat ein rotes Fell. Die Mähne und der Schweif sind in Blau gemalt. Es wirft einen grünen Schatten und blickt auf eine überwiegend gelbe Landschaft hinab.



Marc: „Die gelbe Kuh“ Bild: Guggenheim Museum, New York

Künstlerisch am nächsten stehen sie sich in zwei Gemälden, die auf der ersten Gruppenausstellung des Blauen Reiters zu sehen waren. Mackes „Indianer auf Pferden“ sind in eine Landschaft aus naturfernen bunten Farben eingebettet. Das gilt ebenso für Marcs „Gelbe Kuh“, die lebenslustig beide Hinterbeine hoch in die Luft streckt. Doch im Grunde war Macke der spontane und lebensfrohe Mensch, während Marc nachdenklich war und auch das Unzulängliche des Lebens in den Blick nahm. Ernst, fast tragisch wirkt Marcs „Reh im Klostergarten“. Steil und scharf hat es seinen Kopf zur Seite geworfen, den ein grüner Strahl trifft. Das Gemälde ist aus kleinteiligen, kantigen und gerundeten Formen aufgebaut. Das Reh ist Teil dieses Naturkosmos – und das bedeutet nicht nur harmonischer Einklang, sondern auch Ausgeliefertsein.

Mackes „Zoologischer Garten I“ zeigt hingegen eine heitere Welt. Von rechts hebt sich der Kopf eines Rehs ins Bild. Müßiggänger „durchfreuen“, wie Macke das nannte, die von Kakadus, Papageien und einem Flamingo besiedelte, aber vom Menschen inszenierte Natur. Kurator Adolphs Fazit: „Wo Macke die Welt anschaut, will Marc sie durchschauen.“

Veit-Mario Thiede

Bis 4. Januar 2015 im Kunstmuseum Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 2. Dienstag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 21 Uhr. Telefon (0228) 776211, Internet: www.kunstmuseum-bonn.de. Eintritt: 12 Euro. Zweite Station der Schau ist vom 28. Januar bis 3. Mai 2015 die Städtische Galerie im Lenbachhaus, München.

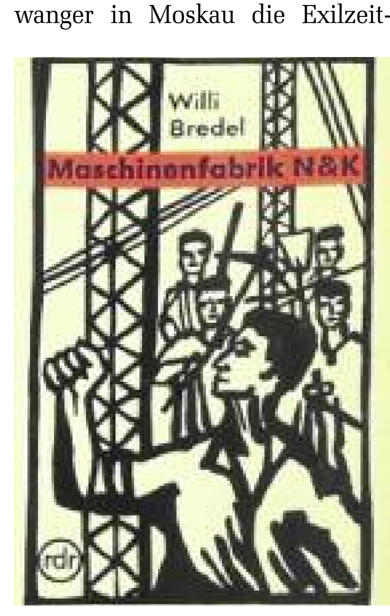
Das Klassenkampf-Fossil

Vor 50 Jahren gestorben – Proletariats-Romancier Willi Bredel

Dicht an einem Hamburger Kanal steht ein blauer Hafenkran, mit dem man früher Stückgut verlud. Er ist das Erkennungszeichen von Kampnagel, einem international bedeutendem Zentrum der freien Theaterszene, die seit den frühen 1980er Jahren in den Fabrikhallen eines ehemaligen Werksgeländes ihre Kunst „erarbeitet“. Früher wurde hier noch richtig malocht. Das Werksgelände gehörte einst der Maschinenfabrik Nagel & Kaemp, und einer ihrer prominentesten Arbeiter war der am 27. Oktober 1964 gestorbene Willi Bredel. Der dort als Dreher tätige Hamburger Arbeitersohn brachte die Firma in seinem 1930 erschienenen Romandebüt „Maschinenfabrik N & K“ zur literarischen Berühmtheit.

Bredel hat in Anlehnung an Maxim Gorkis Arbeiterroman „Die Mutter“ (1907) in seinem Buch eigene Erfahrungen als strammer kommunistischer Betriebsrat verarbeitet, als er gegen die Ausbeuter in der Firmenleitung, die mehr Überstunden verlangten, und gegen die „verräterischen“ sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre einen Streik für die damals noch als unvorstellbar empfundene 45-Stunden-Woche angezettelt hatte.

Bredels Mini-Revolution endete mit seiner Entlassung, die ihm den Weg ebnete, sich als KPD-Autor zu etablieren. Dabei nutzte er Haftstrafen, um Werke wie sein Romandebüt zu schreiben. Wegen Hoch- und Landesverrat, den Bredel als Redakteur einer Revoluzzer-Zeitung begangen haben soll, landete er 1929 erstmals in Haft. Nach Hitlers Machtergreifung wurde er 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Seine Erlebnisse im KZ Fuhlsbüttel schrieb er wenig später in dem Roman „Die Prüfung“ nieder. Eine Haftentlassung nutzte Bredel zur Flucht, gab mit Bertolt Brecht und Lion Feuchtwanger in Moskau die Exilzeitschrift „Das Wort“ heraus und beteiligte sich später als Kommissar der internationalen Brigaden am Spanischen Bürgerkrieg gegen Franco.



Cover von Bredels Romandebüt

Als überzeugter Proletarier – der 1901 geborene Bredel hatte sich schon kurz nach dem Ersten Weltkrieg der KPD angeschlossen – war es für ihn Ehrensache, sich nach 1945 in der Sowjetzone niederzulassen. Der linientreue Agitator fühlte sich im Ulbricht-Staat auch in seiner Rolle als Präsident der Ost-Akademie der Künste im sozialistischen Paradies. Wich er als Funktionär mal von der Parteilinie ab, übte er kleinlaut Selbstkritik gegenüber den Machthabern oder er duckte sich stumm weg, als sein Verleger Walter Janka, der Chef des Aufbau-Verlags, verhaftet und in einem Schauprozess verurteilt wurde.

In Zeiten des Kalten Krieges noch mit sechsstelligen Auflagenzahlen in der DDR auf billigem Papier gedruckt und dank SED-Geldern in der Bundesrepublik auch in linken Buchläden vertrieben, findet sich heute mit dem harmlosen Störtebeker Roman „Die Vitalienbrüder“ nur noch ein Bredel-Werk in den Buchläden. Literarisch kommt Bredel einem vor wie ein Fossil aus fast schon vergessenen Zeiten des Klassenkampfs. Bestes Beispiel dafür ist seine Trilogie „Verwandte und Bekannte“ (1941–1953), in der er autobiografisch das Schicksal einer Arbeiterfamilie ganz im Stil des bleiernen sozialistischen Realismus abbildet. Das nach Bredels Ideologie politische „Gut“ und „Böse“ ist so klar getrennt, dass es aus heutiger Sicht geradezu komisch wirkt.

Trotz aller literarischen Mängel kann man aber bekräftigen, was der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki in seiner Biografie „Mein Leben“ schrieb: Dass nämlich Bredel „im Unterschied zu manch anderem DDR-Autor wirklich ein Arbeiter und wirklich ein Schriftsteller war“.

Harald Tews

Inkarnation ostpreußischer Bodenständigkeit

Vor 50 Jahren starb Agnes Miegel, die »Mutter Ostpreußen«

Vor mir liegt ein schmales Büchlein: ein paar dünne Blätter in Schreibmaschinenschrift, mit einer Kordel zusammengehalten, der Umschlag aus Pappe mit Rosendruck. Wenn man es aufschlägt, liest man nur einen Namen: Agnes Miegel.

Jemand hat einige lyrische Werke der Dichterin zu einem Gedichtbändchen zusammengefasst, eine kleine Sammlung von Lieblingsgedichten, so scheint es, aber beim Weiterlesen merkt man, dass es weit mehr ist. „Erinnerung und Dank an Agnes Miegel“ lässt vermuten, dass dieser Jemand eine sehr persönliche Verbindung zu der Dichterin gehabt hat. Und die Bestätigung folgt beim weiteren Lesen der eng beschriebenen Blätter. Sie enthalten ernste wie heitere Episoden aus ihrem Leben, die nur ein Mensch aufzeichnen konnte, mit dem sie eng verbunden war. Und das war sie wohl, die Verfasserin dieser Kurzbiografie, Margarete Hopf, die kurz nach dem Tod der Dichterin am 26. Oktober 1964 diesen so ganz persönlichen Nachruf geschrieben hatte, den sie mit Erinnerungen an die eindrucksvollsten Begegnungen mit der Dichterin 1967 beendete. Ich bekam dieses Büchlein einige Jahre später zu treuen Händen, habe es sicher bewahrt und halte es nun zum 50. Jahrestag ihres Todes für gekommen, einige Aufzeichnungen der Margarete Hopf unseren Lesern und Leserinnen zu übermitteln und damit dem Gedenken an die Dichterin eine sehr eigene Note zu geben. Und so beginnt Margarete Hopf ihre persönliche Gedenkschrift:

„Als die Nachricht vom Tode Agnes Miegels durch Rundfunk und Presse ging, schrieb mir eine jüngere Freundin – keine Ostpreußin! – sie hätte sofort an das wunderschöne Miegel-Gedicht ‚Sterbesegen‘ gedacht:

‚Sterb’ ich ferne meiner Heimatstadt, / lass es meinen jungen Bruder wissen, / dass ich liege auf dem Totenkissen, / dass mein Weg ein Tor gefunden hat.‘

Und sie fügte hinzu: ‚Sie hat nun ein Tor gefunden.‘ Auch ich hatte an dieses Gedicht, das ich besonders liebte, gedacht. In seiner schlichten Art scheint es mir voll und ganz der ostpreußischen Volksseele zu entsprechen. In meinem Glasschrank in Essen hatte ich zwei kleine Urnen aus der preußischen Porzellanmanufaktur stehen, in denen ich Sand von der Hohen Düne in Nidden aufbewahrte. Meine Wohnung fiel dem Bombenhagel zum Opfer, auch die Gefäße mit der ‚weißen Wanderdünen Sand‘. So war es mir verwehrt, den Sand nach Bad Nenndorf zu schicken.

‚Riesle regenfein in meine Gruft übers Herz der Toten, muschelweißer, / unruhvoller Sand, gebleicht von heißer, / winddurchklungner, herber Heimatluft.‘

Es bewegt mich sehr, dass der letzte Brief, den ich von Agnes Miegel bekam, gerade ein Gespräch über dieses Gedicht enthielt. Meine Miegelbücher waren ebenfalls verbrannt, in der Gesamtausgabe von Diederichs war es nicht enthalten – man erklärte mir dies damals von Verlagsseite mit Platzmangel –, und so versuchte ich, das Gedicht aus dem Gedächtnis zusammenzusetzen und schickte es der Dichterin zur Durchsicht. Sie schrieb, es hätte sie sehr bewegt, dass ich dieses Gedicht fast lückenlos in meinem Gedächtnis gehütet hätte. Und sie fügte hinzu, sie bäte mich, nicht enttäuscht zu sein, dass sie es mir nicht noch einmal vollständig abgeschrieben hätte, aber sie sei jetzt oft sehr müde. Ach, ich war schon sehr beglückt, und ich hüte diese Zeilen wie ein kostbares Vermächtnis.

Das war Ende des Jahres 1962. Ein Jahr später besuchte mich eine Königsberger Freundin. Ich erklärte ihr, dass ich Agnes Miegel schon länger nicht mehr geschrieben hätte, da ich die Erfahrung gemacht habe, dass sie mir immer am selben Tag, an dem sie den Brief erhält, antwortet. Das wollte ich ihr nicht mehr zumuten. Meine Freundin bezeichnete dies als etwas übertriebene Rücksicht. Wenn ich nicht schriebe, dann würden eben andere die schönen Briefe erhalten. Nun, es sei so. Agnes Miegel gehört nicht mir allein, sondern allen Ostpreußen. Ich habe ihr unendlich viel zu verdanken, da dürfte Rücksichtnahme durchaus angebracht sein.

Unsere Bekanntschaft war – der ersten Begegnung nach – sehr zurückliegenden Datums. Ich war zehn Jahre alt, als wir im Jahre 1896 von dem Städtchen Allenburg nach Königsberg, Fließstraße 23, zogen. Im ersten Stock wohnte Familie Miegel sehr zurückgezogen. Aber eines Tages trafen wir das junge Fräulein Miegel im Treppenhaus. Sie sprach ein paar Worte mit uns so wie ein 17-jähriges Mädchen mit neunjährigen fremden Kindern spricht. Sie trug ein schwarzes Pelzbarett, aus dem seitlich zwei braune Locken hervorlugten, zu einem dunkelroten Jackenkleid, das mich bezauberte. Später erzählte sie mir, dass dieses Kleid ihr Schrecken gewesen sei, aber als Geschenk einer Tante habe sie es tragen müssen. Bald darauf zog die Familie Miegel aus – zurück zum Kneiphof. Die dunkle Wohnung war für Frau Miegel, die zur Schwermut neigte, zu bedrückend gewesen. Bald erschienen bei Cotta die ersten Gedichte, die wir mit Begeisterung lasen. In der Münzstraße konnten wir bei Gottheil & Sohn ein Porträt der Dichterin bewundern. Das lila Kleid kontrastierte wunderbar zu ihrem kastanienbraunen Haar.



An ihrem Schreibtisch: Agnes Miegel Bild: laif

Die erste ‚richtige‘ Begegnung mit Agnes Miegel war 1926 in Königsfeld im Schwarzwald. Ich hörte, dass sie auch dort sei, und ließ mich bei ihr melden. Obwohl sie am nächsten Tag abreisen wollte, empfing sie mich auf halb gepackten Koffern. Wir sprachen von ‚Die Mär vom Ritter Manuel‘, der wundervollen Ballade, die sie – wir sie mir erzählte –, während eines Umzugs auf dem Möbelwagen wartend auf einer Kiste sitzend von Anfang bis zur letzten Zeile in einem Zug auf einen Zettel geschrieben habe. Es wurde ein langes Gespräch, in dem die Dichterin ihr erstes Erlebnis mit der Kunst schilderte, als der damals bekannte Sänger Raimund von zur Mühlen in Königsberg ein Konzert gab. Als Dank schickte ich ihr ein Sonett von Dante in der Übersetzung von Siegfried von der Trenck, den sie persönlich kannte:

‚Schönheit ist Geist und Liebe sel’ges Licht, drum muss ein Himmel sein, sie zu bewahren … Ja, Himmel ist ein wunderbarer Ort, da wir gewiss sind, dass wir weiterleben in Ewigkeit …‘

> Bemerkenswerte Kurzbiografie von Margarete Hopf

Agnes Miegel schrieb sofort wieder, das Gedicht sei gerade zur rechten Zeit gekommen, sie habe seine Freude sehr nötig gehabt. Dies war der Beginn zu einem Jahrzehnte währenden Briefwechsel, unterbrochen durch Begegnungen in Essen, München und Königsberg. Die Gespräche mit Agnes Miegel gestalteten sich deshalb so wertvoll, weil sie über eine Universalität des Bildungsgutes verfügte. Sie besaß nicht nur ein sehr umfangreiches Wissen über die abendländische Kultur, auch die anderer Völker lagen vor ihr ausgebreitet wie in einem großen Bildband, den sie beliebig an irgendeiner Stelle aufschlagen konnte. Aber neben der Beglückung über die Gespräche war ich in ständiger Sorge um sie wegen der oft bedrückenden Nachrichten über ihre schwankende Gesundheit. Besonders die Reisen und die Leseabende machten ihr zu schaffen. Es kam dazu, dass sie gerade in Westdeutschland, wo man mit dem Namen der großen Balladendichterin beinahe einen Kult getrieben hatte, mit ihren Zuhörern keinen Kontakt finden konnte. ‚Ich glaube, man hat sich hier von mir eine andere Vorstellung gemacht‘, sagte sie einmal. Ich gab zögernd zu, dass es vielleicht sein könnte, dass sich die Besucher unter einer Balladendichterin ein ätherisches Wesen vorgestellt hätten. Das sich dann – wie sie selber hinzufügte – als eine Verkörperung ostpreußischer Bodenständigkeit entpuppte, als eine Inkarnation der guten, nahrhaften ostpreußischen Erde.

Aber es gab auch glühende Verehrer, zu denen auch jener junge Studienrat zählte, der Agnes Miegel zu früh in den Dichterhimmel schickte. Er hatte an Morgen des 9. März 1929 wohl sehr flüchtig in die Zeitung geblickt, jedenfalls organisierte er spontan und übereifrig eine Trauerfeier in seiner westdeutschen Mädchenschule. Gedichte wurden aufgesagt, musikalische Umrahmung! Er selbst hielt die Trauerrede, in deren Verlauf er die Geschichte von dem Heiratsantrag eines Professors erzählte, den Agnes Miegel abgelehnt hätte. Er schloss mit den bewegenden Worten: Im Leben konnten sie nicht zusammenkommen, jetzt schreiten sie vereint durch die seligen Gefilde! Während der Feier holte eine Lehrerin vorsichtig eine Zeitung aus ihrer Mappe und stellte mit Schrecken fest, dass hier ein Irrtum vorlag: Es war der 50. Geburtstag! Als ich dies Agnes Miegel erzählte, nahm sie es mit einer Mischung aus Lächeln und Rührung zur Kenntnis.“

Soweit einige Erinnerungen aus dem Gedenkbuch der Margarete Hopf, das mit ihrem Dank an die Verstorbene endet: „Liebe Agnes! Dank für viele schöne Briefe, viel Verständnis, viel Verzauberung. Du gehörst mit zu den Großen, die unsere Heimat geformt und ihr den Charakter der Besonderheit verliehen haben. Wir Ostpreußen danken Dir!“

An ihrem letzten Gang vor nunmehr 50 Jahren hat Margarete Hopf wahrscheinlich nicht teilgenommen, es ist in ihrem Büchlein nichts vermerkt. Aber ich durfte dabei sein in dem langen Zug, der sich auf dem Weg zu dem am Deisterhang in Bad Nenndorf liegenden Friedhof bewegte. Es waren Freunde und Weggefährten, Vertreter von Kultur und Wissenschaft, aber auch viele Landsleute, die sie nie gekannt hatten, für die sie aber das war, was sie noch heute ist und bleiben wird: die Mutter Ostpreußen! *Ruth Geede*

Kirche und Jura prägten sein Leben

Vor 60 Jahren starb der Bundestagspräsident von 1950 bis 1954, Hermann Ehlers

Seit Hermann Ehlers 15. Lebensjahr war der am 1. Oktober 1904 in Schönberg bei Berlin geborene Sohn des preußischen Postassistenten Hermann Heinrich Ludwig Ehlers und dessen Ehefrau Adelheid Louise Ehlers geborene Rabe in der christlichen Jugendbewegung tätig, in der er schnell mit Führungsaufgaben betraut wurde. Der mit der Reifeprüfung abgeschlossenen Schulausbildung folgte ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin und Bonn. Nach einer Promotion über „Wesen und Wirkung des Reichslandes Preußen“ und einem Referendariat in Neukölln und Frankfurt an der Oder schloss er seine Berufsausbildung 1931 mit der großen juristischen Staatsprüfung ab.

> Vorzeigeprotestant der CDU/CSU

Noch im selben Jahr wählte sich der Jurist die Evangelische Kirche der Altpreußischen Union zum Arbeitgeber. Unmittelbar nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“, im Februar 1933, übernahm er die Leitung des Rechtsberatungsreferats der Bezirksverwaltung Steglitz, die das Nicht-NSDAP-Mitglied allerdings im darauffolgenden Jahr wieder abgeben musste. Der Protestant, der bereits 1933 zur Bekennenden Kirche (BK) gefunden hatte, trat in eine Anwaltskanzlei ein, in der er hauptsächlich mit der Bearbeitung kirchenrechtlicher Fragen der BK befasst war.

Trotz seines Engagements in der BK und der Nichtmitgliedschaft in der NSDAP konnte er 1936 als Richter beim Landgericht Berlin zumindest vorläufig in den Staatsdienst zurückkehren. 1939 wurde jedoch seine endgültige Übernahme abgelehnt. Zuvor, 1937, war er sogar wegen „Aufforderung zum Ungehorsam gegen staatliche Anordnungen“ von der Gestapo verhaftet und für wenige Wochen inhaftiert worden. 1940 wurde er in die Wehrmacht eingezogen, wo er immerhin bis zum Offizier sowie zum Batteriechef und Abteilungsadjutanten bei der Flugabwehr in Hamburg-Fuhlsbüttel aufsteigen konnte.

Nach der Übernahme der Macht in Westdeutschland durch die Westalliierten konnte Ehlers zwischen diversen Posten wählen. Er entschied sich wieder für die Kirche als Arbeitgeber und wurde Oberkirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg.

Eine grundsätzliche Trennung von Kirche und Welt, von Glaube und Politik war Ehlers fremd. 1946 trat er der CDU bei und gründete noch im selben Jahr mit anderen die Evangelische Tagung der CDU, einen Vorläufer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), dem er seit dessen Gründung im Jahre 1952 vorstand. Überhaupt wurde Ehlers zu einem führenden Repräsentanten des Protestantismus in der aus dem Zentrum hervorgegangenen Union mit entsprechender Bedeutung für den Wählerfang in dieser Klientel.

Über die Landesliste Niedersachsen zog der Christdemokrat 1949 in den ersten Bundestag ein. Durch den Rücktritt Erich Köhlers wurde 1950 der Posten des Bundestagspräsidenten vakant. Da die Union mit Konrad Adenauer einen Katholiken als Kanzler stellte, nominierte sie nun mit Ehlers einen Protestanten für das zweithöchste Staatsamt. Mit 201 von 325 abgegebenen Stimmen wurde er gewählt. Nach der folgenden Bundestagswahl wurde er mit 467 von 487 abgegebenen Stimmen in diesem repräsentativen Amt bestätigt. Noch während dieser zweiten Amtszeit erlag Hermann Ehlers am 29. Oktober 1954 in einem Oldenburger Krankenhaus den Folgen einer Mandelvereiterung. *Manuel Ruoff*

Hermann Ehlers Bild: Archiv

Das Ende der Dänenherrschaft

Vor 150 Jahren gingen Schleswig, Holstein und Lauenburg an die beiden deutschen Großmächte über

Der Deutsch-Dänische Krieg von 1864 endete mit dem Frieden von Wien. In ihm trat der dänische König Christian IX. seine Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an die Herrscher Österreichs und Preußens ab.

Wegen seiner Gleichgewichtspolitik unterstützte Großbritannien in der Schleswig-Holstein-Frage das kleinere Dänemark gegen das größere Deutschland. So wurde 1852 auf einer in seiner Hauptstadt tagenden internationalen Konferenz der fünf Großmächte und der zwei skandinavischen Staaten Dänemark und Schweden das Londoner Protokoll beschlossen, dem zufolge entgegen dem salischen Erbrecht in Schleswig-Holstein die Personalunion mit Dänemark über den Tod König Friedrichs VII. hinaus fortbestehen sollte. Als einzig nennenswertes Zugeständnis hatten die deutschen Großmächte erreicht, dass das Recht der Herzogtümer, up ewig ungedeelt (auf ewig ungeteilt) zu bleiben, anerkannt wurde.

Gegen dieses Recht verstieß jedoch Friedrichs VII. Nachfolger Christian IX., indem er 1863 eine Verfassung für Dänemark unter Einschluss Schleswigs unterzeichnete. Die beiden deutschen Großmächte und Unterzeichnerstaaten des Londoner Protokolls waren daraufhin 1864 erst in das zum Deutschen Bund gehörende Holstein und dann auch in Schleswig einmarschiert.

Die Briten erkannten, dass die Dänen auf eine militärische Niederlage zusteuerten, und luden deshalb erneut zu einer internationalen Konferenz in ihre Hauptstadt ein, um den Skandinaviern mit einer Verständigungslösung das Schlimmste zu ersparen. Kopenhagen zeigte sich jedoch wenig kompromissbereit. Es war weder bereit, die dem Londoner Protokoll widersprechende Einverleibung Schleswigs rückgängig zu machen, noch über eine von Großbritannien wie Frankreich vorgeschlagene Teilung Schleswig-Holsteins zu verhandeln. So ging die internationale Konferenz am 25. Juni ergebnislos zu Ende und die Kampfhandlungen wurden wieder aufgenommen.

Kopenhagen erwartete zu viel von London

Die Dänen gingen davon aus, dass sie auf ihren Inseln vor den beiden deutschen Landmächten sicher seien und auf kurz oder lang die Briten ihnen militärisch beispringen würden. Das war ein Irrtum. Die Briten scheuten den Gesichtsverlust, das vertragsbrüchige und nicht kompromissbereite Dänemark militärisch zu unterstützen. Dieses galt umso mehr, als sie nicht mit der Unterstützung einer weiteren Großmacht hätten rechnen dürfen. Das napoleonische Frankreich war an einem Gleichgewicht zwischen den beiden deutschen Großmächten interessiert und hielt Preußen noch für die schwächere. Zudem hoffte Kaiser Napoleon III. auf Kompensationen an der preußisch-französischen Grenze. Und auch zu Russland waren die preußischen Beziehungen seinerzeit entspannt. Preußen hatte sich als einzige Großmacht im Krimkrieg nicht feindselig gegenüber dem Zarenreich verhalten, es hatte diesem mit der Alvenslebenschen Konvention von 1863 bei der Niederschlagung des polnischen Januaraufstandes geholfen und es hatte schließlich mit Wilhelm I. einen König, für den dessen Neffe auf dem russischen Zarenthron Sympathie empfand.

Statt abzuwarten und Christian IX. auf seinen Inseln und in seinem Königreich in Ruhe zu lassen, zeigten die Deutschen Entschlossenheit und Tatendrang. Der überforderte, bereits 80 Jahre alte Oberbefehlshaber des preußisch-österreichischen Truppen wurde durch Prinz Friedrich Karl von Preußen ersetzt – mit dem genialen, entschlossenen, dynamischen Helmuth von Moltke als Stabschef. Ebenfalls bereits schon vor dem Ablauf des Waffenstillstandes hatten sich Preußen und Österreich geeinigt, das gesamte dänische Festland und die Insel Alsen zu besetzen.

Am 3. Juli zeigte sich im Gefecht bei Landby in einer Klarheit wie nie zuvor die Überlegenheit des preußischen Zündnadelgewehrs. Eine Woche später überquerten die Deutschen den Lijmfjord. Vier weitere Tage später hatten sie die Nordspitze Jütlands erreicht. Die Dänen verließen das Festland und zogen sich auf die Insel Fünen zurück.

Doch auch auf ihren Inseln waren die Skandinavier nicht sicher. Am 13., 14. und 15 Juli eroberten die Deutschen Sylt, Föhr, Röm und Fanø. Aber nicht nur die Nordseeinseln, auch die Düppel gegenüber liegende Ostseeinsel Alsen erwies sich als durch die Deutschen erreichbar. Bereits während der Londoner Konferenz hatten sich Dänen wie Preußen auf den Kampf um die Insel vorbereitet. Die Skandinavier hatten die Insel stark befestigt. Den Südteil des die Insel vom Festland trennenden Alsensundes hatten sie vermint. Und längs des Ufers hatten sie Laufgräben eingerichtet. Und trotzdem wagten die Preußen in der Nacht zum 29. Juni den Übergang. Um 2 Uhr verließen die ersten Boote das Festland. Eine Viertelstunde darauf wehte die erste preußische Fahne am Inselstrand, dort, wo später das Arnkieldenkmal an dieses denkwürdige Ereignis erinnerte. Zwei Stunden darauf erkannte der dänische Oberbefehlshaber die Niederlage und leitete den Rückzug auf die Insel Fünen ein. Bis zum 1. Juli hatten die letzten Dänen Alsen verlassen. Nun trafen die Preußen Vorbereitungen für ein Übersetzen nach Fünen.

Der Verlust der Inseln und Jütlands, Preußens Vorbereitungen für ein Übersetzen nach Fünen sowie die zunehmenden Zweifel an einem rettenden Eingreifen von dritter Seite ließen die Kampfmoral der Dänen sinken. Am 15. Juli wurde im südostjütländischen Christiansfeld Waffenstillstand geschlossen. Zehn Tage später begannen in der österreichischen Hauptstadt Friedensverhandlungen, die schließlich am 30. Oktober 1864 in den Frieden von Wien mündeten. Dieser Vertrag beendete den ersten deutschen Einigungskrieg, der rund 5600 dänische, etwa 1200 österreichische und 977 preußische Soldaten das Leben gekostet hat.

Manuel Ruoff



Verlor in Wien drei Herzogtümer: König Christian IX. von Dänemark Bild: mauritius

Die *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld war seit den 1970er Jahren in der Opposition gegen das SED-Regime aktiv und seitdem Mitorganisatorin aller wichtigen Veranstaltungen der Friedens- und Umweltbewegung der DDR. 1988 wurde sie wegen „Versuchter Zusammenrottung“ verhaftet und nach einem Monat in den Westen abgeschoben. Am Morgen des 9. November 1989 in die DDR zurückgekehrt, wurde sie Mitglied der Verfassungskommission des Runden Tisches und später der ersten und zugleich letzten frei gewählten Volkskammer. Von 1990 bis 2005 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an. An dieser Stelle berichtet die bekannte Bürgerrechtlerin monatlich aus eigenem Erleben über die Ereignisse vor 25 Jahren in der DDR.

Vorboten der Friedlichen Revolution

Aus dem Tagebuch von Vera Lengsfeld: Oktober 1989

Der Oktober beginnt mit einem Paukenschlag: In Ostberlin wird unter dramatischen Umständen eine weitere Oppositionsgruppe gegründet: der Demokratische Aufbruch (DA), obwohl die Staatssicherheit eine weitere Gründung unbedingt verhindern wollte. Offiziell hieß es, die Gründungsversammlung würde in der Samaritergemeinde in Berlin bei Pfarrer Rainer Eppelmann stattfinden. Etwa 80 Menschen fanden sich im Gemeindehaus ein, das sofort von der Staatssicherheit abgeriegelt wurde. Bei Eppelmann wurden an die Anwesenden Zettel mit dem neuen Treffpunkt verteilt. Dort kamen 17 Leute an, die dann den DA gründeten und eine programmatische Erklärung erarbeiteten, die noch am selben Abend über Telefon an westliche Journalisten weitergegeben wurde. Im Vergleich zum Neuen Forum strebte der Demokratische Aufbruch eine höhere Verbindlichkeit an, verzichtete aber ebenfalls darauf, sich als Partei zu formieren.

Am nächsten Tag findet in Leipzig das traditionelle Montagsgebet statt, an das sich nach dem Willen der SED nicht wieder eine Demonstration anschließen soll. Die Stadt gleicht einem Heerlager. Die Zufahrtsstraßen und die Bahnhöfe werden überwacht. Seit Tagen gab es eine intensive Pressekampagne gegen das Montagsgebet. Nun müssen SED-Kader, Universitätspersonal, Funktionäre der Blockparteien und Betriebsgruppen auf der Straße gegen das Montagsgebet protestieren. Die Passanten begegnen diesen staatlichen Demonstranten mit Spott oder Mitleid.

Trotz der weiträumigen Abriegelung der Nikolaikirche finden sich mehr als 10 000 Menschen in und an der Kirche ein. Auch in der Reformierten Kirche findet ein Gebet statt. In beiden Kirchen wird in leidenschaftlichen Predigten der „Aufbruch aus der Feigheit“ proklamiert. Gleichzeitig gibt es wieder Aufrufe zur unbedingten Gewaltfreiheit.

Nach den Gebeten formiert sich ein Demonstrationszug von mehr als 15 000 Menschen. Es kommt zum gewaltsamen Eingreifen der Sicherheitskräfte mit Schlagstöcken und Hunden. Die Menschen rufen anfangs: „Wir sind keine Rowdys!“ Weil das recht holprig klang, kam ein Unbekannter auf die Idee: „Wir sind das Volk!“ Der Schlachtruf der Friedlichen Revolution war geboren.

Auch außerhalb ihrer Grenzen hören die Probleme der DDR nicht auf. Kaum haben die Ausreisewilligen die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Prag und Warschau verlassen, drängen neue Flüchtlinge nach. Binnen eines Tages war die Botschaft in Prag wieder mit etwa 3000 Menschen gefüllt. Die DDR-Führung reagiert auf die Flüchtlingskrise, indem sie die Ausreise in die sozialistischen Bruderländer verhindert. Jetzt können die DDR-Bürger das Land nicht mehr aus eigenem Entschluss verlassen. Sie müssen um Genehmigung ersuchen, egal, in welche Richtung sie sich bewegen wollen. Es ist, als ob man einen Dampfkessel hermetisch verriegelt.

Am Vorabend des 40. Geburtstags der DDR brodelt es im Land. Die SED macht vor lauter Angst die Schotten dicht. Sie lässt unter Bruch des Viermächteabkommens die Grenzübergänge in Berlin für Bundesdeutsche und Westberliner schließen. Sie will keine Zeugen.

Kampfgruppen werden quer durch das Land verlegt und die Gerüchte, Polizei und Armee würden zuschlagen, werden immer lauter. Sie bekommen Nahrung durch Äußerungen wie die eines Kampfgruppenkommandeurs in der „Leipziger Volkszeitung“ („LVZ“), dass die Werte und Errungenschaften des Sozialismus geschützt werden müssten – „notfalls mit der Waffe in der Hand“. Der Satz macht blitzschnell die Runde im Land. Trotzdem versammeln sich am Abend die Menschen in vielen Städten, um zu demonstrieren.

Am Abend beginnen die Feierlichkeiten zum „Tag der Republik“ mit einem Fackelzug der FDJ vor dem Palast der Republik in Berlin. Erich Honecker steht neben Michail Gorbatschow, als die FDJler im Laufschritt vorbei defilieren. „FDJ, SED – alles ist bei uns okay!“, müssen die Jugendlichen rufen. Alles okay? Nicht ganz. Die Stasi entdeckt, dass in der Menge die Texte des Neuen Forums verteilt werden. Zwei junge Männer müssen aus dem Demonstrationszug entfernt werden, weil auf ihrem Schild „Sch… Staat!“ zu lesen war.

Am Jahrestag nehmen die Festreden in den Städten und Dörfern einen ungewöhnlichen Verlauf, weil die Festredner immer wieder durch höhnische Zurufe aus der Menge unterbrochen werden, sobald sie die Erfolge des Sozialismus preisen. An vielen Orten kommt es zu Gegendemonstrationen oder Veranstaltungen der Opposition.

Das sächsische Plauen wird zum Schauplatz der eindrucksvollsten Demonstration des Tages. Obwohl es heftig regnet, kommen auf dem Theaterplatz nahezu 20 000 Menschen zusammen. Bald rücken Wasserwerfer an und die Polizisten zücken ihre Schlagstöcke. Der Demonstrationszug bewegt sich in Richtung Rathaus. Dort sind Maschinengewehre aufgestellt. In dieser Situation gelingt es dem Superintendenten Thomas Küttler, beruhigend auf die Sicherheitskräfte einzuwirken. Die Konfrontation bleibt aus.

In Berlin dagegen begleiten Prügeleien die Demonstranten auf der ganzen Strecke. An der Gethsemanekirche kommen nur etwa 1500 Menschen an. Die Polizei sperrt das Gebiet weiträumig ab. Dann setzt sie Wasserwerfer, Hunde, Schlagstöcke und Tränengas ein. Hunderte Menschen werden verhaftet und zum Teil schwer misshandelt. Danach ist die Spannung im Land fast unerträglich.

Am Montag, dem 9. Oktober, finden wieder in vielen Städten Demonstrationen statt, die größten in Dresden und Leipzig. Die Stadt ist seit 14 Uhr erneut abgeriegelt. Gleichzeitig strömen etwa 5000 „gesellschaftliche Kräfte“ in die Nikolaikirche. Sie sollen bis zum Beginn des Friedensgebets ausharren und keinen Raum für Demonstranten lassen. Aber die Menschen warten einfach vor der Kirche, bis es losgeht. Zudem finden Friedensgebete noch in drei anderen Kirchen, der Reformierten Kirche, der Thomas- und der Michaeliskirche, statt. Als die Gebete beendet sind, haben sich etwa 70 000 Demonstranten formiert. Niemand hat mit einer solchen Zahl gerechnet.

Die Einsatzleitung der Sicherheitskräfte weiß nicht, wie sie mit der Situation umgehen soll. Sie telefoniert nach Berlin, um Anweisungen zu erhalten. Parteichef Honecker ist nicht zu sprechen. Politbüromitglied Egon Krenz erbittet sich Bedenkzeit. Inzwischen bewegt sich der gewaltige Zug mit den Rufen „Wir sind das Volk!“ und „Keine Gewalt“ auf dem Ring. Als der Hauptbahnhof erreicht wird, löst sich die Demonstration langsam auf. Vom Einsatzleiter der Sicherheitskräfte ist der Satz überliefert. „Sie sind rum. Nun braucht der Krenz auch nicht mehr anzurufen.“

Am 9. Oktober ist die Macht der SED gebrochen.

Die Autorin dieses Beitrags ist Verfasserin des unlängst erschienenen Buches „1989 – Tagebuch der Friedlichen Revolution – 1. Januar bis 31. Dezember“, TvR Medienverlag Jena.

Weitschweifiger Ort

Zu: Nahezu blind in den Krieg (Nr. 39)

Auch wir hatten kürzlich das Militärhistorische Museum Dresden besucht. Abgesehen vom gewöhnungsbedürftigen Libeskind-Keil mit dem durch das Gitterwerk verstellten sogenannten „Dresden Blick“ im vierten Obergeschoss fanden wir das gesamte Museum weitschweifig und nur teilweise interessant mit oftmals viel zu kleinen Beschriftungen in ungünstiger Lage und schlecht beleuchteten Objekten.

Besonders bemerkenswert war auch die im Beitrag angesprochene Tatsache, dass der „Brandtaucher“ im Zeitalter energiesparender Leuchtdioden angeblich aus Brandschutzgründen innen nicht beleuchtet werden kann, obwohl entsprechende Sichtfenster vorhanden sind. Am selben Tag besuchten wir in Dresden-Übigau das malerisch am Elbufer gelegene Schloss. Natürlich sahen wir es uns nur von außen an, da es innen nicht zugänglich ist. Es ist das letzte Bauwerk des Baumeisters Eosander von Göthe, der unter anderem auch das berühmte Eosander-Portal des ehemaligen Stadtschlosses schuf.

Das Übigauer Schloss befindet sich aber in einem derartig beklagenswerten Verfallszustand, dass es eine Schande für Dresden und ganz Sachsen darstellt. Vermutlich nur ein geringer Teil der Kosten des Umbaus des Militärhistorischen Museums hätte genügt, um das Übigauer Schloss zu sanieren. **Dr. Wolfdietrich Toursel, Berlin**

Ausgleich findet nicht statt

Zu: Mütterrente auch für Väter (Nr. 40)

Im Artikel ist alles richtig beschrieben, nur das Thema „Versorgungsausgleich“ hätte umfangreicher behandelt werden sollen. Je nach Dauer der Ehezeit stellt das Familiengericht die prozentualen Anteile des Besserverdieners (in der Regel ist es ein Alleinverdiener) fest und teilt dem Amt für Versorgungsbezüge die Höhe des Versorgungsausgleiches mit, der dem Empfänger abgezogen wird. Jede Gehaltserhöhung wird sofort angeglichen und abgezogen.

Nur wo bleibt mein Ausgleich? Man könnte meinen, die geschiedene Frau erhält diese Summe als Rente – weit gefehlt! Das Geld wandert in die Rentenkasse und hier wird der geschiedenen Frau im Rentenalter die Rente ausbezahlt, wobei ihre selbst erworbenen Rentenpunkte sowie Kindererziehungsjahre einberechnet werden. Mein abgezogener Versorgungsausgleich wird nicht voll ausgeschöpft, so dass einige 100 Euro ins Staatssäckchen abgezweigt werden. Die Rentenstelle gibt hierüber keine Auskunft.

Ein Beispiel mit Zahlen: Gehaltserhöhung ab März dieses Jahres, Nachzahlung im September von 65,02 Euro pro Monat, davon gehen 30,88 Euro in den Versorgungsausgleich. Da die Rente schon zum 1. Juli erhöht wurde und die nächste Erhöhung erst zum 1. Juli 2015 erfolgt, frage ich mich, wo bleibt mein verdientes Geld? Antwort: Es wandert in den Bundeshaushalt. **Dieter Schulz, Hamburg**

Raubtier Mensch

Zu: Vorsicht Tier (Nr. 40)

Der Artikel über gefährliche Wildtiere gibt mir Rätsel hinsichtlich seiner Zielsetzung auf. Ist er eine willkürliche Zusammenstellung über „gefährliche“ oder gar tödliche Mensch-Tier-Begegnungen? Für diesen Fall vermisse ich den Hinweis auf die tausende Hundeangriffe auf Menschen alljährlich in Deutschland (zum Beispiel 2011 allein 706 in Berlin), von denen leider einzelne, meist für Kinder, tödlich enden. Von den Abertausenden wildernden „Fiffis“ in Feld und Flur der Republik ist ganz zu schweigen.

Wer mit den wenigen Wildtier-Unglücken in Europa Angst machen will, der sollte auch erwähnen, dass je nach Studie 25 000 bis 58 000 Menschen pro Jahr in Deutschland an Wechsel- oder Nebenwirkungen von Arzneimitteln sterben oder allein 1551 im ersten Halbjahr 2014 durch Straßenverkehrsunfälle getötet wurden. Dagegen sind quantitativ die Schlangenbisse, Bären- und Wildschweinattacken oder die Untaten des „bösen Wolfs“ mehr als vernachlässigbare Größen.

Im Zoo von Frankfurt am Main können Sie übrigens seit den Zeiten seines unvergessenen Direktors Prof. Dr. Bernhard Grzimek, eines Vorkämpfers für den nationalen und internationalen Natur- und Wildtierschutz, hinter Gitterstäben Individuen des „verderblichsten Raubtiers“ der Welt sehen. Dahinter ist ein Spiegel. Der Besucher blickt sich selbst an. **Horst Mauer, Hofheim am Taunus**

Belohnung winkt

Zu: Belohnung für MH17-Hinweise (Nr. 40)

Die Idee, mit einer wahnsinnigen Belohnungssumme von 30 Millionen Dollar potenzielle Mitwisser von staatlich oder von Hintergrundzirkeln eingefädelten Verschwörungsverbrechen wie dem des Abschusses des MH17-Flugzeugs zum Enthüllen von Geheimnissen zu animieren, sollte Schule machen. Gleichwohl wäre es noch besser, die Betreffenden würden nicht des Geldes, sondern der Wahrheit oder ihres Gewissens wegen auspacken.

Falls der unbekannte Gönner noch ein paar Millionen Dollar übrig hat, könnte neben dem von Bush, Cheney und vielen anderen angezettelten Komplott des 11. Septembers 2001 auch endlich Licht in die Dönermord-Affäre gebracht und der Tod von Böhnhardt und Mundlos aufgeklärt werden. **K. Weiß, Berlin**

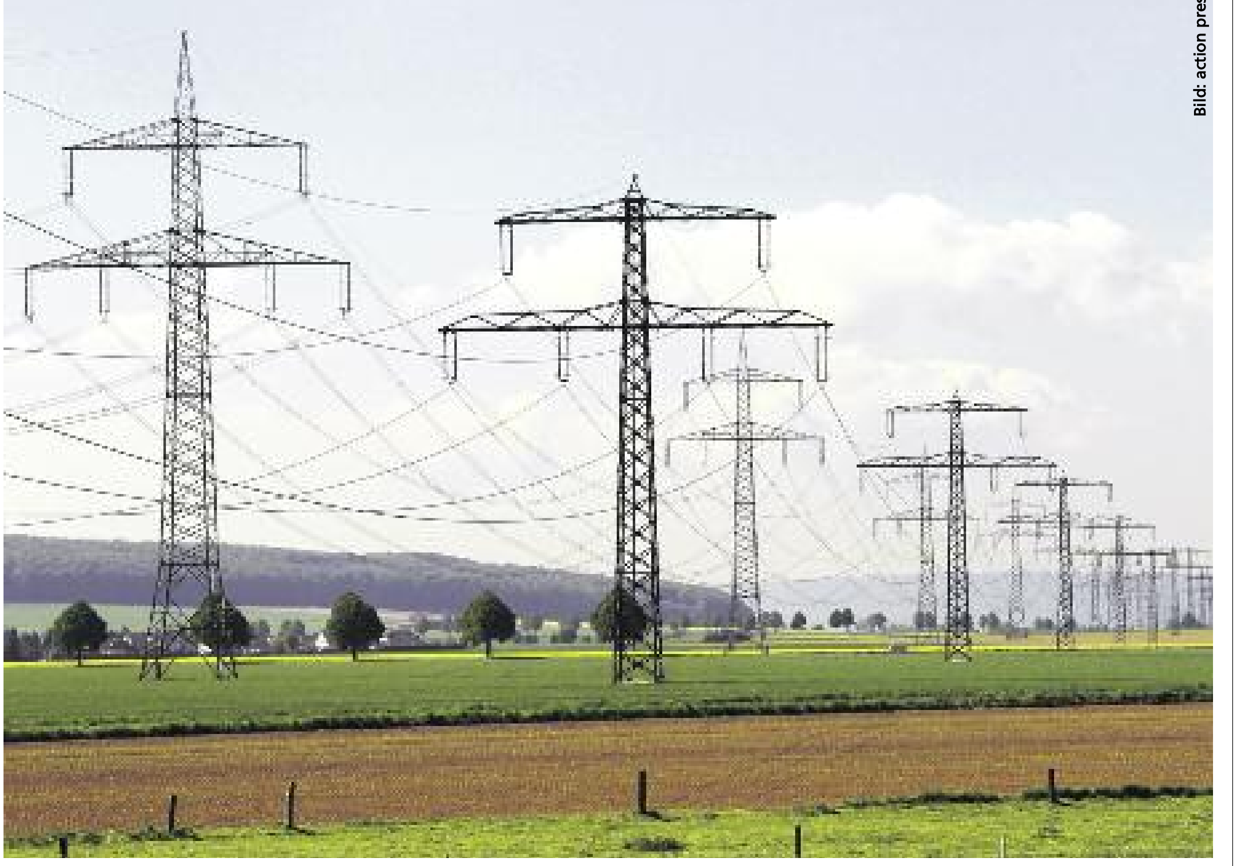


Bild: action press

Stromautobahn: Damit Energie von den Nordsee-Windrädern bis Bayern transportiert werden kann, soll das Stromnetz auch unterirdisch verlaufen – mit nicht absehbaren ökologischen Folgen

Direktwahl ist Chinas Lösung

Zu: Leuchtturm Hongkong (Nr. 41)

Wie im Beitrag bereits erhellend ausgeführt, sollte das Modell „Ein Land, zwei Systeme“ ursprünglich auf Taiwan angewendet werden. Zuvor führte es die Pekinger Führung aber in Hongkong ein und versprach damals, dort 50 Jahre lang alles unverändert zu lassen.

Zehntausende Hongkonger haben demonstriert und Direktwahlen für das Amt des Gouverneurs eingefordert. Damit hat sich gezeigt, dass das Modell „Ein Land zwei Systeme“ in Hongkong gescheitert ist.

Die Republik China (Taiwan) wird als souveränes Land dieses Modell niemals akzeptieren, unabhängig davon, wie die Entwicklung in Hongkong weitergeht. 70 Prozent der Bevölkerung Taiwans halten das Model „Ein Land, zwei Systeme“ auf Taiwan nicht anwendbar. Die aktuelle Entwicklung in Hongkong wird in der ganzen Welt und auch in Taiwan aufmerksam beobachtet.

Wie bereits weithin bekannt ist, hat Taiwan seit Langem demokratische Direktwahlen eingeführt. Viele Hongkonger Bürger besuchen Taiwan regelmäßig zur Zeit von Wahlen, um das Wahlgeschehen vor Ort zu beobachten und daraus zu lernen. Die Forderungen der Demonstranten nach Direktwahlen in Hongkong werden in Taiwan verstanden und unterstützt. Die unruhige Lage in diesem Finanzzentrum beeinträchtigt nicht nur die asiatischen Länder, sondern hat auch Auswirkungen auf die ganze Welt.

Wir Taiwanesen appellieren an die chinesische Führung, die Forderungen der Bürger Hongkongs ernst zu nehmen. Falls dort Direktwahlen eingeführt werden, bin ich davon überzeugt, dass beide Seiten – sowohl Peking als auch Hongkong – davon profitieren werden. **Wen-chiang Shen, Berlin**

Erfinder des Erdkabels am Strom-Kartell gescheitert

Zu: Gabriels Schein-Alternative (Nr. 41)

Bundeswirtschaftsminister Gabriel kann den Bayern den Stromstraßenausbau mit Erdkabeln ruhig schmackhaft machen. Ihn trifft dann aber keine Schuld, wenn daraus nichts oder nichts Vernünftiges wird. Das internationale „Electric-Kartell“ sorgte schon vor über 45 Jahren dafür, dass statt Erdkabelverlegung Freiland-Strangulierung unbehindert weiter betrieben werden kann. Jedes Mal, wenn es wie zum Beispiel 1980 und 2005 im Münsterland zu Kapazitätserweiterungen oder witterungsbedingten totalen Freileitungsschäden kommt, ist auch das Erdkabel wieder im Gespräch, und man stellt dann immer fest, dass es zu teuer ist, häufiger gewartet werden muss, zu hohe Temperaturen erzeugt, stark beschädigungsanfällig gegen Bergsenkungen ist und eine kürzere Lebensdauer als die Freilandleitungen aufweist. Die Ingenieure haben angeblich keine Ahnung von den Nachteilen einer Erdverkabelung. Ihnen fehlten die Erfahrungswerte. Mit solchen Begründungen wird also weiter freilandverdrahtet.

Bereits im Jahr 1967 entwickelte der Hamburger Ingenieur und dutzendfache Patentinhaber Werner Berends ein Erdkabel, das als widerstandsfähiges Hochspannungskabel mit geringerem Transportverlust den Bau neuer Kraftwerke und deren Umweltbelastung erspart hätte. Dieses Kabel könnte 90 Prozent der Übertragungsverluste einer Freileitung einsparen, weil es als druckloses Gaskabel nicht an Energie verliert wie Aluminium und Kupfer, und weil es auf einer Strecke von 200 Kilometern so viel Energie übertragen kann wie sieben bis acht Freileitungen. In diesem schaumstoffisolierten und gekühlten Erd-Gaskabel waren – triangular angeordnet – drei Leiter verteilt, die sich in nur einer Umhüllung (Polyurethan-Hartschaum) gegenseitig aufhoben.

Nach seiner Patentanmeldung Nr. 1665184 am 1. Juli 1976 stellte Berends seine Erfindung fast vollständig der großes Interesse zeigenden amerikanischen General Electric zur Verfügung, die ihn dann aber am 25. März 1977 „eiskalt abfahren“ ließ.

Am 13. Januar 1968 ließ der seinerzeit noch optimistische Berends die Erfindung durch seinen Arbeitgeber beim Patentamt unter der Bezeichnung „Hochspannungsleitung“ einreichen. Die Patentamt-Beamten schafften es weisungsgemäß doch tatsächlich schon nach gut fünf Jahren, die Patentanmeldung mit der Begründung abzulehnen, „da dem Gegenstand des Patentanspruchs gegenüber dem herangezogenen Stand der Technik die Erfindungshöhe“ fehle. Berends' Arbeitgeber gab daraufhin die Erfindung frei, so dass Erfinder Berends am 7. September 1973 gegen den Beschluss des Patentamtes Beschwerde einlegen konnte.

Und was entschied jetzt das Patentgericht? Die gute Nachricht zuerst: Es verdonnerte die Patentamt-Beamten mit Beschluss vom 11. Juni 1975 zur Ausfertigung des Patents mit der Begründung, dass es „gegenüber dem herangezogenen Stand der Technik neu, technisch fortschrittlich und erfinderisch“ ist.

Und jetzt die schlechte Nachricht: Zum Tag der Anmeldung des Patents datierte das Gericht den 13. Januar 1968. Von der gesetzlich vorgeschriebenen Patent-Laufzeit von 18 Jahren verblieben dem Hamburger Ingenieur bis 1986 gerade mal noch zehneinhalb Jahre. Auch während dieser Restlaufzeit verhinderte das internationale „Electric-Kartell“ erfolgreich die praktische Nutzung des Berends-Erdkabels auf dem Energie-Weltmarkt.

Von der elektrisch betriebenen Windmühle bis zur Freiland-Strangulierung von Schleswig-Holstein bis Bayern bei einer Länge von 800 Kilometern und einem zum Beispiel in NRW breiten Korridor von 1000 Metern – das alles ist für die Grünen laut dpa „einleuchtend“. Besser für sie wäre „Erleuchtung“. Denn: Erleuchtung bedeutet, nicht alles zu wissen, es bezeichnet lediglich die Fähigkeit, aus seinen Fehlern zu lernen. **Ingo Schewiola, Hamm**

Gesetz der Bibel

Zu: *PAZ* wird zum Erweckungserlebnis (Nr.41)

Schurrs großes Kompliment an die *PAZ* teile ich uneingeschränkt. Sein Unbehagen über Klaus Rainer Röhls Aussage zur Homosexualität kann ich nachempfinden, da – entsprechend des zurzeit herrschenden Zeitgeists – homosexuelle Beziehungen eben als normal angesehen werden.

Doch *PAZ*-Schreiber Röhl kann sich mit seiner anderen Sicht immerhin auf Gottes Wort berufen. Im 1. Kapitel seines Römerbriefs beschreibt der Apostel Paulus den generellen Zustand der Menschheit, die sich Gottes Schöpfungsordnung widersetzt und die geschlechtliche Lust widernatürlich durch Homosexualität auslebt: „Die Frauen vertauschten den natürlichen Geschlechtsverkehr mit dem widernatürlichen, und genauso machten es die Männer“ (Römer, 1,26-27).

Homosexuelle Praxis ist danach nicht deshalb widernatürlich, weil die Gesellschaft oder Religion oder eine Mehrheit es so sieht, sondern weil Gott der Schöpfer es so sieht. Den Maßstab für das, was natürlich ist, leitet der Apostel nämlich aus dem Schöpfungsbericht her. Danach schuf Gott die Menschen nach seinem Bild, gab ihnen als Mann und Frau eine Bestimmung füreinander, die gerade auch im Schöpfungsauftrag deutlich wird: „Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde“ (1. Mose 1,28). Homosexuelle Beziehungen können diese Aufgabe der Arterhaltung nicht erfüllen. Ich glaube nicht, dass Gott so zynisch war, einen unerfüllbaren Auftrag zu erteilen. **Willi Herbert, Hoyerswerda**

Rücksichtslos ins Verderben

Zu: Aggressive Politik Polens führte mit zum Krieg (Nr. 39)

Es ist unzweifelhaft, dass die deutsche Minderheit in Polen nach dem Ersten Weltkrieg schlecht behandelt wurde und Polens Führungskräfte sich gegenüber Deutschland nicht nachbarlich-freundlich, sondern überwiegend feindlich-aggressiv verhalten haben. Obwohl Deutschland noch während des Ersten Weltkrieges als erstes Land Polen staatlich anerkannt hatte.

Auch sollen während der Zeit der Weimarer Republik, also schon lange vor Hitlers Machtergreifung, polnische Generalstabsübungen mit dem Ziel einer Eroberung weiterer deutscher Gebiete stattgefunden haben. Aber nach dem mächtigen Ausbau der deutschen Wehrmacht durch Hitler darf man die polnische Mobilmachung auch als versuchte Drohgebärde dahin betrachten, dass man Polen nicht einfach kampf- und wehrlos besetzen könne, wie es mit der Tschechei ja passiert ist. Und die Briten und Franzosen waren nach dem ihnen abgerungenen Münchner Abkommen durch aggressiv-fordernde propagandistische Reden und Handlungen Hitlers ebenfalls vor weiterer Nachgiebigkeit genügend gewarnt.

Verstärkend dazu wirkte auch schon der vorangegangene Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich, der von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gewollt und daher rechtens war, aber wegen des deutschen Machtzuwachses ebenfalls bei vielen anderen Europäern Unbehagen schuf.

Was hätte Deutschland eingedenk Roosevelts Parole, dass eine militärische Aktion nicht von Polen ausgehen dürfe, denn schon ausgestanden, wenn es einen polnischen Angriff abgewartet – und sonst nichts getan hätte.

Bei Eröffnung polnischer Feindseligkeiten wäre ein bewusst hingenommenes sichtbar dokumentierendes polnisches Vordringen auf etwa 20 bis 50 Kilometer deutsches Gebiet von der deutschen Wehrmacht sehr schnell beherrschbar gewesen und zurückgeschlagen worden. Und nach einer polnischen Kapitulation (und gegebenenfalls späteren Friedensvertrag) hätte man den westpreußischen Korridor und die abgetrennten oberschlesischen Gebiete behalten. Nach seinem Angriff hätte Polen keine Schonung erwarten dürfen.

Aber die ersten Schüsse wurden von der „Schleswig-Holstein“ auf die polnische Westerplatte abgefeuert, und damit war die von Roosevelt erhobene These erfüllt. Und so trat insbesondere für Hitler und Deutschland ein, was Churchill einmal gesagt haben soll: „Zu Beginn eines Krieges kann nur der erste Schuss geplant werden, alles danach ergibt sich dann.“ Und es hat sich danach ergeben, dass Deutschland am Ende um mehr als ein Drittel minimiert worden ist.

Und letztlich sei festgestellt: Hitlers absoluter Wille war es von vornherein, aus rassischen sowie energie- und ernährungswirtschaftlichen Gründen Polen und Russland mit einem Krieg zu überziehen. Er war eben rücksichtslos! **Helmut von Binzer, Hamburg**

Das Ostpreußenblatt



Nr. 43 – 25. Oktober 2014

»Zukunft braucht Vergangenheit«

7. Deutsch-Russisches Forum in Tilsit: LO festigt Zusammenarbeit mit ihren Partnern

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) organisierte Deutsch-Russische Forum fand in diesem Jahr in Tilsit statt. 70 Teilnehmer waren zu der gefragten und zur festen Einrichtung gewordenen Veranstaltung gekommen, um sich über ihre Arbeit im Königsberger Gebiet auszutauschen.

Das Deutsch-Russische Forum der LO unter der Leitung von Vorstandsmitglied Brigitte Stramm erfreut sich wachsender Beliebtheit. 70 Teilnehmer und eine wachsende Zahl von Interessenten bezeugen dies.

Stramm erinnerte an den im vergangenen Jahr verstorbenen Horst Mertineit, der in den 90er Jahren als einer der ersten Deutschen Kontakte nach Tilsit knüpfte. Aufgrund seiner Verdienste um den Austausch ehemaliger und heutiger Bewohner Tilsits wurde Mertineit 2008 Ehrenbürger seiner Heimatstadt.

Austausch war auch das Ziel des diesjährigen Forums. Über die Brücke von Vergangenheit und Gegenwart in die Zukunft zu gehen, das meint auch das Motto der Deutsch-Russischen Foren „Zukunft braucht Vergangenheit“.

LO-Sprecher Stephan Grigat erinnerte die Teilnehmer an große Namen der Geschichte, die mit Tilsit verbunden sind: Hier traf Luise auf Napoleon, hier wurde 1807 der Tilsiter Frieden geschlossen. Vor dem Hintergrund des radikalen Bevölkerungsautauschs von 1945 sei eine Tagung wie diese ein guter Erfolg. Ziel sei es, Kontakte und Zusammenarbeit zu fördern, sich weitere hohe Ziele zu stecken, um Erfolge feiern zu können, bestehende Kontakte und Freundschaften zu pflegen und zu vertiefen.

Dass es in der Geschichte Deutschen und Russen stets besser ging, wenn sie miteinander befreundet waren, betonte Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, der die Veranstaltung souverän moderierte.

Da Oberbürgermeister Woischtschew zur großen Enttäuschung Erwin Feiges, des stellvertretenden Vertreters der Stadtgemeinschaft Tilsit, verhindert war, überbrachte Kulturreferentin Anna Kulijewa den Dank der Stadt für die Ehre, dass das Forum in Tilsit durchgeführt wurde.

Rolf-Friedrich Krause, Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland, dankte für die Einladung und lobte die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Russen. Er stellte die Jugendförderung des Generalkonsulats vor, sprach jedoch nicht, ohne der Veranstalterin den erhobenen Zeigefinger zu zeigen: Er zitierte Willy Brandt.

Alla Fjodorowa, Direktorin des Königsberger Gebietsarchivs, berichtete über die in diesem Jahr im Archiv gezeigte und gut besuchte Labiau-Ausstellung, einem positiven Ergebnis der Zusammenarbeit der Kreisgemeinschaft Labiau und des Kulturzentrums Ostpreußen mit dem Gebietsarchiv.

Ein besonders erfreuliches Ergebnis der Zusammenarbeit ist die Aufstellung einer Kopie des Königin-Luise-Denkmals an seinem ehemaligen Standort im Tilsiter Park „Jakobsruh“, bei der die Stadtgemeinschaft Tilsit sowohl an den vorbereiteten Arbeiten beteiligt als auch dank ihrer guten Beziehungen zur Stadtadministration zur feierlichen Einweihung im Juli zugegen war.

Wenn das Forum auch in erster Linie ein kultureller Austausch ist, so blieb doch in diesem Jahr die politische Lage nicht außen vor. In den Vorträgen der beiden Hauptreferenten Hennig von Löwis of Menar und Wladimir Gil-manow kam dies deutlich zum Ausdruck. Während Löwis of Menar die politischen Akteure seit der „Wende“ kritisch beleuchtete, die Haltung der deutschen Regierung offen kritisierte, sechs teils gewagte Thesen aufstellte, hielt Gilmanow einen hoch anspruchsvollen philosophischen Vortrag, in dem er sich immer wieder auf Kant berief und die Verantwortung des Einzelnen betonte. Das Fazit beider Referenten ähnelte sich: Wir alle müssen in Zukunft umdenken, Gedankenvielfalt zulassen und: Demokratie muss man lernen.

Manuela Rosenthal-Kappi









Gelungene Tagung: Veranstalter Brigittte Stramm, Stephan Grigat und Wolfgang Freyberg (oben: v.l.n.r.), Christian Knauer, Präsidialmitglied des BdV, Hans-Jörg Froese, Vorstandsmitglied der LO und Rolf-Friedrich Krause, Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland (unten: v. l. n. r.) und zahlreiche weitere Teilnehmer lauschen aufmerksam den Vorträgen Bilder (alle): MRK



Wladimir Gilmanow – Der angesehene Professor sorgt sich wegen der Blindheit der Politiker weltweit und der mangelnden Liebe zu Russland, nicht nur von außen, sondern auch von innen. Um etwas zu ändern, brauche es des Verstehens, der Verantwortung und eines Neu-Lernens. Nicht nur die Zukunft Russlands stehe auf dem Spiel, sondern die der ganzen Welt.



Wjatscheslaw Kent – Der Museumsdirektor aus Heinrichswalde möchte ein deutsch-russisches Buch über die Geschichte des Kreises herausgeben. Angefangen mit einer privaten Sammlung, entstand mit Unterstützung durch Hartmut Dawideit, Peter Westphal und Manfred Romeike bald eine umfangreiche Museumskollektion.



Natalja Kunitskaja – Die in Berlin tätige Architektin wurde mit der Rekonstruktion einer der Hauptmagistralen in Insterburg beauftragt. Sie hat ein Konzept zur Rekonstruktion unter Berücksichtigung der noch vorhandenen historischen Substanz vorgelegt, an dem auch Experten aus St. Petersburg beteiligt waren. Doch zur Umsetzung fehlt der Stadt das Geld.



Marius Jungk – Der „junge Ostpreuße“ stellte die Aktivitäten des BJO in Ostpreußen vor. Die Jugendorganisation der LO ist Anlaufstelle für alle jungen Menschen, die sich für Ostpreußen interessieren. In diesem Sommer veranstaltete der BJO Ferienlager in Balga und in der Rominter Heide und traf sogar mit Gouverneur Nikolaj Zukanow zusammen.



Henning Löwis of Menar – Der bekannte Rundfunkjournalist sieht in Joachim Gaucks Äußerungen am 1. September auf der Westerplatte in Danzig eine schwere Belastung für die deutsch-russischen Beziehungen. Das diesjährige Deutsch-Russische Forum bezeichnet er als „Tilsiter Dialog“, der im Gegensatz zum geplanten „Petersburger Dialog“ stattfinden konnte.



Jürgen Wenzel – Der Berliner Architekt und Professor hatte unentgeltlich ein Konzept zur Rekonstruktion des von Hugo Kaufmann angelegten Stadtparks erarbeitet. Seitens der Stadt erhielt er die Zustimmung für die Umsetzung seiner Vorschläge, doch ein Investor aus Königsberg machte seine Pläne zunichte.



Jelena Flegel – 1997 hat sich die öffentliche Institution „Dom Zamok“ gegründet mit dem Ziel, das Schloss Insterburg für Veranstaltungen zu nutzen, sich für den Erhalt klassischer Schinkel- und Scharoun-Bauten einzusetzen sowie sich um das Archivieren von Zeitzeugendokumenten zu kümmern. „Dom Zamok“ arbeitet vor allem mit Kindern und Studenten.



Anna Michejewa – Die Leiterin des kulturhistorischen Museums in Tapiau hat eine touristische Route in Tapiau und Wehlau erarbeitet, die im Gebiet große Beachtung findet. Seit Anfang der 90er Jahre führt sie Menschen durchs Gebiet und gibt dabei ihr Wissen über die gemeinsame deutsch-russische Geschichte weiter. Spielerisch führt sie Kinder an die Geschichte heran.

LO verleiht Jurij Userzow das Silberne Ehrenzeichen

Damit hatte er nicht gerechnet: Beim 7. Deutsch-Russischen Forum in Tilsit erhielt Jurij Userzow die Silberne Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen. Diese Auszeichnung wird Personen verliehen, die sich außerordentlich für die Ziele der LO eingesetzt haben.

Ein solcher Mann ist Userzow, der in Breitenstein ein Heimatmseum leitet, das die deutschen Teilnehmer des Forums während ihres Aufenthalts besichtigen konnten.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, hatte Userzow für das Silberne Ehrenzeichen vorgeschlagen. Er hielt die Laudatio, in der er Userzows Engagement lobte. Neukamm schilderte seine erste Begegnung mit dem engagierten Schuldirektor und wie daraus eine echte Freundschaft erwuchs. Userzow, von allen nur „Jurij“ genannt, hatte mit einer kleinen Privatsammlung begonnen, in einem Nebenraum im Direktorenzimmer seiner Schule. Inzwischen ist die Sammlung auf drei Räume und den Flur des Gebäudes angewachsen. Besucher werden mit herzlicher Gastfreundschaft durchs Museum geführt.

Als Stephan Grigat Jurij die Urkunde überreichte und ihm dann persönlich die Silberne Ehrennadel ansteckte, kämpfte dieser einen Moment mit den Tränen, dann strahlte er und die Freude war ihm sichtlich anzusehen. Userzow war über die Würdigung seiner jahrelangen Arbeit hoch erfreut. Doch ein Wehrmutstropfen bleibt: Für sein Museum sucht er ein passendes Gebäude. Bald geht Jurij in Rente und möchte, dass sein Museum erhalten bleibt. Bei den Teilnehmern des Forums warb er um Hilfe bei der Suche nach einem passenden Ort für seine inzwischen stattliche Sammlung.

MRK



Sichtlich gerührter Preisträger: Stephan Grigat steckt Jurij Userzow das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft an Bild: MRK



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist nicht zu verhehlen: Die Such-Arbeit wird immer schwieriger. Und das liegt nicht nur an fehlenden Zeitzeugen, sondern auch an falschen Angaben, mangelnden Unterlagen, fehlerhaften Interpretierungen und vor allem an einem Verkennen der Situation in jener Zeit, auf die sich der Suchwunsch bezieht. Da heißt es: nachfragen, nachfassen, recherchieren – und läuft dann doch ins Leere, weil die Anfragenden sich einfach nicht mehr melden. Das trifft vor allem dann zu, wenn wir die in dem Suchantrag nicht angegebene Adresse des Suchenden erbitten. Da die *PAZ* nach einigen Wochen archiviert und online ins Netz gestellt wird, benötigen wir auch das schriftliche Einverständnis zur Veröffentlichung. Unsere Nachfrage stößt dann oft ins Leere, es kommt keine Rückmeldung. Ich sitze also mit den bereits bearbeiteten Unterlagen da und kann sie nicht in unsere Kolumne einbringen. So füllt sich die „Pending"- Mappe und bereitet mir Unbehagen, denn kostbare Zeit vergeht ungenutzt. So bitte ich unsere Leser und besonders die Anfragenden aus dem neuen Interessentenkreis: Bei Suchwünschen immer die volle Anschrift und das Einverständnis zur Veröffentlichung mitteilen. Bei Unklarheiten die Telefonnummer angeben, damit zurückgerufen werden kann. Vieles lässt sich dann schon in einem Gespräch klären.

Zu den Anfragenden aus dem neuen Leserkreis gehört Herr **Horst Wolk** aus Warren – nein, nicht aus Mecklenburg, wie man meinen könnte, sondern aus dem gleichnamigen Ort in den USA. Auch in seiner Familie sind die Überlieferungen nur spärlich oder falsch, so dass er schon selber den Herkunftsort seiner väterlichen Linie mit einem Fragezeichen versieht: Möskenberg? Das hätte er nicht gebraucht, denn das kleine Dorf, zehn Kilometer südwestlich von Elbing an der Nogat gelegen, hieß tatsächlich so – seit 700 Jahren, davor trug es den schönen Namen Tannhäuser. Ein uralter Niederungsort, in dem die Siedler wohl tüchtig deichen mussten – wie Agnes Miegel in ihrem Gedicht von des Siedlers Art schreibt: „Denn wer nicht will deichen, der muss weichen!" Dass bis in unsere Zeit hier in größerem Umfange Entwässerung betrieben wurde, beweist die Dampfentwässerungsmühle von Möskenberg – ob sie noch steht? Dies würde Horst Wolk wohl gerne erfahren, aber noch viel mehr möchte er über seine Familiengeschichte wissen. Die Wolks gehören wohl zu einer alten Niederungsfamilie, die nicht „weichen" musste. Sie besaß ein „Landgut", wie der Nachfahre schreibt, und das hat auch seine Richtigkeit, denn in „Niekammer's Güteradressbuch" werden in Möskenberg drei Güter aufgeführt, darunter auch das von **Otto** Wolk. Demgemäß war auch die Einwohnerzahl niedrig, sie betrug zuletzt etwa knapp 300 Bewohner. Deshalb dürften sich ehemalige Möskenberger, die diese Suchfrage lesen, mit Sicherheit an die Familie Wolk erinnern, vielleicht auch daran, dass der Urgroßvater des Suchenden von den Russen in seiner Scheune erschlagen wurde. Es dürfte der im Register genannte Otto Wolk gewesen sein. Sein Sohn **Horst** Wolk – der Enkel trägt seinen Namen – fiel gegen Ende des Krieges als Wachtmeister in Speyer. Dessen Sohn **Bernd** hat noch seine Kindheit in Möskenberg erlebt, muss aber dann geflüchtet und später nach Amerika ausgewandert sein. „Ob es möglich sein wird, etwas über das Schicksal meiner Familie zu erfahren?", fragt nun der Nachkomme, der für jede Auskunft dankbar wäre, die seine Familiengeschichte erhellen könnte. Da es sich ja um eine alteingesessene Familie handelt, leben vielleicht noch entfernte Verwandte. Auch Aufnahmen aus Möskenberg und der Niederung dürften dazu beitragen, ihm das Land seiner Vorfahren näher zu bringen. Wir würden uns mit unserem neuen Leser freuen. (Horst Wolk, 807 Cushing Road, Warren, Maine 04864-4600, U.S.A.)



Wie ein Mahnmal wirkt der zerschossene Gedenkstein im Wald von Prassen Bild: privat

Auch bei der nächsten Suchfrage handelt es sich um eine alte Siedlerfamilie, die zu Beginn des 18. Jahrhunderts im Zug der großen Einwanderungswelle in das durch Pest und Tatareneinfälle „wüst" gewordene Altpreußen zog, das damals ja noch nicht in Ost- und Westpreußen geteilt war. Es handelt sich um die Familie **Knochenhauer**, nach deren Urenkeln Herr Dr. **Wolfgang Köpp** aus Prenzlin forscht, und der uns dankenswerter Weise für diese Aktion ausführliche Angaben vorlegt, die uns die Suche erheblich erleichtern. Herr Dr. Köpp schreibt:

„Ich bin auf der Suche nach Überlebenden der Familie Knochenhauer, die im Jahr 1714 aus dem Halberstädtischen, dem Ort Wulferstedt, im Zuge der Wiederbesiedlung Ostpreußens auswanderten. Es wird zwar immer von den Salzburgern gesprochen, aber ebenso waren Menschen aus Sachsen-Anhalt, hier besonders aus der Region Halberstadt, sowie Hessen und andere beteiligt. Ich besitze das Attestatum des Pfarrers von Wulferstedt von 1714 über diese Auswanderung, der zuvor ein jahrelanger Kampf der Familie und des Dorfes samt einem Bauernaufstand vorausgegangen war. Betreffender Knochenhauer war persönlich zum König nach Berlin gegangen und hatte sein Anliegen vorgetragen, worauf die Verurteilungen Einzelner zurückgenommen und das Dorf zu einer gemeinsamen Arbeit verurteilt wurde. Der Mann wanderte 1714 mit Frau und sieben Kindern – zwei Söhnen und fünf Töchtern – aus und wurde in Drusken, Amt Dantzkehmen, Kreis Stallupönen angesiedelt. Welche Bedeutung dieser Bauernaufstand und dessen Anführer Knochenhauer hatte, zeigt sich in der Tatsache, dass die Namen der Auswanderer aus den Kirchenakten des großen Dorfes, in dem heute noch sechs Familien Knochenhauer wohnen, gestrichen und damit beseitigt wurden. Diese Namensträger sind Nachfahren jenes Pfarrers Knochenhauer, der bei Martin Luther mit am Tisch saß und erster lutherischer Prediger in Eisleben gewesen ist. Der Name der Familie steht auch im Zusammenhang mit dem ‚Knochenhauer-Amtshaus' in Hildesheim."

Über den eigentlichen Sinn der Zuschrift von Herrn Dr. Wolfgang Köpp – Suche nach möglichen Nachkommen der Einwandererfamilie – hinaus, bieten seine Ausführungen so viel Wissenswertes über die Repressalien, denen damals evangelische Bürger in Mitteldeutschland ausgesetzt waren, dass wir diesen Brief in vollem Wortlaut veröffentlichen, zumal der Reformationstag vor der Türe steht. Die Knochenhauers gehören somit zu den ersten Kolonisten, die im Rahmen des von Friedrich Wilhelm I. geschaffenen Retablissements, der Wiederbesiedlung, nach Preußen kamen, denn erst 1714 begann nach dreijähriger Einleitungsphase die Ansiedlung von Glaubensflüchtlingen, die ihre Hochperiode dann 1732 mit den Salzburger Emigranten erreichte. Aus der Nationalitätentabelle für 1736 für die Kolonisten im Amt Dantzkehmen ist ersichtlich, dass dort „10 Magdeburg-Halberstädter" ansässig waren. Diesen Anteil dürfte die Familie Knochenhauer gestellt haben, deren Nachkommen nun von Herrn Dr. Köpp gesucht werden. Wo leben noch heute Nachfahren der Knochenhauer aus Drusken, wer hat diesen Namen in seiner Ahnenreihe? (Dr. Wolfgang Köpp, Haus München 38, OT Alt-Rehse in 17217 Prenzlin, E-Mail: wolfgang.koepp@alt-rehse.de, Internet: www.alt-rehse.de)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Auch die Abbildungen der Gedenktafeln an die Gefallenen und Vermissten des Ersten Weltkrieges sowie die dazu gehörenden Berichte über ihre Entdeckung und Restaurierung haben in unserem Leserkreis Beachtung gefunden. Nun legt uns Frau **Edith Kaes**, Kreisgemeinschaft Rastenburg, einen weiteren Beitrag vor, der einige Gedenksteine betrifft, von denen es früher in dem Gebiet viele gegeben hat. Leider sind sie fast alle zerstört worden. Aber im Wald von Prassen sind drei der vier von dem Grafen zu Eulenburg auf dem Gutsgelände aufgestellten Gedenksteine wieder entdeckt und aufgestellt worden. Der Stein, auf dem die 42 Gefallenen des Ersten Weltkrieges nach Ortschaften gegliedert aufgeführt sind, ist durch viele Einschüsse beschädigt. Der Verein „Dolina Gubra – Tal der Guber" hat den Bereich um den Stein von Unterholz und Gestrüpp befreit, einen neuen Sockel gegossen und eine Informationstafel mit polnischer und deutscher Beschriftung aufgestellt. Sie zeigt ein Porträt des Grafen – mit der Inschrift „**Fritz von Eulenburg** (1874–1937)" – und ein Bild der Einweihung des Steines im Jahre 1920. Den größten Teil auf der Gedenktafel nimmt die Aufstellung mit den Namen der Gefallenen ein, so wie sie auf dem alten Gedenkstein stand, der heute wie ein Mahnmal gegen Krieg und Gewalt mit seinen vielen Einschlüssen und den erloschenen Namen wirkt. Leider sind auf der Informationstafel die Orte nur mit den jetzigen polnischen Bezeichnungen aufgeführt – ein Anachronismus, denn es handelt sich ja um die Heimatorte der Gefallenen, die ihr Leben vor den Umbenennungen nach der sowjetischen Eroberung ließen. Das soll nicht die Arbeiten des Vereins mindern, der viel zum positiven Dialog zwischen der jetzigen und der ehemaligen Bevölkerung im Kreis Rastenburg beträgt. „Wir sind froh, sie mit unseren alten Unterlagen und Informationen der Zeitzeugen unterstützen zu können", sagt **Edith Kaes**, der wir für diesen Beitrag und das Foto von dem alten Gedenkstein unseren Dank sagen.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wehe, wenn man ihren Schnäbeln zu nahe kommt

Gans und Storch als Hüter und Begleiter im Memelland

Über seltsame Begegnungen bei Besuchen in unserem dreigeteilten Ostpreußen haben wir schon oft berichtet und tun das mit Vorliebe, denn gerade die zwischenmenschlichen Beziehungen sind es, die uns über Zeiten und Grenzen hinaus verbinden. Es gibt aber auch andere Begegnungen, die uns besonders berühren. das sind die zwischen Mensch und Tier. Wer zum ersten Mal einen Elch irgendwo in der Weite der ostpreußischen Landschaft sah – am Fuß der Wanderdüne, auf der Palve oder im Erlengrund – der wird den Anblick nie vergessen. „Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit ..." Niemand konnte das in schönere Worte fassen als der Dichter unseres Ostpreußenliedes Erich Hannighofer.

Und mit einer Zeile aus unserem Heimatlied beginnt auch unser Familienfreund **Bernd Dauskardt** den Bericht über seine letzte Ostpreußenreise: „Über weite Felder lichte Wunder geh'n ..." schickt er seinen Ausführungen voraus, die diesmal weniger von der Begegnung mit den heutigen Bewohnern berichten als von „wunderschönen Erlebnissen" mit Tieren. Nein, nicht mit Elchen oder sonstigen respektablen Kreaturen unserer heimischen Fauna, sondern schlichtweg mit zwei geflügelten Wesen, wie sie nun einmal zu einem ostpreußischen Bauernhof gehören. Und so lassen wir unseren emsigen Berichterstatter, der immer für Überraschungen gut ist, selber erzählen:

„Ja, auch im heutigen Ostpreußen kann man schon Wunder erleben, wenn man wie ich über Fahrer und Dolmetscher verfügt. Auch muss man sich Zeit lassen, ein Reisebus kann das nicht bieten. Und so wurde ich Anfang August im Memelland Zeuge, wie eine Gans und ein Storch offenbar beschlossen hatten, ‚Mensch' zu werden. Beide Erlebnisse spielen sich an verschiedenen Orten dieses nördlichen Teiles von Ostpreußen ab. Da lebt in Powilken im Dingker Forst auf einem kleinen Bauernhof das Ehepaar **Edith** und **Siegfried Swars**. Ich kenne beide schon seit 1993 und fahre immer wieder dorthin, so ist eine die Zeiten überdauernde Freundschaft entstanden. Beide dürften nun um die 80 sein, sind aber immer noch in ihrer kleinen Landwirtschaft tätig, allerdings unterstützt von Tochter und Schwiegersohn.

Der Hof ist ein Kleinod, das man bei uns im Westen vergeblich suchen würde. Er liegt mitten im Forst in der einsamen Weite von Wald und Himmel. Aber gut bewacht – von einer sehr betagten Gans, die offensichtlich von der ‚Vermarktung' vergessen wurde. Sie dürfte jetzt das stattliche Gänsealter von 25 Jahren erreicht haben, ist aber noch immer putzmunter, wie man als Fremder leicht zu spüren bekommt, wenn man sich ahnungslos dem Hof nähert. Kein Fremder bleibt unbemerkt, die Gans meldet sofort mit aufgeregtem Geschnatter, dass da was im Busch ist, und dürfte dem Fremdling sofort an die Hose gehen. Gänse können bessere Wächter sein als Hunde, und diese ist eine von der Sorte. Und wie ein Hund gehört sie auch zur Familie, sie unterhält sich sogar mit dem Altbauern. Wenn Siegfried Swars mit ihr spricht, antwortet sie mit Schnattern. Es macht Spaß, den Beiden zuzuhören!"



Leider nur eine Montage: Gans und Storch genießen Streicheleinheiten ihrer Betreuer Fotomontage: B. Dauskardt

Ob Herr Dauskardt auch ihren Schnabel zu spüren bekommen hat, teilt er uns nicht mit – aber ich weiß aus eigener Erfahrung, dass das ganz schön schmerzhaft sein kann. Es war in den 50er Jahren, als ich einmal von einer Ostpreußin in ihr Behelfsheim am Stadtrand von Hamburg eingeladen wurde. Ihr Stolz war ein stattlicher Ganter – auch so ein Nachfahre des wachsamen Federviehs, das einst das Capitol rettete –, der im Garten frei herumlief und mir einen kräftigen Schnabelhieb versetzte, als ich es wagte, vom Kaffeetisch aufzustehen. Ich saß da wie festgenagelt, bis schließlich die Gastgeberin auf meine Bitten hin den Ganter in seinen Stall sperrte, wo er lauthals protestierte. Die Wunde am Schienbein schmerzte, aber noch schlimmer war der kaputte Nylonstrumpf!

Und nun zum Erlebnis Nr. 2, von dem Bernd Dauskardt berichtet. Es spielt sich in einem anderen memelländischen Ort ab, in Schustern. Hier mitten im Jura-Forst lebt sein litauischer Freund **Vinzenz**, der mit viel Liebe einen Fischteich bewirtschaftet. „Eines Tages", so berichtet Herr Dauskardt, „bemerkte Vinzenz am Teich einen flügellahmen Storch. Offensichtlich hatte sich der Adebar eine ernsthafte Verletzung zugezogen, denn er sah völlig heruntergekommen aus. Vinzenz gelang es, das Tier wieder gesund zu pflegen. Aber an einen Rückflug mit seinen Artgenossen nahm er nicht teil, er blieb bei seinem Pfleger und ließ sich von ihm weiter mit Fischen versorgen." So ließ er die Adebars – das Memelland ist ja ein Storchenparadies – gen Süden ziehen; er blieb lieber im Norden und wird den kalten Winter im nahen Kuhstall verbringen, durchgefüttert mit leckeren Fischen von seinem Menschenfreund Vinzenz. Auch dieser hält – wie Siegfried Swars mit seiner Gans – Gespräche mit seinem Freund Adebar. Er redet in litauischer Sprache, der Storch antwortet mit Geklapper. Verstehen werden sich wohl nur die beiden."

Ja, das sind Freundschaften zwischen Mensch und Tier wie aus dem Bilderbuch. Und um sie auch sichtbar zu belegen, hat Bernd Dauskardt die vier Akteure fotografiert und sie in einer Fotomontage zusammengebracht. So sieht es aus, als wenn sich Siegfried Swars mit der Gans und Vinzenz mit seinem Storch auf der Wiese begegnen – was in Wirklichkeit natürlich nicht der Fall ist. Wahrscheinlich würde das Treffen auch nicht ganz glücklich ausgehen, denn zumindest von Seiten der Gans dürfte sich Widerstand regen. Aber ein eindrucksvolles Bild ist diese Fotomontage schon, zumal die Fürsorge dieser beiden Männer für ihre Schützlinge für den Betrachter fast spürbar ist. Vielen Dank, lieber Berndt Dauskardt, für diesen ganz besonderen Fotobericht aus unserer Heimat. *R.G.*

Wir gratulieren ...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Metzner, Käte, geb. **Deptolla**, aus Ortelsburg, am 27. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Regge, Elfriede, geb. **Lipka**, verwitwete **Niemzik**, aus Treuburg, am 28. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gutt, Elfriede, aus Neidenburg, am 29. Oktober
Heinig, Meta, geb. **Batschkus**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Naruhn, geb. **Salomon**, aus Wehlau, am 26. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Berlin, Hilde, geb. **Meller**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 28. Oktober
Düding, Elfriede, geb. **Dudek**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Hoffmann, Lore, aus Prostken, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Lang, Frieda, geb. **Schuran**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 29. Oktober
Nowinksi, Martha, geb. **Buck**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 25. Oktober
Schweiger, Lori, aus Pobethen, Kreis Samland, am 25. Oktober
Thurau, Klara, geb. **Kewitz**, aus Ortelsburg, am 28. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Höhn, Elli, geb. **Scheffler**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 30. Oktober
Johann, Christel, geb. **Grajetzki**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Kozakiewicz, Erika, aus Sentken, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Macht, Veronika, aus Ortelsburg, am 25. Oktober
Schwarz, Hanni, geb. **Merchel**, aus Neidenburg, am 28. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Arius, Käte, geb. **Heinrichs**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober
Brack, Frieda, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 29. Oktober
Gregorzewski, Albert, Aulacken, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Janz, Dorothea, geb. **Nickel**, aus Lyck, Lycker Garten 3, am 26. Oktober
Krause, Hildegard, geb. **Linka**, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Maseizik, Heinz, aus Lyck, Morgenstraße 32, am 28. Oktober
Nothhorn, Christel, geb. **Mischkewitz**, aus Lyck, Memeler Weg 1, am 28. Oktober
Samaritter, Ilse, aus Pillau, Kreis Samland, am 28. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Grahl, Erna, geb. **Rauffmann**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Gürges, Helene, geb. **Adamus/Jopp**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Hildebrandt, Agnes, geb. **Teschner**, aus Cranz, Kreis Samland, am 29. Oktober
Hüttmann, Friedel, geb. **Hill**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 30. Oktober
Kuhr, Werner, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Schramma, Erwin G. aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Stanko, Edith, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 28. Oktober
Wood, Christel, geb. **Kleinfeldt**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 29. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bern, Josef, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Frasch, Irma, geb. **Niklas**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Gerull, Werner, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Hartel, Irmgard, geb. **Schmidt**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober
Lerche, Dr. Margarete, geb. **Räuscher**, aus Ortelsburg, am 26. Oktober
Mattern, Erika, geb. **Vohs**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 25. Oktober
Nogga, Gertrud, geb. **Bach**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 31. Oktober
Rowlin, Gerhard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Str. 129, am 28. Oktober
Weissmann, Karl-Heinz, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 28. Oktober
Zygann, Hilde, geb. **Schönbeck**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Jentsch, Maria, geb. **Marrek**, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Müller, Aegidius, geb. **Witt**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 28. Oktober
Niebaum, Helga, geb. **Liedtke**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober
Porr, Kurt, aus Powayen, Kreis Samland, am 29. Oktober
Schubert, Lothar, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 27. Oktober
Sewtz, Edith, geb. **Matzick**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Sobirey, Ursula, geb. **Scheffler**, aus Bludau, Kreis Samland, am 28. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Berger, Ursel, geb. **Ballo**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Bodenstein, Hugo, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 27. Oktober
Demsky, Horst W. aus Lippitz, Kreis Mohrungen, am 30. Oktober
Gaeding, Bernhard, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 25. Oktober
Grigsdat, Manfred, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Hesse, Ruth, geb. **Napierski**, aus Neidenburg, am 28. Oktober
Holstein, Bruno, aus Töteninken, Kreis Wehlau, am 27. Oktober
Kitzki, Gerhard, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 30. Oktober
Konrad, Erika, geb. **Heckmann**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 25. Oktober
Littek, Irmgard, geb. **Westphal**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Marzik, Eva, geb. **Baschek**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Narten, Helga, geb. **Skubisch**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Naujek, Dieter, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober
Scherreik, Horst, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Schnabel, Hildegard, geb. **Neumann**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 26. Oktober
Wallrath, Elisabeth-Erna, geb. **Breinneisen**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 31. Oktober
Werlich, Irmgard, geb. **Bolk**, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, am 26. Oktober
Zastrau, Meta, geb. **Petrautzki**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahlert, Waltraut, geb. **Keppler**, aus Gut Alsternberg, am 26. Oktober
Alberti, Rose-Marie, geb. **Pildszus**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 25. Oktober
Astratti, Georg, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 26. Oktober
Becker, Jutta, geb. **Günther**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober
Broska, Manfred, aus Blumental, Kreis Lyck, am 31. Oktober
Fischer, Ruth, geb. **Fischer**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 27. Oktober
Klesz, Alfred, aus Groß Borken, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Köhn, Elli, geb. **Michalkowski**, aus Neidenburg, am 29. Oktober
Koopmann, Erika, geb. **Frischmuth**, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober
Koslowski, Karl-Heinz, aus Prostken, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Krüger, Erika, geb. **Mulks**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 31. Oktober
Langanke, Erna, geb. **Stanzick**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Lange, Elsbeth, geb. **Kossack**, aus Wehlau, am 30. Oktober
Laskawy, Alfred, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober
Noga, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Panskus, Christel, geb. **Panskus**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 30. Oktober
Powilleit, Martha, geb. **Sefz**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 26. Oktober
Radtke, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 27. Oktober
Rattay, Hans, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 31. Oktober
Sauf, Christa, Geb. **Wenzel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Schulz, Günther, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober
Seige, Rosemarie, geb. **Mallek**, aus Neidenburg, am 28. Oktober
Seiler, Erika, geb. **Gröning**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 28. Oktober
Sewczik, Werner, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 25. Oktober
Stange, Herwart, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 26. Oktober
Viereck, Walburg, geb. **Ginnuth**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 27. Oktober
Vogel, Hannelore, geb. **Blank**, am 28. Oktober
Woykos, Karl-Heinz, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 25. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Friedrich-Senger, Gabriele, geb. **Lange**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. Oktober
Glaß, Manfred, aus Wehlau, am 29. Oktober
Jenzewski, Gerd, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Jürgensen, Ursula, geb. **Spitz**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 27. Oktober
Laskowski, Gerda, geb. **Mertinah**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 25. Oktober
Mußhoff, Barbara, geb. **Trautmann**, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober
Reimer, Peter, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Oktober
Rieger, Gerhard, aus Treuburg, am 28. Oktober
Sebastian, Lothar, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, am 26. Oktober
Schmidt, Siegfried, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 30. Oktober
Schütt, Christel, geb. **Petersen**, aus Pillau, Kreis Samland, am 31. Oktober
Speer, Gertraud, geb. **Jaschinski**, aus Ortelsburg, am 26. Oktober
Theis, Renate, geb. **Böhm**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 26. Oktober

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

TERMINE DER LO

Jahr 2014

1./2. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2015

7./8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.
11./12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
10./11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 29. Oktober, 18 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92, Stuttgart: Vortrag „Sonnabends gab's immer Kartoffelsuppe – Agnes Miegels Plaudereien über die ostpreußische Küche“. Referentin: Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft. Aus dem Inhalt:

Agnes Miegel wurde am 9. März 1879 in Königsberg geboren und starb am 26. Oktober 1964 – vor 50 Jahren – in Bad Salzuflen. Aufgewachsen in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, erlebte sie in Königsberg tiefe Umbrüche nicht nur politischer Art, sondern auch in den ostpreußischen Lebensgewohnheiten. Seit sie in den zwanziger Jahren für das Feuilleton der Ostpreußischen Zeitung schrieb, begann sie auch über die versunkene Welt ihrer Kindheit mit den traditionellen Gerichten zu berichten, um diesen kulturhistorischen Schatz für spätere Generationen zu bewahren.

Die Teilnehmer der Veranstaltung erwartet ein unterhaltsamer Vortrag. Auch Fragen zu anderen Themenbereichen um Agnes Miegel werden gern beantwortet. Der Eintritt ist frei.

Buchen – Montag, 27. Oktober, 14 Uhr, Rathaus in Hainstadt: Frauennachmittag mit Kaffeetafel. Es wird gebastelt, vorgelesen und gesungen. Kontakt bei: Rosemarie Sieglinde Winkler, Telefon (06281) 8137, E-Mail: rosemarie.s.winkler-@t-online.de

Lahr – Die Ost- und Westpreußische Landsmannschaft hatte zu ihrem traditionellen Erntedankabend eingeladen. Die Vorsitzende Irma Barraud erinnerte aus diesem Anlass an die Gründung der Landsmannschaft vor 65 Jahren (1949 bis 2014).

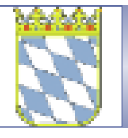
Es wurde der Frauen und Männer gedacht, die damals in Lahr den Heimatvertriebenen Mut machten, durch Veranstaltungen die Liebe zu ihrer verlorenen Heimat zu bewahren. Seit 1965 gehört auch die Ost- und Westpreußische Frauengruppe und seit 25 Jahren der Ostdeutsche Lesekreis dazu. Mit dem Gedicht: „Es war ein Land“ von Agnes Miegel und Berichten zum Erntedank wurde dann wie immer an jeden Besucher ein Stück Erntebrot verteilt, in diesem Jahr wurde das Brot in Erinnerung an unser verstorbenes Vorstandsmitglied Maria Rittweiler von ihrer Schwester Hildegard Reimann gestiftet. Mit dem gesprochenen Text über Ostpreußen“ Land der dunklen Wäldern und kristallnen Seen“ wurde der Abend feierlich beendet.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 16

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 25. Oktober, 20.15 Uhr, ARD: 20 Jahre Feste – Silbereisen feiert. Große TV-Gala zum 20-jährigen Jubiläum der volkstümlichen Musik-Show.
SONNABEND, 25. Oktober, 20.15 Uhr, SWR/SR: Die Geschichte das Zeppelins. Dokumentation über die fliegenden Gasriesen und ihrem Einsatz von den Anfängen bis zur Gegenwart
SONNABEND, 25. Oktober, 20.15 Uhr, Bayern: Die Christel von der Post, Heimatlustspiel mit Hardy Krüger und Gardy Granass, Deutschland 1956.
SONNTAG, 26. Oktober, 20.15 Uhr, 3SAT: Der Mann mit dem Fagott, TV-Film über das Leben von Udo Jürgens.
SONNTAG, 26. Oktober, 20.15 Uhr, SWR/SR: 14 – Tagebücher des Ersten Weltkrieges. Die beiden letzten Folgen der vierteiligen Geschichtsdoku.
MONTAG, 27. Oktober, 20.15 Uhr, 3SAT: Grenzenlos – Wo der Vorhang fiel. Rückblick und Resümee des Falls der Mauer vor 25 Jahren. Doku.
MONTAG, 27. Oktober, 20.15 Uhr, Anixe: Die Mädels vom Immenhof. Heimatkomödie mit Heidi Brühl und Paul Klinger, Deutschland 1955.
DIENSTAG, 28. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: Die Insel – Westberlin zwischen Mauerbau und Mauerfall, Teil 2 der Zeitgeschichts-Dokumentation reicht von den 60er Jahren bis zum Mauerfall.
DIENSTAG, 28. Oktober, 20.15 Uhr, WDR: Abenteuer Erde – Deutschlands älteste Bäume, Natur-Doku.
MITTWOCH, 29. Oktober, 20.15 Uhr, ZDF: Aktenzeichen XY ... ungelöst. TV-Fahndung bei ungeklärten Kriminalfällen.
MITTWOCH, 29. Oktober, 20.45 Uhr, ZDF: Fuß aufs Gas und weg. Doku über das Massendelikt Fahrerflucht.
DONNERSTAG, 30. Oktober, 20.45 Uhr, MDR: Vorsicht Gift. Wissenschafts-Reportage über Giftstoffe im Alltag.
DONNERSTAG, 30. Oktober, 21.15 Uhr, Servus-TV: Das Asyl-Rätsel – Die Ratlosigkeit der Behörden angesichts der Flüchtlingsproblematik, Reportage.
DONNERSTAG, 30. Oktober, 21.15 Uhr, ARD Alpha: **Kant für Anfänger – Der Königsberger Meisterphilosoph und die Aufklärung.** Wissens-Doku.
FREITAG, 31. Oktober, 20.15 Uhr, NDR: Die Nordstory – Vom Aussterben alter Traditionsberufe wie Uhrmacher und Holzbildhauer, Reportage.
FREITAG, 31. Oktober, 20.15 Uhr, Hessen: Deutsche Urlaubsparadiese – Sachsens schönste Seiten. Reise-Reportage.
FREITAG, 31. Oktober, 20.15 Uhr, MDR: André Rieu – Das große Jubiläumskonzert, Zum 10. Mal lädt der Stargeiger zur großen Klassik-Show. Danach ab 22. Uhr ist Rieu Gast in der NDR-Talk-Show Tietjen und Hirschhausen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 31. Oktober, 18. Uhr, Gemeinsames heimatliches Essen „Brathering mit Kartoffelsalat". Fortsetzung des Filmabends „Jokehnen" nach Arno Surminski im Gasthof „Hotel Krone" in Gunzenhausen.

Kitzingen – Sonnabend, 1. November: Kranzniederlegung am „Kreuz der Heimat" auf dem Neuen Friedhof.

Landshut – Dienstag, 4. November, 12.30 Uhr, Treffpunkt Nordfriedhof: Gedenken an die verstorbenen Landsleute, dann Friedhof Achdorf und Hauptfriedhof, Eingang Marschallstraße.

München – Sonnabend, 25. Oktober, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Rückblick auf das Ostpreußentreffen in Kassel von Hansjürgen Kudczinski. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Graf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Nürnberg – Dienstag, 28. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstr. 1, (Endstation der U1) Wir feiern das Erntedankfest mit Liedern und Schriftlesungen. Gäste sind herzlich willkommen. Ein Hinweis auf das Ostpreußische Kulturzentrum in Ellingen bei Weißenburg (täglich außer Montag geöffnet). Sehenswert ist die einmalige Ausstellung: Ostpreußen im ersten Weltkrieg. Sie wurde zuvor noch niemals gezeigt.



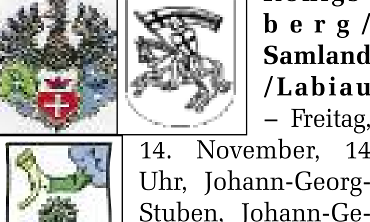
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

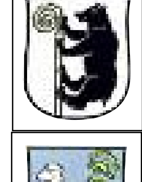
Frauengruppe – Mittwoch, 12. November, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin: Totenehrung. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 9. November, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Königsberg / Samland /Labiau – Freitag, 14. November, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Belrin: Treffen der Gruppe. Informationen bei Prof.essor Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 29. November, 15 Uhr, Maria Rimkus Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Nikolausfeier. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



BRANDENBURG

Vorsitzender: Elard v. Gottberg, Rothes Buschhaus 12, 04928 Schraden.

Potsdam-Mittelmark – Der Kreisverband hatte zum Tag der Heimat am Sonnabend, 11. Oktober, eingeladen und es kamen mehr als 130 Heimatfreunde und Gäste in den Festsaal des Brandenburger Altstädtischen Rathauses. Dieser Tag der Heimat war wie in den vergangenen Jahren erneut der Höhepunkt des dreitägigen Deutsch-Polnischen Erfahrungsaustausches mit Delegationen aus Heilsberg und Lötzen.

Nach der Eröffnung und Begrüßung der Ehrengäste und Gastdelegationen der befreundeten Nachbarkreisverbände durch den Kreisvorsitzenden Jürgen Rasztuttis überbrachte der Beigeordnete der Stadt Michael Brandt Grüße der Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel und wies darauf hin, dass Flucht und Vertreibung auch heute leider noch präsent sind. Flüchtlinge und Vertriebene sind immer Opfer, die unserer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Er erinnerte die Heimatfreunde an ihre oft unliebsame Aufnahme in das vom Krieg zerstörten Restdeutschland und ermunterte sie zu gemeinsamen Gesten des Willkommen-Heißens der heutigen aus den Kampfgebieten nach Brandenburg kommenden Flüchtlinge und Vertriebenen.

Die Vertreterinnen der polnischen Delegationen Eva Huss und Barbara Ruzewicz überbrachten Grüße von der Gesellschaft der Deutschen Minderheiten in Heilsberg [Lizbark-Warminski] und des Dachverbandes der Deutschen in Ermland und Masuren. Sie betonten, wie wichtig es für sie ist, gemeinsame Stunden mit den ehemaligen Bewohnern ihrer Heimat zu verbringen und welche positive Ausstrahlung diese Begegnungen auf ihre polnischen Freunde, Bekannten und Mitbürger haben.

Rita Powlawska übergab dem Kreisvorsitzenden ein Buch über die Stadt Heilsberg, in dem in Polnisch und Deutsch Wissenswertes über die ehemaligen und heutigen Bewohner der Stadt mit Fotos von gestern und heute enthalten sind. Ruzewicz übergab dem Kreisvorsitzenden ebenfalls einen Bildband in den beiden Sprachen von Lötzen [Gizycko]. Beide sprachen von dem großen Interesse ihrer Mitbürger an der Vergangenheit ihrer Region vor dem Krieg. Deshalb habe das polnische Innenministerium ein Projekt finanziert, in dessen Rahmen eine Broschüre von der Heilsberger Gesellschaft erstellt wurde, in der die ehemaligen deutschen Bürger ihrer Stadt berichten, wie sie vor dem Zweiten Weltkrieg dort gelebt haben. Von den 1000 Ausgaben dieser Dokumentation in deutscher und polnischer Sprache seien wegen des großen Interesses in Polen nur noch wenige vorhanden. Sie übergab dem Kreisvorsitzenden und den Ehrengästen jeweils ein Exemplar.

Wilhelm von Gottberg überbrachte Grüße von der Landsmannschaft Ostpreußen. Die hohe Beteiligung an dieser Veranstaltung mehr als 70 Jahre nach Kriegsende zeige den festen Zusammenhalt der ostdeutschen Schicksalsgefährten und die aktuelle Bedeutung dieser Veranstaltung. Diejenige Volksgruppe, die am meisten unter den Kriegsfolgen gelitten hat, bedarf nach wie vor besonderer Aufmerksamkeit. Das wird in der Öffentlichkeit noch immer nicht genügend wahrgenommen. Auf Drängen der Vertriebenen habe die Bundesregierung Museen über die einzelnen Vertreibungsgebiete eingerichtet. Doch die ostdeutsche Kultur muss auch von den betroffenen Menschen weitergegeben werden. Sie darf nicht in Vergessenheit geraten und untergehen.

In der nachfolgenden Festrede sprach MdL und Generalsekretärin der CDU Anja Heinrich den

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Heimatfreunden besonders voll aus dem Herzen. Zu Beginn erinnerte sie an die Bedeutung des „Tages der Heimat", der von den deutschen Heimatvertriebenen seit 1950 jährlich begangen wird. Es ist ein Tag des Gedenkens, aber auch mit dem Blick auf die Zukunft. Sie betonte, dass Vertreibungen Unrecht sind und sie kein Mittel der Politik sein dürfen.

In ihren Ausführungen über die schöne Stadt Brandenburg gab sie zu, noch nie darüber nachgedacht zu haben, dass mindestens ein Viertel der Stadtbevölkerung Vorfahren aus den Vertreibungsgebieten haben. Sie sprach über die Gräueltaten der Deutschen in den östlichen Gebieten und betonte: „Am Ende schlug die von Deutschland ausgegangene Gewalt grausam dorthin zurück". Die schrecklichen Erlebnisse der überlebenden Opfer von Flucht und Vertreibung seien ihnen ein Leben lang gegenwärtig.

Heinrich würdigte die Bedeutung der Charta der Vertriebenen, in der diese bereits 1950 dem Gedanken an Rache und Vergeltung eine Absage erteilten und versprachen: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können."

Sie betonte, dass die Vertriebenen dieses Versprechen gehalten haben. Sie nahmen trotz der harten Bedingungen ihr Schicksal in die Hand und waren eine ganz entscheidende Kraft beim Wiederaufbau Deutschlands.

Ausgehend von unserer heutigen Freiheit, auch mit unseren Nachbarn über die Vergangenheit zu sprechen, über ihre und unsere Leidensgeschichte, betonte Heinrich die Notwendigkeit, dass sich mehr Menschen mit diesem Thema beschäftigen: Journalisten, Künstler, der Familienkreis, Schulen, Städtepartnerschaften sowie grenzüberschreitenden Projekte.

Es gehöre auch zu einer guten Zukunft, dass wir aufrichtig und auf Versöhnung bedacht mit unserer Vergangenheit umgehen. Zum Verständnis der deutschen Nachkriegsgeschichte gehöre auch das Verständnis für die Tragödie und die Leistung der deutschen Heimatvertriebenen. Gerade deshalb sei es wichtig, dass die jungen Deutschen mehr über die Geschichte des Ostens erfahren.

Heinrich nannte als positives Beispiel die umfangreiche grenzüberschreitenden Aktivitäten des Kreisverbandes Potsdam-Mittelmark, der durch seine zahlreichen Reisen, Begegnungen und Seminare mit den östlichen Nachbarn zu einer guten Zusammenarbeit in der Europäischen Union dazu beitrage, dass staatliche Grenzen uns nicht mehr länger trennen, sondern verbinden. Auf ihren vielen Reisen habe sie gelernt, wie wichtig Respekt vor denjenigen sei, die unermüdlich aufklären, mahnen und versöhnen.

Ein gutes Signal der Bundesregierung sei, dass jetzt ein jährlicher Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung beschlossen wurde. Sie wünschte allen Anwesenden, ihren Familien, Freunden und Unterstützern viel Kraft, Mut und Gottes Segen, „die Welt gemeinsam und beharrlich ein kleines Stück besser zu machen".

Nach dieser eindrucksvollen Rede trug Ingeborg Beckmann ein Gedicht und Monika Stechbart eigene Reime zum Thema Heimat vor. Beide wurden mit sehr viel Beifall für ihre Rezitationen belohnt. Danach erfolgte das traditionelle gemeinsame Singen der Ostpreußen-, Pommern-, Schlesierlieder und des Brandenburgliedes. Chor und Orchester des Ensembles „Harmonie" erfreuten die Anwesenden mit ihrem Gesang und Musikstücken. Mit dem Singen der dritten Strophe der Nationalhymne und dem Schlusswort des Vorsitzenden, mit vielen Dankesworten auch an die fleißigen Helfer und Sponsoren, endete der offizielle Teil der Veranstaltung.



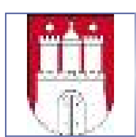
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Landesgruppe – Anfang September wurde die stellvertretende Landesvorsitzende der Landesgruppe Bremen, Marita Jachens-Paul, von Bundespräsident Joachim Gauck mit der Einladung zum Bürgerfest im Berliner Schloss Bellevue für ihr ehrenamtliches Engagement geehrt. Jachens-Paul arbeitet seit 1981 im Vorstand der Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und des Heimatkreises Elbing.

Bremen – Mittwoch, 29. Oktober, 18 Uhr, Café Erlesenes, Alten Hafenstraße 46, Bremen-Vegesack: Ostpreußenabend. Klaus Papies und Georg von Groeling-Müller tragen vor: „Bilder aus der Geschichte Ostpreußens" und „Geschichten in Ostpreußischer Mundart". Kein Eintritt. Alle Freunde Ostpreußens sind eingeladen. – Freitag, 14. November, 11.45 Uhr, Alter Krug, Rockwinkeler Landstraße 100 (Telefon 426235): Traditionelles Entenessen Der Preis beträgt 23,95 Euro. Dafür gibt es Hochzeitssuppe, eine halbe Ente, Rot- und Rosenkohl, Salzkartoffeln, Klöße mit Soße. Zu erreichen ist die Gaststätte mit den Linien 33 und 34 Haltestelle „Schevemoorer Landstraße". Mit der Straßenbahnlinie 4 kann man an den Haltestellen „Horner Kirche", „Vorstraße" und „Horner Mühle" in diese Buslinie umsteigen. Anmeldungen ab sofort, spätestens bis zum 12. November, bei Frau Richter (Telefon 405515) oder in der Geschäftsstelle.

Bremerhaven – Am 17. Oktober findet ab 14.30 Uhr das 88. Stiftungsfest der Bremerhavener Gruppe statt. Als Gäste haben sich der Landesvorsitzende Herr Helmut Gutzeit und der Stadtverordnetenvorsteher Herr Artur Beneken angemeldet. Neben einem kleinen Rückblick wird auch auf die 60-jährige Partnerschaft zwischen Elbing und Bremerhaven hingewiesen, die seit dem 16. Mai 1954 besteht und die in diesem Jahr mit einem Gedenkgottesdienst und einer Feierstunde gewürdigt wurde.



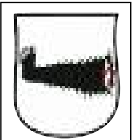
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPE



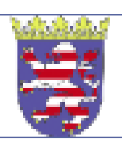
Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 8. November, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Wilhelmsburg – Montag, 27. Oktober, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag unter dem Motto „Bunt sind schon die Wälder", herbstliches Ost- und Westpreußen.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt/Dieburg – Um das Erntedankfest zu feiern traf sich die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen am 11. Oktober im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt Kranichstein. Die Erntedankfestdekoration, gestaltet durch Gisela Keller, erinnerte sehr an die Tradition aus der alten Heimat Ostpreußen und Westpreußen. Auch die Kaffeetafel war dem Gedanken des Erntedankes angepasst. Durch frische Blumen aus dem Garten von Waltraud Barth wurde dem noch mehr Ausdruck verliehen. Die leider schrumpfende Teilnehmerzahl bei unseren Veranstaltungen, veranlasste uns, die Kaffeetafel so zu platzieren, dass Kommunikation und Unterhaltung besser gegeben ist, und alle Textvortragenden die Zuhörer besser erreichen können. Die neue Platzaufteilung wurde gut angenommen.

Zum Hauptthema in unserer Veranstaltung referierte Karl Lask über das Leben und Wirken des Schriftstellers Siegfried Lenz. Er wurde am 17. März 1926 in Lyck, Ostpreußen geboren und verstarb am 7. Oktober in Hamburg. Hier ist zu bemerken, dass Karl Lask und Siegfried Lenz in Lyck in unmittelbarer Nachbarschaft lebten.

Unter der Begleitung mit Akkordeon und Geige, durch die Herren Fischer und Kröhnert wurden Lieder zum Erntedank gesungen. Herr Fischer verabschiedete sich mit einem Trompetensolo. Frohen Mutes verabschiedete man sich mit dem Hinweis auf unser nächstes Zusammentreffen.

Es findet am 8. November statt. Alle Mitglieder und auch Gäste sind herzlich willkommen.

An diesem Nachmittag machen wir eine Reise nach Israel. In Wort und Bild versuchen die Eheleute Jüngling uns Land, Leute und das Leben in Israel näher zu bringen. Wir denken, dass dies ein sehr interessanter Nachmittag werden wird.


Foto: Privat

Festlich: Erntedank im Louise-Büchner-Haus

Vorschau auf die Veranstaltung im Dezember: Am Sonnabend vor dem 2. Advent findet unter Mitwirkung eines Chores unsere vorweihnachtliche Feier statt.

Dillenburg – Mittwoch, 29. Oktober, 15 Uhr, Cafe Eckstein, Königsberger Straße: Monatsversammlung. Dann wird Bernd Kohlhauer anhand von Fotos durch die Stadt Weimar führen, die durch den Ostpreußen Herder, durch Goethe, Schiller und Liszt bekannt geworden ist. Gäste sind herzlich willkommen.

Kassel – Donnerstag, 6. November, 14.30 Uhr: Vortrag von Christian Perbrandt, Lehrte: „Die Besiedlung Ostpreußens am Beispiel eines Kreises". – Natur als Rahmen und Ausschmückung von heimatlicher Erinnerung prägt so manche Gemeinschaftsstunde der Vertriebenen. Das kann nicht wundern, Ostpreußen (und das gilt natürlich auch für Westpreußen) war ja keine öde Steppe oder reizarmes Siedlungsgebiet. Vielmehr ging und geht auch heute noch eine große Faszination von der Natur der einstigen Provinz aus. Was von dieser Natur noch nachwirkt, war das Thema des Oktobertreffens der Kreisgruppe. Als Referent konnte Christoph Hinkelmann vom ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg gewonnen werden.

Einführend zeigte der Vortragende eine Reihe historischer Fotos bekannter Fotografen (zum Beispiel Otto Steinfatt und Horst Siebert) mit eindrucksvollen Landschaftsaufnahmen in Farbe.

Hervorzuheben sind zahlreiche Errungenschaften im landwirtschaftlichen Bereich wie die Trakehner- und Skuddenzucht oder die von Elisabet Böhm begründete Landfrauenbewegung.

Bedeutung bis zum heutigen Tage haben naturwissenschaftliche Forschungen, bei denen Ost- und Westpreußen den Grundstein legten. Professor Lutz Heck erregte weltweit Aufsehen bei seinen Versuchen, den ausgestorbenen Auerochsen durch Rückzüchtungen neu zu beleben. Unter den verdienstvollen Naturforschern und -schützern, die Erwähnung fanden, seien genannt: Hugo Conwentz aus Danzig, Erich Drygalski (Polarforscher), Johannes Thienemann, Ernst Schüz, Walter von Sanden, Friedrich Tischler und Heinz Sielmann. Die weit über 30 Teilnehmer der Heimatrunde dankten dem Berichterstatter für den hochinteressanten Beitrag.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Abschied von Benno Krutzke – Traurig nehmen wir Abschied von unserem treuen Landsmann, Weggefährten und Mitstreiter Benno Krutzke, der am 8. Oktober kurz nach seinem 83. Geburtstag in die Ewigkeit abberufen wurde. Am 24. September 1931 in der masurischen Kreisstadt Johannisburg geboren, musste er als 13-jähriger bei Kriegsende seine geliebte Heimat Ostpreußen verlassen. In der späteren DDR wurde er Lehrer und gründete in Wismar eine Familie. Hier bildete Benno Krutzke nach der Wende

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Dietrich Wawzyn

* 7. Februar 1928 in Willudden, Kreis Angerburg
† 3. Oktober 2014 in Bergisch Gladbach

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um die ostpreußische Heimat hat die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Dietrich Wawzyn im Jahre 2001 das Goldene Ehrenzeichen verliehen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Gottfried Hufenbach Stellv. Sprecher
Stephan Grigat Sprecher
Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister



Erhard Sommerey

aus Duneyken/Treuburg

geb. 31. 10. 1928 gest. 7. 1. 2009

Leider können wir diesen Tag nicht zusammen sein.
Es war eine wunderschöne Zeit mit Dir.

Danke.
Deine Ingrid

Telefon 030 / 431 69 01

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer lieben Heimatfreundin, unserem langjährigen Vorstandsmitglied (1990-1999), Kassenverwalterin (1991-1996), Kirchspielvertreterin von Gerdauen (1972-2002) und Mitglied des Ältestenrates (seit 2002)



Ursula Bayer



geb. Kampf, verw. Richstein
früher Gerdauen, Hindenburgstraße 15

Trägerin des Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen und der Silbernen Ehrennadel der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V.

* 20. Juli 1926 in Gerdauen
† 28. September 2014 in Düsseldorf

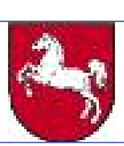
Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V.
Walter Mogk, Kreisvertreter
Brigitte Havertz-Krüger, 2. Vorsitzende

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

mit gleichgesinnten Landsleuten die Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen, deren Vorsitzender er von 1994 bis zuletzt war. Mit großem Schmerz musste er vor einem Jahr ihre Auflösung miterleben, weil sich kein Nachfolger fand. Dennoch kam Benno Krutzke am 27. September 2014 noch mit letzter Kraft zum 19. Landestreffen der Ostpreußen nach Rostock. Unsere Landesgruppe verliert mit ihm einen heimattreuen, pflichtbewussten und einsatzbereiten Landsmann und Freund. Für seine Verdienste um Ostpreußen wurde er mit der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft ausgezeichnet. Seinen drei Söhnen mit Familien gilt unser Mitgefühl. Das Andenken an Benno Krutzke werden wir unter den Ostpreußen in Ehren halten.

Anklam – Am Sonnabend, 25. Oktober, findet von 10 bis 17 Uhr in der Mehrzweckhalle „Volkshaus" Anklam, Baustraße 48–49 (Stadtzentrum/Nähe Markt) das Große Herbsttreffen der Ostpreußen statt. Dazu sind alle Landsleute aus Ostpreußen, Danzig und Westpreußen, aber auch Pommern, Schlesier und Sudetendeutsche mit Angehörigen sowie alle Interessenten von nah und fern sehr herzlich eingeladen. Das Heimattreffen wird von der Blasmusik Redefin und dem Männerchor „Elbdeichbrummer" aus Stelle festlich umrahmt. Vor 70 Jahren – im Herbst 1944 – begann in Ostpreußen die große Flucht, die ein halbe Million Menschen nicht überlebte. Zum Gedenken an die treuen Trakehner Pferde in den endlosen Trecks, mit denen die Ostpreußen ihre Heimat verlassen mussten, wird die Blasmusik Redefin den Trakehner Marsch intonieren. Gleichzeitig startet die Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen 2014". Wie jedes Jahr geht am zweiten Advent von Anklam aus ein Hilfstransport zu den Landsleuten im Memelland, das heute zu Litauen gehört. Päckchen im Wert von 10 bis 12 Euro können im Volkshaus abgeben werden. Für Königsberger Klopse, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze ist wie immer gesorgt. Erwartet werden 500 bis 600 Besucher.



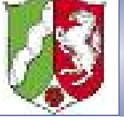
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 13. November, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Monatstreffen.

Osnabrück – Donnerstag, 30. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.

Rinteln – Donnerstag, 13. November, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Monatstreffen. Ekkehard Schlicht wird aus Bad Salzuflen zum Thema „Herkunft und Lebensweise der Urbevölkerung in Preußen" sprechen. Der Eintritt ist frei, auch Freunde, Verwandte und interessierte Gäste aus Nah und Fern sind herzlich willkommen. – Bitte vormerken: Die nächste Veranstaltung ist dann als Adventsfeier für Sonnabend, 6. Dezember, vorgesehen. Weitere Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Herbsttagung der Landesgruppe findet am 25. Oktober 2014 in Oberhausen, Haus Union, Schenkendorfstraße 13, statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand der Landesgruppe lädt Landsleute, Jugend und Freunde Ostpreußens herzlich ein und hofft auch bei dieser Tagung auf regen Besuch wie in den Jahren zuvor. Auch zu dieser Tagung sind sehr interessante Referenten eingeladen haben. Es lohnt sich, zu kommen.

Bonn – Dienstag, 28. Oktober, 14 Uhr: Der Frauenkreis trifft sich im Nachbarschaftszentrum Brüser Berg in der Fahrenheitsstraße 49.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, von 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft.

Gütersloh – Donnerstag, 6. November, 15.30 Uhr: Treffen der ostpreußischen Frauengruppe im GT Brauhaus, Unter den Ulmen.

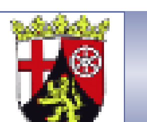
Wesel – Die Kreisgruppe Wesel führte ihr traditionelles Erntedankfest durch. Der 1. Vorsitzende Paul Sobotta konnte zu diesem Anlass eine fleißige Erntehelferschar begrüßen, die gut gemischt war von Stadtmenschen und Landmenschen, die alle Gott durch ihre Anwesenheit dankten für die eingebrachte Ernte.

Der Gutsherr Paul Sobotta versetzte die Erntehelferschar in Gedanken in die angestammte Heimat in Ost- und Westpreußen, wo noch viele Menschen bei der Erntearbeit eingesetzt waren. Die erste Schnitterin Irma Lankmichel hatte auch dieses Mal wieder ein sehr schönes Programm mit Gedichten und Geschichten vorbereitet, um die richtige Erntestimmung aufkommen zu lassen.

Erntearbeit draußen bei frischer Luft macht hungrig und zum Ernteschmaus wurden Kartoffelsalat mit Krakauer Würstchen auf die geschmückten Tische aufgetragen und alle langten kräftig zu. Die anschließende Tombola bildete den Höhepunkt des Erntefestes. Nach einem unterhaltsamen Zeitraum traten alle zufrieden den Heimweg an.

Wesel – Samstag, 15. November, 16 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Alle Landsleute und Heimatfreunde der Landsmannschaft Ostpreußen sind herzlich zu einem gemeinsamen Kulturabend der Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen eingeladen. Paul Sobotta wird dann in seinem Vortrag über „Die Bedeutung Ostpreußens in der deutschen Politik- und Kulturgeschichte" berichten.

Anmeldungen bitte bis zum 31. Oktober bei Paul Sobota, Telefon (0281) 45657.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 8. November, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Beim Heimatnachmittag wird der Film „Masuren, eine Reise mit Wolf von Lojewski" zu sehen sein.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 7. November, 15 Uhr, TuS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 9. November, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: Volkstrauertag.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Die Oktoberrunde der Ost- und Westpreußen war zu Gast im Hause der Eheleute Lieschen und Ulrich Klemens. Zu Beginn erwähnte Dietmar Wrage, dass beim Ostpreußentreffen am 27. September etwa 2000 Teilnehmer erschienen waren. Ulrich Klemens präsentierte den Gästen sein Schaffen als Maler wunderbarer Landschaften und Portraits. Dazu erläuterte er seine Bilder aus der Lauenburger Gegend, aus der Rominter Heide. Die Besucher bewunderten Bilder vom Gestüt in Delingsdorf, Landschaften in Österreich und Meersburg am Bodensee. Ulrich Klemens malte seinen elterlichen Bauernhof in Ansorge in Ostpreußen nach einem Foto.

Das Elternhaus seiner Frau, die Schmiede Bahr, in Bad Oldesloe, hat er in seiner ursprünglichen Form festgehalten. Das Gebäude wurde schon vor Jahren zu einem modernen Geschäftshaus umgebaut.

Danach wurde über die Bilder und die Heimat gesprochen. Mit einem herzlichen Dank an die Gastgeber wurde festgestellt: Es war ein Nachmittag wie zu Hause. Geburtstagskind des Monats war Dietmar Wrage.

Neumünster – Mittwoch, 12. November, 12 Uhr, Restaurant am Kantplatz: Gemeinsames Mittagessen der Landsmannschaft. Anmeldungen bitte bis zum 2. November. Telefon (04321) 82314.

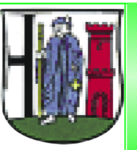
Neumünster – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich am 8. Oktober zur Erntedankfeier im „Restaurant am Kantplatz". Die Vorsitzende Brigitte Profé konnte sehr viele Mitglieder und Gäste – aus Rendsburg, Kiel und der Schleisischen Landsmannschaft – begrüßen. Reich an gespendeten Erntegaben waren die Tische geschmückt.

Zum Fest berichteten die Teilnehmer von eigenen Erlebnissen auf dem Bauernhof. Zwischendurch wurden Herbstlieder gesungen und Gedichte von Hildegard Henning und Gerd Höpfner vorgetragen.

Einer der Höhepunkte des Festes war Vortrag von Brigitte Profé, der die Teilnehmer an die „Bedeutung Erntedank" erinnerte. Einen ausführlichen Bericht darüber lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de

Jahrestreffen von Stadt und Land

10. bis 12. Oktober: Rund 300 Allensteiner aus Stadt und Land fanden sich in Gelsenkirchen zum 59 Jahrestreffen ein. Den Auftakt bildete die Stadtversammlung am Freitagnachmittag. Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach begrüßte die anwesenden Stadtvertreter, die Angehörigen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit und einige Gäste. Er bat um eine Gedenkminute für unser Ehrenmitglied Dr. Ernst Jahnke, der im Frühjahr dieses Jahres verstorben ist.

Der Vorsitzende berichtete über seine diesjährige Reise nach Allenstein, während der er am Tag der Minderheiten der AGDM sowie am Sommerfest der deutschen Vereine in Allenstein teilnahm. Letzteres wurde in diesem Jahr von der Landsmannschaft ausgerichtet und fand wieder im Amphitheater unter dem Schloss statt. Das abwechslungsreiche Programm, zu dem die Chöre und vielseitige musikalische Darbietungen der Vereine sowie eine Rittergruppe aus Allenstein beitrugen, lockte sogar zahlreiche polnische Besucher aus der Stadt an. Während des Aufenthalts in Allenstein wurde auch die Auszahlung der Bruderhilfe begonnen.

Nach dem Bericht der Geschäftsstelle gab die AGDM einen Überblick ihrer Tätigkeit, die neben dem Angebot von Sprachkursen und der Betreuung zahlreicher Besucher ein umfangreiches kulturelles Programm umfasst. Lesungen und Ausstellungen im Haus Kopernikus, der Tag der Minderheiten, vorweihnachtliche Feiern für die Johanniter, Kinder und Senioren sowie der Weihnachtsmarkt sind nur einige der durchgeführten Veranstaltungen. Besonders erfolgreich gestaltet sich die Samstagsschule, in der Kinder spielerisch die deutsche Sprache erlernen. Nach den Berichten des Schatzmeisters und der Kassenprüfer, die dem Schatzmeister für das vergangene Jahr eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bescheinigten, wurde der Vorstand entlastet, und man konnte den Tag mit einem fröhlichen Beisammensein in der Gaststätte Dubrovnik ausklingen lassen.

Mit einer ökumenischen Gedenkandacht und der Kranzniederlegung an der Gedenktafel für die verstorbenen Allensteiner in der Propsteikirche begannen die Veranstaltungen am Samstag. Anschließend nahmen etliche Besucher die Gelegenheit wahr, unser Heimatmuseum „Treudank" zu besichtigen.

Gegen Mittag fanden sich die ersten Besucher im Schloss Horst ein, und mit Beginn der Feierstunde, die unter dem Motto „60 Jahre Allenstein in Gelsenkirchen" stand, waren alle Plätze in der Glashalle besetzt. Nach der Begrüßung gedachte der Vorsitzende stellvertretend für alle im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder der Stadtgemeinschaft unseres Ehrenmitglieds Dr. Ernst Jahnke. Seinen Nachruf beendete er mit folgenden Worten: „Dr. Ernst Jahnke hat durch sein Wirken das Leben der Stadtgemeinschaft bereichert. Mit der Herausgabe seiner Allensteiner Gedichtchen, einem heiteren, aber auch besinnlichen Spaziergang durch die Stadt seiner Jugend, hat er unserer Heimatstadt ein bleibendes Denkmal gesetzt. Für seine Verdienste hat die Stadtgemeinschaft ihn mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet und ihm die Ehrenmitgliedschaft verliehen, die für immer im Goldenen Buch der Stadt Allenstein festgehalten ist. Wir verabschieden uns von Dr. Ernst Jahnke mit den Worten, die auch auf seiner Kranzschleife zu lesen waren: „In Dankbarkeit – Deine Allensteiner."

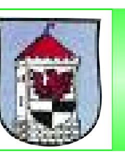
Anschließend erinnerte der Vorsitzende an die feierliche Übergabe der Patenschafts-Urkunde an die ehemaligen Bewohner der Stadt Allenstein am 24. April 1954 im Schloss Berge und das erste Treffen in Gelsenkirchen, an dem 7000 Allensteiner aus ganz Deutschland die Übernahme der Patenschaft und nachträglich – Allenstein erhielt das Stadtrecht 1353 – den 600. Geburtstag ihrer Heimatstadt feierten. Ein besonderes Symbol der Patenschaft ist die in den Boden des Foyers des „Musiktheaters im Revier" eingelassene Bronzeplatte, die an das südostpreußische Landestheater „Der Treudank" in Allenstein erinnert.

Die Patenschaft war schließlich die Grundlage für die im Jahre 1992 begründete Städtepartnerschaft zwischen Gelsenkirchen und Allenstein, das heute als Olsztyn Verwaltungssitz der polnischen Woiwodschaft Ermland und Masuren ist. Sie ist einer der ersten Partnerschaften, die zwischen einer polnischen und einer deutschen Stadt geschlossen wurde und ist bis heute eine lebendige Beziehung geblieben. Er betonte, dass die Allensteiner diese Entwicklung immer positiv begleitet haben und vor zehn Jahren in einer Vereinbarung mit den Städten Allenstein und Gelsenkirchen den Willen bekräftigten, die gute Zusammenarbeit der vergangenen Jahre fortzusetzen und die partnerschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen. Er dankte Herrn Bürgermeister Wöll für die 60-jährige Gastfreundschaft, die vielfältige Unterstützung und das partnerschaftliche Miteinander in all den Jahren und gab bekannt, bei entsprechender Resonanz in der Bevölkerung Gelsenkirchens einen Freundeskreis Allenstein ins Leben zu rufen.

Nach dem Grußwort des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Allenstein, Hans-Peter Blasche, und dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied würdigte Bürgermeister Wöll die positive Rolle der Stadtgemeinschaft in der Städtepartnerschaft zwischen Allenstein und Gelsenkirchen.

Anschließend verlas G. Hufenbach ein Grußwort des Allensteiner Stadtpräsidenten. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde, die vom Bläser- und Posaunenchor Erle umrahmt wurde. Danach war der Besuch der Bücherstände sowie einer Ausstellung von Bruno Mischke über Hindenburg und das Tannenbergdenkmal angesagt.

Munteres Schabbern und die flotte Musik von Andreas Kokosch sorgten für eine gute Stimmung und voll besetzte Tische bis in den späten Abend hinein. Mit den Gottesdiensten am Sonntag ging dann ein gelungenes Jahrestreffen zu Ende. Das nächste Jahrestreffen werden wir vom 11. bis 13. September 2015 feiern.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Nachruf

Gerhard Kibbas hat uns für immer verlassen. An seinem Wohnort Berlin verstarb am 9. Oktober nach langer Krankheit das Mitglied unserer Kreisvertretung, Gerhard Kibbas, im Alter von 79 Jahren.

Seit dem Jahr 2005 hat er ununterbrochen in der Angerburger Kreisvertretung aktiv mitgearbeitet. Als heimattreuer Angerburger und Ostpreuße war es für Gerhard Kibbas selbstverständlich, der Berliner Gruppe Angerburg/Darkehmen/Goldap anzugehören. Sein großes Interesse galt der Geschichte seiner Heimatstadt Angerburg. Aber auch in der Familienforschung war Gerhard Kibbas tätig.

Das Angerburger Archiv in Rotenburg (Wümme) lieferte ihm viel Material für seine Forschungen. In Verbindung mit den Angerburger Tagen und den heimatpolitischen Tagungen reiste Gerhard Kibbas bereits drei bis vier Tage vorher aus Berlin an, um im Archiv Material über Angerburg und seine Menschen zu sichten und auszuwerten. Seine Heimatstadt Angerburg hat ihm viel bedeutet. Sein Wissen über Angerburg und seine Bewohner werden uns sehr fehlen. Leider war es ihm nicht vergönnt, seine Arbeiten zum Abschluss zu bringen. Im Sinne von Gerhard Kibbas wäre es, wenn Norbert Skowron die Arbeit zu Ende führen könnte.

Ein stets hilfsbereiter Mensch und heimattreuer Angerburger hat uns für immer verlassen. Wir werden ihn sehr vermissen. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Heimatkreistreffen

Nach der Vorstandssitzung am Vortage begann das Kreistreffen am 13. September in Nienburg mit der Kranzniederlegung an den Gedenksteinen bei den berufsbildenden Schulen. Der Platz war in diesem Jahr würdig und vorbildlich hergerichtet.

In seiner Ansprache verwies der Vorsitzende auf die täglichen Bilder und Berichte über die aktuellen Kriege und Flüchtlingsschicksale. Daran anknüpfend erinnerte er an den Beschluss der Bundesregierung vor zwei Wochen, den 20. Juni als Gedenktag an die Opfer von Flucht und Vertreibung in Vergangenheit und Gegenwart einzuführen. Allerdings durfte dabei der dem Mainstream geschuldete Zusatz nicht fehlen: „Das Schicksal der Vertrei-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

bungsopfer steht natürlich immer im Kontext des von Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkriegs!“

Dagegen haben drei Bundesländer – Bayern, Hessen und Sachsen – den 2. September zum Gedenktag an das Schicksal der 14 Millionen vertriebenen Ostdeutschen erhoben. Unkommentiert wollte Christian v. d. Groeben in diesem Zusammenhang lassen, dass die Bundeskanzlerin Ende August vom BdV mit der Ehrenmedaille ausgezeichnet wurde für ihre „Verdienste um die Heimatvertriebenen“. Auch wenn die Spuren und Folgen des Krieges, der uns vor 70 Jahren heimgesucht hatte, immer mehr verblassen, gedenken wir mit unserer Kranzlegung in jedem Jahr an die vielen Opfer, die uns direkt betroffen haben.

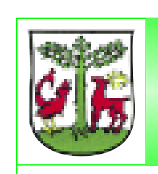
In der Heimatstube begrüßte Manfred Eckert nur noch 15 Interessierte, da es dort keine grundlegenden Veränderungen gibt. Im Hotel Zur Krone fanden sich dann bis zur Mittagszeit über 40 Besucher ein, um sich angeregt zu unterhalten. Der Vorsitzende erinnerte an die 60-jährige Patenschaft mit Kreis und Stadt Nienburg, die uns weiterhin beispielhaft unterstützen. Mit Hinweis auf die zwangsläufig abnehmenden Mitgliederzahlen der Kreisgemeinschaft erwähnte er den am 6. September letzten Jahres verstorbenen Helmut Mischke, der nicht nur lange Jahre im Vorstand aktiv mitarbeitete, sondern auch an der Städtepartnerschaft Bartenstein-Nienburg wesentlich beteiligt war sowie an der Einrichtung der Johannitersozialstation in Bartenstein vor zehn Jahren.

Auch aktuelle Vorhaben wurden angesprochen: so die geplante Herausgabe einer zweisprachigen Dokumentation über Bartenstein, die von Hans-Gerhard Steinke und Rosemarie Krieger zum großen Teil bereits vorbereitet ist.

Nach dem Festvortrag von unserem Mitglied – dem langjährigen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen – Wilhelm von Gottberg folgten Grußworte der Vertreter des verhinderten Landrats Jürgen Leseberg und der Vertreter des Bürgermeisters Wilhelm Schlemermeyer.

Der Vorsitzende des Freundeskreises Bartenstein Ralf Weghöft berichtete von den zurückliegenden und künftigen partnerschaftlichen Aktivitäten seines Vereins, der sich besonders erfolgreich um Schüleraustausch und gegenseitige Besuche kümmert.

Da sich die beabsichtigte Filmvorführung über die zurückliegende HKG-Reise aus technischen Gründen bis zum späten Nachmittag verzögerte, blieb noch ausreichend Zeit für anregende Gespräche untereinander.



BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Kreistreffen

Unser diesjähriges Kreistreffen in unserer Patenstadt Münster am 4. und 5. Oktober hatte einen besonderen Anlass. Das 60-jährige Jubiläum dieser Patenschaft hatte uns bewogen fünf Gäste aus Ostpreußen einzuladen. Zwei Personen der deutschen Minderheit aus Braunsberg und zwei Personen der Gesellschaft der „Freunde Braunsbergs“, sowie unseren Festredner Domherrn André Schmeier aus Allenstein.



Foto: Ruhnau

Beim Treffen in Münster

Ein Gottesdienst mit der Gemeinde der Heiligen Geistkirche mit drei Geistlichen am Altar, Konsistorialrat Dr. Claus Fischer, Domherrn Schmeier und Pfarrer Josef Tenhumberg, leiteten unser Kreistreffen ein.

Gut 100 Braunsberger hatten sich versammelt und füllten mit den geladenen Festgästen den Saal. Kreisvertreter Manfred Ruhnau begrüßte die Anwesenden. Stellvertreterin Manuel Begett bat die Teilnehmer sich zu erheben, der Toten zu gedenken.

Ratsherr Richard Halberstadt überbrachte die Grüße der Stadt Münster und des Oberbürgermeisters Markus Lewe. Seine Rede sprach die Patenschaft mit der Kreisgemeinschaft Braunsberg besonders an. Danach schloss sich ein Grußwort der „Freunde Braunsbergs“ an.

Es folgte der Festvortrag des Domherrn Schmeier über den Bischof Heinrich Fleming und die Anfangsjahren des Bistums Ermlandes. Fleming war Mitbegründer unserer Kreisstadt Braunsberg. Nach Schmeiers Vortrag sangen alle gemeinsam das Ostpreußenlied. Danach hatte die Patenstadt Münster zum Umtrunk eingeladen. Ab 14 Uhr berichtet der Vorstand über das zehnte Kreistreffen in Braunsberg und seine weiteren Aktivitäten. Bei Kaffee und Kuchen, spendiert von der Kreisgemeinschaft, war dann Zeit für Gespräche und geselliges Beisammensein.

Ein gelungenes Jubiläumskreistreffen in unserer Patenstadt Münster geht zu Ende und ich danke allen Teilnehmern und Vorstandsmitgliedern für die Mithilfe.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Trauer um Ursula Bayer

Am 28. September verstarb unser langjähriges Vorstands- und Kreistagsmitglied Ursula Bayer. Ihr Tod reißt eine große Lücke. Ursula Bayer wurde am 20. Juli 1926 als älteste Tochter von Herta und Otto Kampf in Gerdauen geboren. Ihr Vater besaß einen Betrieb für Maschinenbau und Elektrotechnik. Sie heiratete 1946. Aus dieser Ehe entstammen ihre Tochter Harda und ihr Sohn Frank. Die Ehe endete 1957 mit dem frühen Tod ihres Mannes. 1981 heiratete sie Heinz Bayer, der 2002 verstarb.

Ursula Bayer war seit 1960 Mitglied in der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen. Ab 1972 wurde sie als Kirchspielvertreterin von Gerdauen aktives Mitglied im Kreistag. Seit 1990 gehörte sie dem Vorstand an, den sie 1999 aus Altersgründen verließ. 2002 mit ihrem Ausscheiden als Kirchspielvertreterin wurde sie in den Ältestenrat aufgenommen.

Als waschechte Ostpreußin und Gerdauenerin interessierte sich Ursula Bayer bis zuletzt für alles rund um die Heimatkreisgemeinschaft. Von 1991 bis 1996 führte sie die Kasse. Ihr Hauptaugenmerk legte sie zusammen mit ihrer Schwester Christel auf das Einsammeln von Spenden. Sei es für den Kirchturm in Gerdauen oder für die komplizierte Operation eines russischen jungen Mannes aus Gerdauen in Kiel. Auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand gestaltete Ursula Bayer federführend die jährlichen Hauptkreistreffen bis 2006. Ihr Rat war uns jederzeit willkommen. Ihre geradlinige Art brachte ihr viele Freunde ein. Wir werden mit Hochachtung an Ursula Bayer zurückdenken und sagen Danke für all das, was sie uns und unserer Heimat Ostpreußen gegeben hat. In unserem Herzen lebt sie weiter.

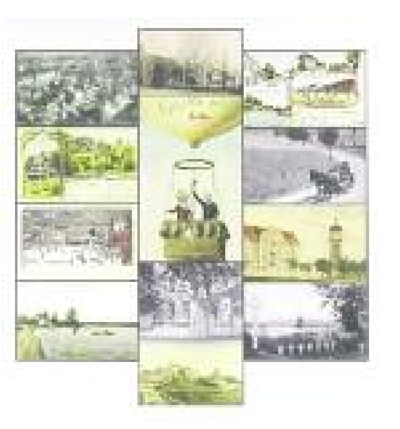


GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Neuer Kalender

Wie schon in diesem Jahr lädt der Goldap-Kalender 2015, bebildert mit Motiven von historischen Ansichtskarten, koloriert und schwarzweiß aus der „Schatztruhe“ unseres Bildarchives, zur Reise durch Stadt und Kreis Goldap. Begleitende Worte wurden mit viel Gefühl für Zeit und Raum ausgesucht. Der Kalender ist im DIN A4 Format. Zu bestellen ist er bei: Brigitte Karow, Rosenweg 3, 21423 Winsen/Luhe, Telefon (04171) 61756, E-Mail: verkauf@goldap.de, Preis: 10,95 Euro plus Versandkosten.



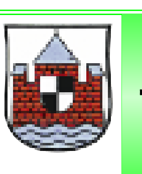
Die Kalendermotive Bild: Karrow

RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Neuer Ortsvertreter

Für die Verstorbene Ortsvertreterin von Jankenwalde, Lore Pawlowski, Hamburg, wird Edwin Blonske, Krefeld, das Amt als Ortsvertreter übernehmen. Die Kreisgemeinschaft dankt Herrn Blonske für seine Bereitschaft zur Mitarbeit.

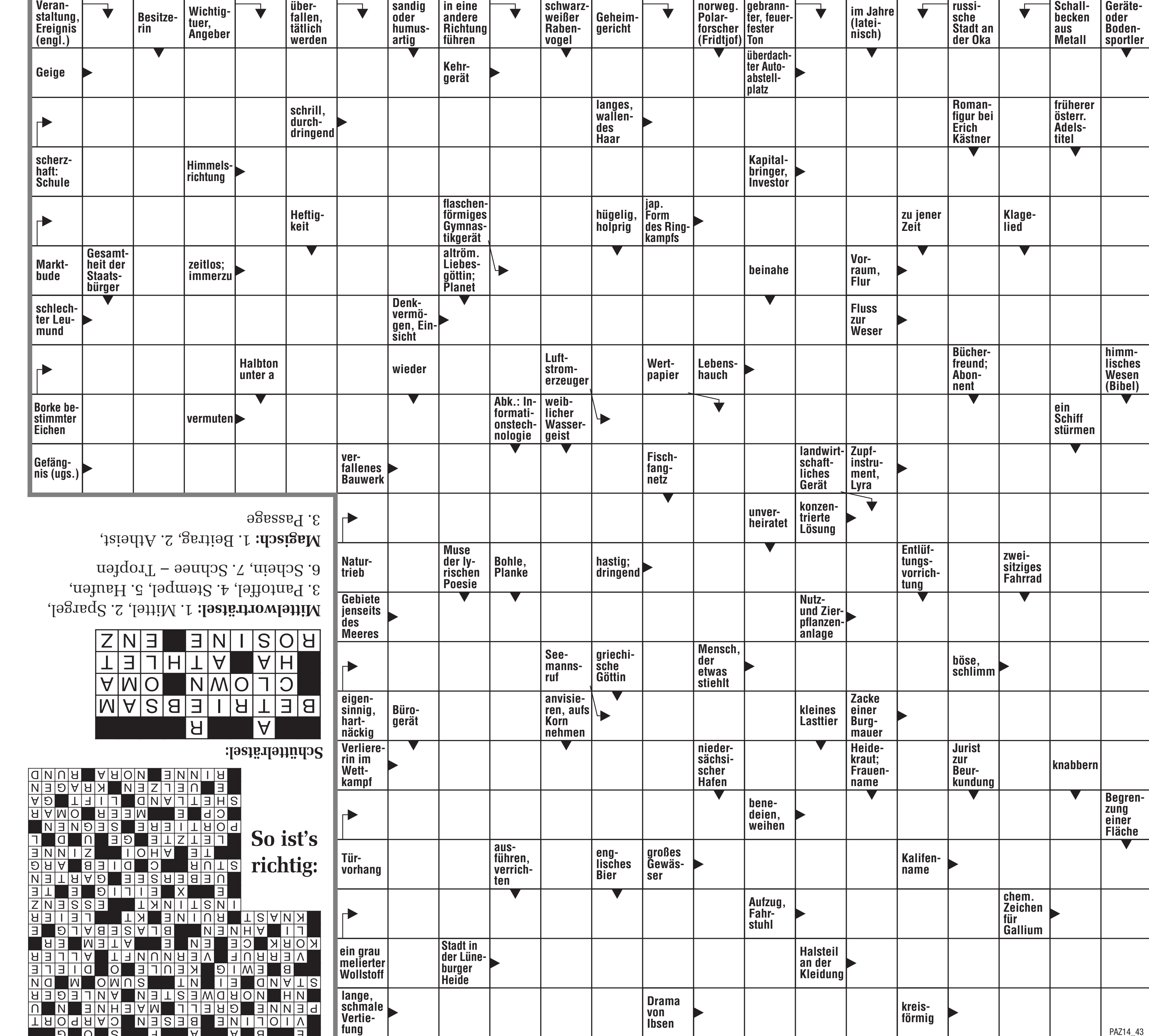


TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Schultreffen

Realgymnasium/Oberschule für Jungen zu Tilsit: Das nächste Schultreffen wird im Mai 2015 wieder im Altstadthotel, Dortusstrasse 9-10, 14467 Potsdam stattfinden. Telefon (0331) 284990, Fax: (0331) 2849930, E-Mail: Altstadthotel@tnp-online.de. Anmeldungen bis zum 30. Januar 2015 unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2015“. Das Treffen beginnt am Samstag, 16. Mai, um 15.30 Uhr. Für die nächsten Tage sind Dampferausflug, Busrundfahrt und Besichtigung des Neuen Palais Sanssouci vorgesehen. Abreisetag ist Dienstag, 19. Mai. Auf ein Wiedersehen freut sich Gerhard Pfiel, der stellvertretende Schulsprecher.



Schüttelrätsel

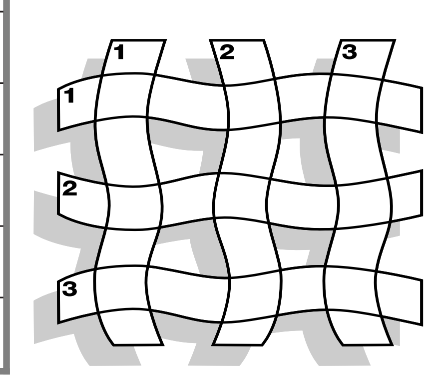
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABBEE IMRST	CEHO		AALST	AINW		EENRT	ELOS	AEMN	AMTZ
CLNOW						AMO			
EINO RS			AEHL TT						
						ENZ			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine kleine Flüssigkeitsmenge.

1	DRUCK		PUNKT
2	STANGEN		BEET
3	FILZ		HELD
4	POST		KISSEN
5	STROH		WEISE
6	MOND		HEILIG
7	PULVER		MANN



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Mitgliedszahlung
2 Gottesleugner
3 Durch-, Überfahrt

2000 Ostpreußen in Rostock

Es war einfach nur schön! – das 19. Landestreffen der Landsmannschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Weithin sichtbar grüßten große Ostpreußenfahnen vor der Stadthalle die 2000 Besucher des 19. Landestreffens der Ostpreußen am 27. September 2014. Die landesweite Veranstaltung findet seit 1996 im jährlichen Wechsel auch in Schwerin und Neubrandenburg statt – in Rostock jetzt zum siebten Mal.

Die Organisatoren hatten kräftig eingeladen und alles gut vorbereitet. 40 Helfer aus Anklam, Rostock und Neubrandenburg sorgten für einen reibungslosen Ablauf. Mit Bussen reisten wieder ganze Heimatgruppen an, viele Autos reihten sich auf den Parkplätzen, einige sogar aus Hamburg, Kiel, Leipzig, Köln und Stuttgart.

So füllte sich die große Stadthalle bis hinauf zu den Rängen. Mit großen Tafeln waren die Tische aller 40 ostpreußischen Heimatkreise ausgeschildert – von Memel bis Neidenburg, von Elbing bis Goldap. Dazu lagen Besucherlisten aus, die das Auffinden anhand der Eintragungen erleichterten. Die weiteste Anreise mit 85 Jahren hatte Gerhard Weiss aus Swakopmund inNamibia, der bis 1948 bei Laukischken im Kreis Labiau lebte. Wie er nahmen 300 Gäste erstmals am Landestreffen teil. Radio M-V und das Nordmagazin des NDR sendeten jeweils kurze Berichte.

Zum Auftakt intonierte das Blasorchester der Hansestadt Rostock einen Festmarsch. Sichtlich erfreut über die vielen Besucher eröffnete Landesvorsitzender Manfred Schukat dann das nunmehr 19. Treffen. Er hieß alle Teilnehmer und Ehrengäste herzlich willkommen, darunter fast 100 Landsleute aus allen drei Teilen Ostpreußens. Unter preußischen Marschklängen und mit stehendem Applaus begrüßt, zogen 66 Heimatfahnen feierlich in die Halle ein. Fast alles waren Geschenke der polnischen, russischen und litauischen Verwaltungen in Ostpreußen, welche die alten deutschen Wappen wieder verwenden.

Das geistliche Wort sprach Propst Gerd Panknin vom Pommerschen Evangelischen Kirchenkreis über das „Dennoch des Glaubens“ (Psalm 73, 23). Er erinnerte an eine alte Ostpreußin, die aus dem Vertrauen zu Gott bis zuletzt ihre Kraft und Hoffnung schöpfte. So kann man sogar seinen Feinden vergeben und ist offen für neues. Zum Vaterunser und Totengedenken, begleitet vom Orchestersatz „Ich bete an die Macht der Liebe“, erhoben sich dann die Teilnehmer und stimmten in das Ostpreußenlied ein.

Der Bundessprecher der landmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, erlebte zum dritten Mal ein Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern mit.

Nach vielen Jahren endlich das Grab des Vaters entdeckt

Auch er freute sich über den hervorragenden Besuch und sparte nicht mit Anerkennung. In seiner Festrede rief Grigat die Ostpreußen auf, der Heimat treu zu bleiben und ihr Wissen an Kinder und Enkel weiterzugeben, denn nur so hat Ostpreußen Zukunft. Es folgten offizielle Grußworte des Bundestagsabgeordneten Peter Stein und des Landtagsabgeordneten Torsten Renz, der seinen Vater aus Ortelsburg mitgebracht hatte. Beide Politiker lobten das Treffen und die Verständigungsarbeit der Ostpreußen.

Justizministerin Uta-Maria Kuder hatte als Schirmherrin das Landestreffen gefördert, ihre Grüße überbrachte Ministerialdirigent Ulrich Hojczyk aus Schwerin. Fred Mrotzek von der Universität Rostock trug seinen Protest gegen die Ilja-Ehrenburg-Straße vor, die in Rostock immer noch den Namen dieses sowjetischen Hasspropagandisten trägt. An die friedliche Wende vor 25 Jahren, ohne die es solche Treffen nicht gäbe, erinnerten Heinrich Hoch und Barbara Ruewicz vom deutschen Dachverband südliches Ostpreußen. Herzliche Dankesworte der Memelländer fand Magdalena Piklaps. Von der Kriegsgräberfürsorge gab es eine Auszeichnung, weil die Ostpreußen aus Mecklenburg-Vorpommern dieses Jahr wieder 20 Kriegsgräberstätten im Osten besuchten. Der Volksbund sammelte 1600 Euro Spenden ein. An seinem Info-Stand erfuhr zum Beispiel Siegfried Laszus aus Barth endlich, wo das Grab seines Vaters ist. Den Reigen der Grußworte beschloss in unverfälschtem Ostpreußisch Paul Gollan aus Bischofsburg. Er bewirtschaftet dort den elterlichen Hof und hat 1991 den ersten deutschen Verein südliches Ostpreußen gegründet..

Noch am Vormittag eröffnete der russische Kant-Chor Gumbinnen das ostpreußische Kulturprogramm mit deutschen und russischen Chorälen. Dicht umlagert wurden die Anklamer Verkaufsstände mit Heimatbüchern und Landkarten. 6000 kleine und 300 große Flaschen Bärenfang wurden umgesetzt und damit ein Teil der Unkosten bestritten. Den Nachmittag moderierte Heimatsänger Bernstein. Erstmals trat das Mecklenburg-Pommeraner Folkloreensemble Ribnitz-Damgarten bei den Ostpreußen auf. 50 Kinder, Jugendliche und Erwachsene begeisterten die Besucher eine Stunde lang mit den schönsten Volkstänzern der Region.

Aber auch die deutschen Vereine aus Ostpreußen hatten kurze Programme einstudiert. Mit Chorliedern und dem Gumbinner Tanz grüßten die Landsleute aus Heydekrug und Memel, Lötzen und Heilsberg. Viel Applaus erhielt auch die Tanzgruppe SAGA aus Bartenstein in ihren ostpreußischen Trachten. Für Hochstimmung sorgte dann der Shanty-Chor „De Klasshahns“ aus Rostock. Zu seinen schönen Liedern von Heimat und Meer bildete sich eine endlose Polonäse durch den Saal, der sich spontan viele begeisterte Landsleute anschlossen.

Zum großen Finale stimmten sämtliche Mitwirkende auf der mit leuchtenden Sonnenblumen üppig geschmückten Bühne schließlich noch einmal gemeinsam mit den Gästen das Ostpreußenlied an und reichten sich zum Zeichen der Verbundenheit die Hände. Manfred Schukat dankte allen fleißigen Helfern und lud die Ostpreußen zum 20. Landestreffen in der Kongresshalle Schwerin am 26. September 2015 ein.

So ging ein Tag zu Ende, der den Ostpreußen viel gegeben hat: große Wiedersehensfreude, neue Kontakte und viele Anregungen. Messen und zählen lässt sich das sicher nicht – es war einfach nur schön. *Friedhelm Schülke*



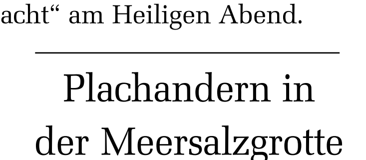
Bei seiner Eröffnungsrede: Manfred Schukat Bild: privat



Die Stadthalle in Rostock: aus Hamburg, Kiel, Leipzig, Köln und Stuttgart reisten die Besucher des Landestreffens an. Ein Teilnehmer kam sogar aus Namibia Bild: privat

Weihnacht in Bad Pyrmont

Vom 19. Dezember 2014 bis zum 2. Januar 2015 bietet das Ostheim in Bad Pyrmont zum letzten Mal eine Weihnachtsfreizeit für Senioren an. Das abwechslungsreiche Programm reicht vom morgendlichen Singen, der Gymnastik oder einer Dia-Meditation nach dem Frühstück über kleine Spaziergänge, einen ostpreußischen Filmabend, Basteln und Lesungen bis hin zur „Hausweihnacht“ am Heiligen Abend.



Plachandern in der Meersalzgrotte

Auch der Jahreswechsel wird gemeinsam begangen, und zu allem gibt es natürlich echt ostpreußische Küche inklusive lekkerer Festessen zu den Feiertagen. So findet wohl jeder Gast etwas Passendes zu seiner Unterhaltung und wenn es auch nur das Plachandern mit Landsleuten aus der Heimat ist. Auch Wellness und Gesundheit müssen nicht zu kurz kommen: In der Hufeland-Therme können die Teilnehmer der Weihnachtsfreizeit die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in unterschiedlichen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Kulturangeboten und dem Weihnachtsmarkt zum Bummeln und Genießen ein.

Für diese 14-tägige Weihnachtsfreizeit stehen noch Einzelzimmer zum Preis von 690 Euro und Doppelzimmer zum Preis von 600 Euro pro Person zur Verfügung. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit allen Festmenüs, Hausweihnacht und Silvesterfeier und die Gästebetreuung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen bitte nur schriftlich. Sie gehen an: Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 936-10, Fax (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de. Der Anmeldeschluss zur Weihnachtsfreizeit ist der 5. Dezember.

Wie die Furien

Frauen können härter zuschlagen, als man denkt – Hohe Dunkelziffer männlicher Opfer von weiblicher Gewalt

Häusliche Gewalt von Frauen an Männern ist ein Tabuthema. Denn Männer schweigen meist aus Scham. Außerdem ist die Vertauschung der Opferrolle in unseren vom Feminismus beherrschten Zeiten kein Thema, über das man zu sprechen wagt.

Dass Männer gegenüber Frauen und junge Mädchen übergriffig werden, sie sexuell nötigen oder zu Schlimmerem zwingen, ist allgemein als Problem anerkannt. Wie sieht es aber im gegenteiligen Fall aus? Der ist immer noch tabu und wird oft sogar als witzig oder für den Mann bereichernd gesehen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Für Männer sind sexuelle Übergriffe genauso belastend wie für Frauen. Also schweigen die meisten und kauen still und leise auf ihren Erfahrungen herum.

Das ändert sich gerade. Denn mittlerweile mag sich eine wachsende Zahl von Männern nicht mehr mit der Rolle des stillen Dulders begnügen. Markus A. ist einer von ihnen. Er lebt und arbeitet in Lübeck, formuliert klar und präzise und vor allem ohne Dramatisierung oder Pathos. Körperlich eingeschränkt durch eine Mehrfachbehinderung, kann er nur in einer entsprechenden Einrichtung arbeiten.

Bis 2009 war er Werkstattmitarbeiter in einer großen kirchlichen Behinderteneinrichtung in Lübeck. Hier arbeiteten Behinderte und Nicht-Behinderte zusammen. Ein Teil der Behinderten war zudem nicht voll steuerungsfähig und musste deswegen vom Fachpersonal angeleitet und überwacht werden. Die Werkstatt selbst fertigte feinmechanische und elektronische Geräte etwa für die Medizintechnik an.

Markus A. war in dieser Einrichtung über rund fünf Jahre sexuell motivierten Belästigungen und Übergriffen einer Behinderten ausgesetzt. Die junge Frau saß im Rollstuhl und hatte sich in ihn verguckt. Sie suchte seine Nähe und schuf immer wieder Situationen, in denen sie mit ihm alleine war. Hinzu kamen drastische sexuelle Avancen. „Sie ging sehr offen auf mich zu“, erzählt A. „mit Sätzen wie ‚Na, willst du Sex?‘.“ Die junge Frau verfolgte ihn bei seiner Arbeit durch das Gebäude und hielt ihn auf, indem sie ihm den Weg blockierte. „Im Keller waren die Gänge zum Teil so eng, dass ich nicht an ihr vorbeikam, ohne betatscht zu werden“, schildert Markus A. die Situation. Außerdem reagierte sie aggressiv auf Zurückweisung: „Ich krieg‘ dich ja sowieso, hieß es dann“, erinnert sich A, „einmal hat sie sogar versucht, die Tür aufzubrechen, um zu mir zu kommen.“

Er hat sich von Anfang an gewehrt. Allerdings reagierten die Verantwortlichen auch dann nicht, wenn die Übergriffe vor Zeugen stattfanden. Die Frau selbst reagierte aggressiv auf Zurückweisungen und beschuldigte Markus A. in Gegenwart des Leiters der Einrichtung, sie zu belästigen. Ihm riet man, sich körperlich zu wehren, aber das tat er aus guten Gründen nicht. Denn einmal verlor er tatsächlich die Beherrschung und trat ihr gegen den Rollstuhl. Er wurde sofort gemaßregelt.

Markus A. suchte vergeblich Unterstützung. Die Beschwerdestelle verwies ihn an den Werkstattrat. Die Gleichstellungsbeauftragte der Einrichtung wollte nichts mit seinem Problem zu tun haben. Auch die Kripo schickte ihn weg. Im Mai 2009 wurde ihm wegen angeblicher Fehlzeiten gekündigt. Danach war er zweieinhalb Jahre arbeitslos, bis man ihm eine Praktikumsstelle in der Hauswirtschaft anbot. Das Praktikum führte zu einer Festanstellung.

Für Markus A. bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Für ihn ist die Kündigung ein Willkürakt. Er fühlt sich von den Verantwortlichen im Stich gelassen.

Man mag ihn als Einzelfall einstufen. Denn er kommt sozusagen aus dem Dunkelfeld in ein anderes Dunkelfeld. Sexuelle Gewalt gegen Männer wird erst in jüngerer Zeit als Problem wahrgenommen; Forschung, Therapie und auch die Ahndung derartiger Straftaten stehen erst am Anfang. Dort, wo etwas geschieht, geht es um pädophile Täter und ihre Opfer, denn dort sieht auch die Öffentlichkeit hin. Und als Täter werden in erster Linie Männer wahrgenommen, Frauen so gut wie nie. Das ist das erste Dunkelfeld. Das Dunkelfeld im Dunkelfeld umfasst sexuelle Übergriffe in Behinderteneinrichtungen. Hier stößt oft schon das Eingeständnis, dass Behinderte sexuelle Wesen sind, auf Widerstand, und sei es nur, weil die Triebe die bürokratischen Abläufe konterkarieren. Wenn hier geforscht wurde, dann primär mit Blick auf weibliche Opfer und Täter aus dem Kreis der Betreuer. Erst danach kamen Täter, die selbst behindert sind, in den Blick, Täterinnen dagegen so gut wie nicht.

Obwohl es sie gibt. Im Nachbarland Österreich hat man das Problem untersucht. Eine im Auftrag des Ministeriums für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz durchgeführte Studie von 1997 beschäftigte sich mit „Sexualisierter Gewalt im behinderten Alltag“ und betrachtete hier Jungen und Männer als Täter wie als Opfer. 117 Männer wurden befragt, 78 von ihnen berichteten von sexuellen Übergriffen. Alle hatten mindestens einen erlebt, viele zwei und mehr. Die meisten Täter waren andere Männer, aber 22 Prozent der Übergriffe wurden von Frauen begangen. Die meisten Übergriffe durch Frauen fanden im Wohnheim, in einer Werkstatt oder einer Therapieeinrichtung statt; Täterinnen waren entweder andere Behinderte oder auch Angehörige des Personals.



Gleich knallt’s: Viele Männer setzen sich nicht zur Wehr, weil sie Frauen niemals schlagen würden Bild: action press

Von den 117 Männern wurden acht tatsächlich von Frauen zu sexuellen Handlungen gezwungen; in den anderen Fällen bestanden die Übergriffe in obszönen oder herabsetzenden Bemerkungen mit sexuellem Inhalt, unerwünschte Berührungen im Intimbereich, oder in Versuchen, jemanden zu sexuellen Handlungen zu überreden oder zu zwingen.

Konsequenzen für die Täter und Täterinnen gab es in der Regel kaum; der eine oder die andere wurde „ausgeschimpft“, aber das lassen schon zwölfjährige Schulhofschläger routiniert an sich abperlen. Die Verantwortlichen beschönigten die Vorkommnisse, wer eine Leitungsfunktion innehatte, verwies auf die Untergebenen. Übergriffe von Männern gegen Männer wurden achselzuckend als die unter Männern leider normale Gewalttätigkeit kleingeredet, Übergriffe von Frauen als Spinnerei abgetan. Die Opfer mussten also oft weiterhin mit den Täterinnen arbeiten oder sogar unter demselben Dach leben.

Haben es also schon normale Männer, die Opfer von Übergriffen wurden, schwer, Hilfe zu finden, so ist das für behinderte Männer beinahe ein Ding der Unmöglichkeit. Zumal es kaum Hilfseinrichtungen gibt, die für diese Problematik offen sind. Eine der wenigen Einrichtungen in Deutschland ist die Hamburger Opferhilfe, die nicht nur Opfer von sexuellen Übergriffen betreut. Die Traumatherapeuten begleiten Opfer von Verbrechen oder Unfällen, aber auch Zeugen und Angehörige.

Etwa ein Viertel der Klienten sind Männer. Von denen kommt nur ein kleiner Teil, weil er Opfer sexueller Gewalt geworden ist. Viele Opfer schweigen lieber – aus Scham, aus Angst, für schwach und unmännlich gehalten zu werden. Die meisten von ihnen sind als Jungen missbraucht worden – meist von anderen Männern. Im vergangenen Jahr berichteten drei Klienten von Übergriffen durch Frauen. „Viele Männer, die in Kindheit und Jugend Missbrauch erlebt haben, sprechen nicht darüber“, sagt der Traumatherapeut Sigurd Seddies.

Das gilt erst recht für erwachsene Männer. Die Angst, Schwäche einzugestehen, Hilflosigkeit und dann lächerlich gemacht zu werden oder selbst zum Schuldigen gestempelt zu werden, ist immer noch zu groß. Mehr noch: „Männer, die nicht aggressiv reagieren wollen, haben Schwierigkeiten, mit ihren Problemen ernst genommen zu werden“, sagt Seddies. Es kann vorkommen, dass diese eigentlich vernünftige Haltung Übergriffe und Aggressionen durch Frauen eher befördert.

Die Hamburger Opferhilfe sucht mit ihren Klienten, forscht nach Auswegen, aber auch danach, was eine Therapie leisten könnte. „Es ist notwendig, dass Männer den Mut finden, sich Hilfe zu holen“, meint Seddies, „das hat Vorbildfunktion für andere Männer.“ *Friedrich List*

Es hagelt Nüsse

Unter Kastanien sollte man die Köpfe einziehen – Schädlinge setzen den Bäumen zu

Geht jemand in diesen Tagen unter einer Kastanie entlang, ist er gut beraten, einen Kopfschutz zu tragen. Die bei Wind herabregnenden Kastaniennüsse könnten sonst schlimmen Kopfschmerz verursachen. Dabei glänzen die Früchte wunderschön, wenn sie aus ihrem Stachelkleid auf die Erde knallen. Die Rosskastanie, so heißt sie botanisch, ist wahrscheinlich unser prachtvollster und schönster Baum. Im Winter schon sprießen klebrige große Knospen. Klebrig deshalb, weil der Baum an den Stellen Harz ausscheidet.

Im April falten sich dann die gefingerten Blätter auseinander. Wie unzählige Hände winken sie dem Frühlingswind entgegen. Wenn der Mai kommt, ist es mit der Pracht kaum noch auszuhalten. Ein Blütenmeer breitet sich über den ganzen Baum aus. Hunderte Blütenkerzen stehen wie aufgesteckt auf der Baumkrone und strahlen in der Sonne.

Wenn die Blüten sich öffnen, leuchtet ein gelbes Mal an den beiden oberen Kronblättern. Man nennt es „Saftmal“. Das lockt die Insekten an. Denn die wissen, dass man hier Nektar sammeln kann. Gleichzeitig bestäuben die Insekten dabei die Blüten. Einige Tage später verändert sich die Farbe des Fleckes und wird leuchtend rot. Wieder ein Signal an die Insekten. Hier gibt es keinen Nektar mehr. Den Sommer über spendet der Baum viel Schatten.

Der Baum kann 300 Jahre alt werden und erreicht eine Höhe von bis zu 30 Metern. Bierbrauer pflanzten oft über ihre Bierkeller Kastanien, weil die nur flache Wurzeln haben, den Boden aber schön kühl und feucht halten. Das war günstig für das Bier. Erst später stellte man unter die Kastanien Tische und Bänke, um das Bier zu verkaufen. So entstanden viele gemütliche Biergärten.



Rösser mögen Rosskastanien Bild: Friedrich

Der Baum macht in jeder Jahreszeit viel Freude. Im Herbst geht es richtig los, wenn sich aus den Blüten die glänzenden Früchte entwickelt haben. In einer Kapsel mit stacheliger Hülle sitzen ein bis drei braune Samen. Sie sehen aus wie poliert. Rund, glatt und angenehm fühlen sie sich an. Kinder möchten dann am liebsten sofort anfangen, etwas daraus zu basteln.

Dabei gibt es die Kastanie hier bei uns noch gar nicht so lange. Ursprünglich stammt sie aus den Mittelgebirgen Griechenlands, Albaniens und Mazedoniens. Erst im 16. Jahrhundert pflanzte der Direktor der botanischen Gärten in Wien die Rosskastanie erstmals an. Von dort aus breitete sie sich dann schnell in ganz Europa aus.

Die Silbe „Ross“ stammt wahrscheinlich von ihrer heilenden Wirkung bei Pferdekrankheiten. Wenn die „Rösser“, also die Pferde, Husten hatten oder von Würmern befallen waren, gab man ihnen eine Tinktur aus Kastanien. Blätter, Blüten und Früchte benutzen Menschen auch zur Herstellung von Medikamenten. Jedoch ist die Rosskastanie ungenießbar und sogar leicht giftig. Die Bäume gehören zur Familie der Seifenbaumgewächse.

Seit einigen Jahren haben es unsere prächtigen Rosskastanienbäume schwer. Die Raupen der Miniermotte ernähren sich von Stoffen, die in den Blättern des Baumes vorkommen. Die Larven fressen sich durch die Blätter und die sterben schnell ab und werden schon im Sommer braun. Helfen kann man den Bäumen nur, indem man im Herbst das Laub sammelt und abtransportiert. Es muss vergraben oder verbrannt werden. Sonst können wieder neue Larven schlüpfen und den Bäumen sehr schaden.

Obwohl die Ess-Kastanie unserer Rosskastanie ähnlich sieht, haben beide Arten nichts miteinander gemein. Die Maronen genannten Früchte stecken zwar auch in einer stachligen Kapsel. Es handelt sich aber hierbei um ein Buchengewächs. Oft sieht man auf den Weihnachtsmärkten Stände, wo heiße Maroni verkauft werden. *Silvia Friedrich*

Fürs Leben sparen

Bald ist Weltspartag – Werbeidee der Banken

Dass Geld nicht stinkt, geht auf eine Behauptung des römischen Kaisers Vespasian (9–79 n. Chr.) zurück. Dieser erhob eine Latrinensteuer auf öffentliche Toiletten, um die Staatskassen zu füllen. Üblich war es in Rom, Urin in Amphoren zu sammeln. Dass sich daraus bildende alkalische Ammoniak verwendete man für die Ledergerbung. Wer heute an einem Bündel gebrauchter Geldscheine schnuppert, merkt auch, dass die nicht gut riechen. Klar, sie gingen ja auch durch viele Hände. Aber im übertragenen Sinne gilt die Redewendung noch immer.

> Sparkassen-Initiative entstand vor 90 Jahren

Nicht aus der Zeit der Römer, sondern viel jünger, ist der alljährlich an einem Tag in der letzten Oktoberwoche stattfindende Weltspartag. Dieser wurde erstmals vor 90 Jahren auf dem 1. Internationalen Sparkassenkongress, einer Weltvereinigung der Sparkassen, am 25. Oktober 1924 in Mailand von 29 Ländern beschlossen. Der Zeit geschuldet, wollte man die Bedeutung des Sparens mehr ins Bewusstsein rücken. Damit der Tag nicht mit dem Reformationstag, der in einigen Bundesländern Feiertag ist, kollidiert, legt man ihn auf den letzten Arbeitstag vor dem 31. Oktober. Denn die Sparkassen sollten natürlich geöffnet haben.

Besonders Kindern schenken die Geldinstitute am Weltspartag Spardosen, um deren Verhältnis zum Geld frühzeitig in bankenfreundliche Bahnen zu lenken, sprich Sparkonten anzulegen. Hierfür erklären die Kreditinstitute sogar die letzte Oktoberwoche zur Sparwoche. So banal wie logisch: Dass wir mit Münzen Dinge erwerben können, funktioniert nur, weil ein Gesetz das bestimmt und unter uns die Abmachung gilt, dass man für Geld etwas kaufen kann.

Trotz Scheck- oder Kreditkarten und dem „unsichtbarem Geld“ auf den Bankkonten spielt Bargeld immer noch eine große Rolle. Beim täglichen Einkauf achten sparsame Menschen oft auf den letzten Cent. Und trotz Weltspartagsidee der Banken trauen vor allem ältere Menschen den Bankkonten nicht. Sie horten ihr Erspartes lieber zu Hause. *S.F.*

Verlorene Verantwortung

Warum die Krisen zunehmen

Zehn Professoren aus Deutschland – allesamt anerkannte Kapazitäten auf dem Gebiet der Medizin, Ethik, Psychologie, Theologie, Finanz- und Wirtschaftswissenschaften, Biologie und Biophysik, Informatik sowie Rechtswissenschaft – sind fest davon überzeugt, dass unsere Zivilisation kurz vor dem Zusammenbruch steht. Und irgendwie scheinen sie auch recht zu haben: Wir werden tatsächlich von diversen Kräften fremdbestimmt, die alles andere wollen als unser Wohl. Wir laufen wirklich immer mehr Gefahr, unsere Identität zu verlieren – manche wissen ja inzwischen schon nicht einmal mehr, ob sie Männlein oder Weiblein sind. Und wir stehen zweifellos vor einer gigantischen ökonomischen und finanziellen Blase, die jederzeit platzen kann.

Die Ursache hierfür sehen die Verfasser um den Wirtschaftsethiker Hans-Joachim Hahn und den Theologen beziehungsweise Juristen Lutz Simon darin, „dass der Einzelne oft keine Verantwortung mehr spürt gegenüber Gott, seinem Land, seinem Heimatort, seiner Familie“. Diese dezidiert religiöse Sichtweise resultiert aus der Zugehörigkeit zum „Professorenforum“, einem christlich orientierten Netzwerk von Hochschullehrern. Aber im Prinzip kann man hier auch als Atheist oder Andersgläubiger zustimmen: der derzeitige „Kultur-Abort“, der sich unter anderem in der Political Correctness und dem Gender Mainstreaming, der staatlichen Regelungswut sowie der Erosion der Grundrechte und dem Verlust einer allgemeinverbindlichen Wertebasis manifestiert, ist auf jeden Fall das Ergebnis fehlenden Verantwortungsgefühls bei all den vielen kleinen und großen Entscheidungsträgern.

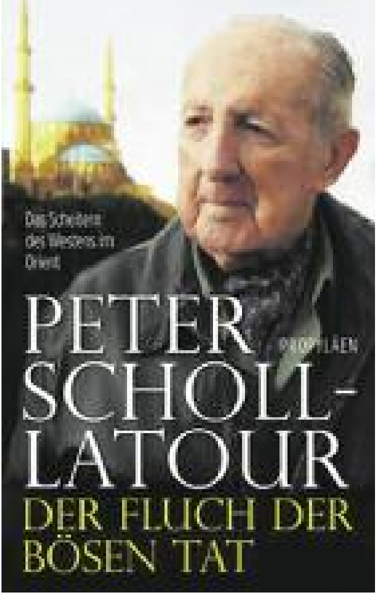
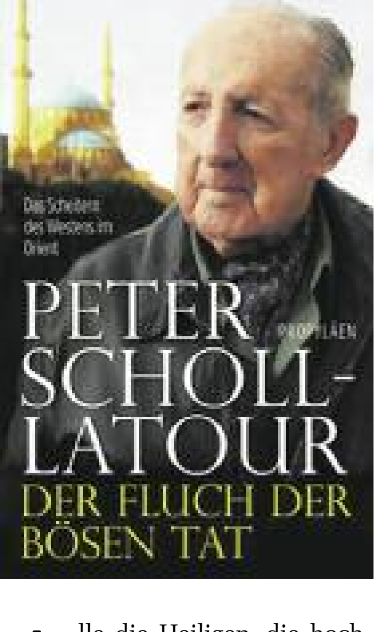
In der detaillierten Diagnose liegt dann auch der Wert des Bandes, das heißt, die Kritik an der Verkommenheit der gegenwärtigen Zustände ist kompetent wie messerscharf und greift alle wesentlichen Aspekte des „Höllensturzes“ der Menschheit auf.

Anders verhält es sich hingegen mit dem schon im Buchtitel angekündigten Versuch, Hoffnung zu vermitteln. Wie könnten wir denn nun den Kollaps überleben, der nach Lage der Dinge unausweichlich ist? Welche realisierbaren Gegenentwürfe zum derzeitigen System sind aus fachwissenschaftlicher Sicht denkbar? Hierzu bietet der Band leider nur bereits sattsam bekannte Formeln, die im Übrigen alle erst im 13-seitigen Nachwort präsentiert werden: Die Rettung liege in einer „Kultur der Selbstverantwortung und gegenseitigen Wertschätzung“, im „Ende der Schuldknechtschaft“, dem „gemeinsamen Engagement für Menschenwürde“, einem „mündigen Gemeinsinn“, der „Hilfe zur Selbsthilfe“, dem „ganzheitlichen Wertebewusstsein“ und natürlich – wie könnte es anders sein – in „Gerechtigkeit“ und „Vergebung“. Was für eine Enttäuschung! Die Menschen, die mit dem heutigen System hadern und es gerne durch etwas Besseres und Zukunftsfesteres ersetzen möchten, wollen doch keine derartig diffusen Allgemeinplätze hören; Sprüche dieser Art werden heute allerorten von den verschiedensten selbsternannten Rettern der Menschheit geklopft. Jetzt, da die Zeiger der Uhr ganz ohne Frage auf fünf vor zwölf stehen, ist die Stunde der konkreten Ideen und Handreichungen für die orientierungslose Masse gekommen. Aber genau daran fehlt es.

Wolfgang Kaufmann

***Hans-Joachim Hahn & Lutz Simon: „Höllensturz und Hoffnung. Warum unsere Zivilisation zusammenbricht und wie sie sich erneuern kann“**, Olzog, München 2013, gebunden, 256 Seiten, 22,90 Euro*

Religiöser Blick auf das Zeitgeschehen

Blinde Brandstifter

Scholl-Latour über die Fehler des Westens im Nahen Osten

Alle die Heiligen, die hochgeachtet philosophierten, sind des Todes Raub. Auch ihre Stimme wird nicht mehr gehört, ihr Mund ist vollgestopft mit Sand und Staub.“ Mit diesem Gedicht des persischen Dichters Omar Khayyam (1048–1131) endet das letzte Buch des renommierten Journalisten und Nahost-Experten Peter Scholl-Latour, der am 16. August dieses Jahres im Alter von 90 Jahren verstarb. Wie gut ist es da, dass der deutsch-französische Publizist kein Heiliger war.

So steht zu hoffen, dass seine Worte auch über seinen Tod hinaus auf offene Ohren stoßen und vielleicht dem einen oder anderen einen Erkenntnisgewinn bescheren, denn Scholl-Latour schwimmt gegen den Strom der aktuellen Nahost-Berichterstattung. Da sein Buch „Der Fluch der bösen Tat. Das Scheitern des Westens im Orient“ seit Wochen die „Spiegel“-Bestseller-Liste anführt, wird er somit noch so manchem an seiner aufschlussreichen Sicht auf die Region teilhaben lassen, und da er ein Mann der klaren Worte ist, sind Fehlinterpretationen unmöglich.

Dabei überrascht Scholl-Latours letztes Werk gleich doppelt. Erstens, weil es so hochaktuell ist, denn der Ukraine-Konflikt und die Ausbreitung des Islamischen Staates werden ausführlich thematisiert. Und zweitens, weil der Autor im vergangenen Jahr im Alter von 89 Jahren noch auf eigene Faust in die Türkei und von da nach Syrien gereist ist, um dort mitten im Krisengebiet unter anderem mit einem hochrangigen Militär der Freien Syrischen Armee zu plaudern. Dieser beklagt, dass er zu spät erkannt habe, nur Schachfigur in einem „großen Spiel“ zu sein.

Die wohl letzte große Recherchereise Scholl-Latours zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch. Immer wieder nutzt er jedoch aktuelle Ereignisse oder Aussagen seiner Gesprächspartner, um auf die Entwicklungen der Vergangenheit und vor allem auf seine beispielsweise bereits in den 50er Jahren in der Region gemachten Erfahrungen zu sprechen zu kommen. Manchmal sorgt dies jedoch für Verwirrung, da man schnell nach einem kurzen Moment der Unaufmerksamkeit den Überblick verliert, ob der Autor gerade über die Gegenwart oder Vergangenheit berichtet. Turbulent und krisenreich sind zumeist beide.

Und stets provoziert Scholl-Latour: „Ich bin mir bewusst, dass ich mich ... dem Vorwurf des Antiamerikanismus aussetze. Aber wir erliegen spätestens seit dem zweiten Irak-Feldzug einer umfassenden Desinformation, die in den USA, Großbritannien und Israel durch perfekt organisierte Institutionen betrieben wird und im Grunde ebenso ernst zu nehmen ist wie die allgegenwärtige Überwachung durch die NSA.“ Der dümmste Ausdruck, den deutsche Journalisten seiner Meinung nach in den vergangenen Monaten eingefallen war, sei „Putin-Versteher“, um jene zu diffamieren, die ein Minimum an Objektivität bei der Beurteilung der russischen Diplomatie einforderten.

Auch findet er es frappierend, dass die USA dank perfekter Spitzentechnologie in der Lage seien, jedes Gespräch ihres Gegners abzuhören und dessen Position zu bestimmen, sich aber gleichzeitig unfähig zeigten, sich in die Mentalität fremder Kulturen hineinzuversetzen. Dieser Unfähigkeit habe Washington in den letzten Jahrzehnten in den Krisenregionen dieser Welt einen Rück-schlag nach dem nächsten eingebracht, wie der Autor anhand vieler Beispiele aus dem Nahen Osten mit Schwerpunkt „Arabischer Frühling“ nachvollziehbar darstellt. Vor allem auf die Situation und Machtverhältnisse in Syrien geht er hierbei differenziert ein, ohne dabei Baschar al-Assad zu verharmlosen, nur sei der eben nicht der Despot, als den ihn der Westen gerne darstelle: „Verglichen mit den Vorzugsverbündeten des Westens – seien es nun Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Emirate oder Kuwait – bot die Hauptstadt Damaskus ein Bild religiöser Toleranz und eines fast westlichen Lebensstils, seit Baschar al-Assad das Erbe seines unerbittlichen Vaters Hafez al-Assad angetreten hatte.“ Der Autor schildert zudem, welche fatalen Folgen das Engagement Frankreichs und Großbritanniens mit Unterstützung der USA in Libyen hatte, das nun ein sogenannter gescheiterter Staat ist.

Am Ende des Buches steht noch das Grußwort von Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt zum 90. Geburtstag von Scholl-Latour am 8. März. Dieser lobt den Autor für seine oft weitsichtigen Prognosen, die oft dem Zeitgeist widersprechen, sich aber am Ende so oft als die richtigen erwiesen hätten. Und auch in seinem letzten Werk bietet Scholl-Latour immer wieder einen Ausblick auf die Zukunft der Region. Man wünscht zwar, dass er dieses Mal falsch liegt, doch leider sprechen die Fakten für den Verstorbenen.

Rebecca Bellano

***Peter Scholl-Latour: „Der Fluch der bösen Tat. Das Scheitern des Westens im Orient“**, Propyläen, Berlin 2014, gebunden, 351 Seiten, 24,99 Euro*

Der Autor kritisiert vor allem die USA

Wenig Rücksicht auf Verluste

Polnische Sichtweise der Westverschiebung Polens

Zu den gravierendsten Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges gehörte die sogenannte Westverschiebung Polens. Es war der ebenso perfide wie brutal exekutierte Plan Stalins, Polens Ostgebiete von 1939 zu annektieren und durch deutsche Gebiete jenseits von Oder und Neiße (Ostpreußen, Westpommern, Ostbrandenburg und Schlesien) zu „ersetzen“. Bis 1949 seien rund 3,6 Millionen Deutsche vertrieben worden; gleichzeitig hätten etwa 1,3 Millionen in Ostpolen lebende Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Wie viel menschliches Leid damit auf beiden Seiten verbunden war, ist nur annähernd für die deutsche Seite, noch kaum für die „Zwangsmigration“ – so der Ausdruck in diesem Buch – auf polnischer Seite erforscht.

Die von Polen mit großer Intensität vorgenommene Inbesitznahme der deutschen Ostgebiete ist Thema des Buches „Polens Wilder Westen. Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung des Oderraums 1945 bis 1948“. Die Autorin Beata Halicka lehrt als Kulturhistorikerin an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder und an der Universität Posen. Ausdrücklich dankt sie ihren deutschen Kollegen bei der Unterstützung für diese Arbeit. Das nach wie vor hochemotionale Thema versucht sie, in nüchterner historischer Analyse und aus der Perspektive beider Seiten aufzubereiten. Sie will „einen Beitrag zur Geschichte der Zwangsmigrationen in Europa im 20. Jahrhundert“ leisten; sie konzentriert sich auf die ersten Nachkriegsjahre, geht aber auch auf deren Vorgeschichte und im Einzelnen dann auf Vertreibung, Umsiedlung, auf das Chaos der ersten Nachkriegsmonate und auf die Jahrzehnte dauernde Integration der Region im polnischen Gesamtstaat ein. Als Quellen dienen ihr neben Unterlagen in polnischen und deutschen Archiven zahlreiche Memoiren polnischer Neusiedler, die in den 1950er Jahren im Rahmen mehrerer Wettbewerbe geschrieben wurden und heute endlich ohne Einschränkung eingesehen werden dürfen.

Dem Thema folgend stehen dabei polnische Absichten und Maßnahmen im Mittelpunkt: „Die Vertreibung der Deutschen aus dem Oderraum ist im Zusammenhang mit den nationalen Interessen nach Kriegskompensation von Polen zu sehen sowie mit den Bestrebungen, einen national homogenen Staat zu schaffen.“

Nicht von ungefähr bürgerte sich seinerzeit für die neuen polnischen Westgebiete der Ausdruck „Wilder Westen“ ein, symbolisierte er doch einerseits Chaos und Rechtlosigkeit in denkbar krassester Form, aber auch Wagemut und Pioniergeist. Es waren „wiedergewonnene Gebiete“, die Polen einst unter den Piasten, also vor 800 Jahren, schon einmal besessen habe und die nun gewissermaßen „heimkehrten“.

Die Autorin nimmt den Leser auf zum Teil atemberaubende Reisen mit: Sie schildert mitfühlend, aber doch relativ knapp die Vertreibung (häufiger: „Aussiedlung“, „erzwungene Migration“) von 3,6 Millionen Deutschen, berichtet vom der Umsiedlung der 1,3 Millionen Ostpolen (auch diese unter mitunter kaum glaublichen Härten und Gefahren), beschreibt den angesichts von Kriegszerstörungen, Plünderungen und sich bis zum Hass steigernden Animositäten unter Neusiedlern schwierigen Wiederaufbau (in Schlesien rascher als an der Oder) und informiert auch über weitere Umsiedlungen etwa von Polen aus den Balkanstaaten.

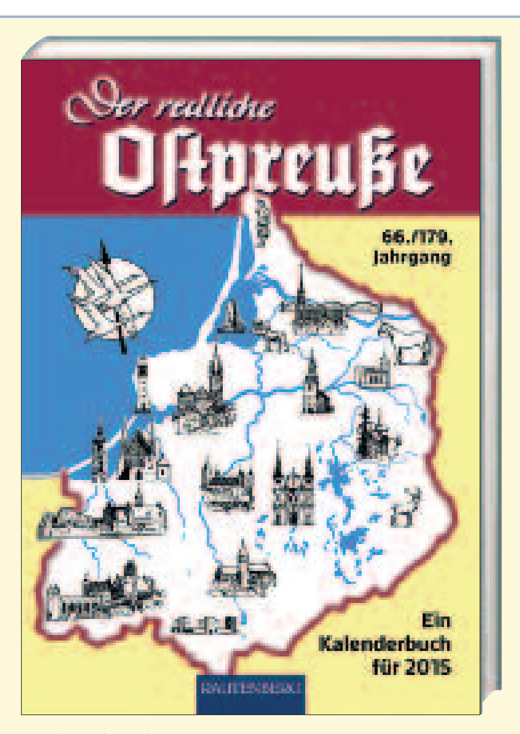
Der anfangs fast machtlosen Regierung in Warschau gelang es nur langsam gegenzusteuern; zynisch könnte man sagen, nur die Vertreibung der Deutschen „gelang“ vollkommen. Die Autorin schreibt, erst in der zweiten und dritten Generation der Neusiedler sei die Integration der neuen Westgebiete im Gesamtstaat halbwegs gelungen. Dabei machten die um 1947 durch brutalen Terror zur alleinigen Macht gelangten Kommunisten selbst später heftig kritisierte Fehler, etwa mit der ab 1948 rigoros vorangetriebenen Kollektivierung der Landwirtschaft und bei der Verstaatlichung großer Betriebe. Sie verlangten von den Neusiedlern patriotische Pflicht; das sollte auch vom Schmerz um die verlorenen Ostgebiete, in denen über Jahrhunderte Ukrainer, Weißrussen, Polen und Litauer zusammenlebten, ablenken.

Für deutsche Leser, zumal für solche, bei denen Flucht und Vertreibung noch immer prägende Lebensabschnitte sind, ist die Lektüre dieses Buches mitunter schmerzlich. Halicka schreibt dazu: „Die Brutalität der wilden Vertreibungen (der Deutschen) kann natürlich nicht gerechtfertigt werden, die ungeheure Dimension der NS-Terrorherrschaft in Polen kann jedoch das Verhalten der polnischen Zivilbevölkerung wenigstens zum Teil erklären.“ Glaubt man der Autorin, so ist auch heute noch in vielen an der Oder lebenden Familien aus Ostpolen die Erfahrung der erzwungenen Aussiedlung lebendig.

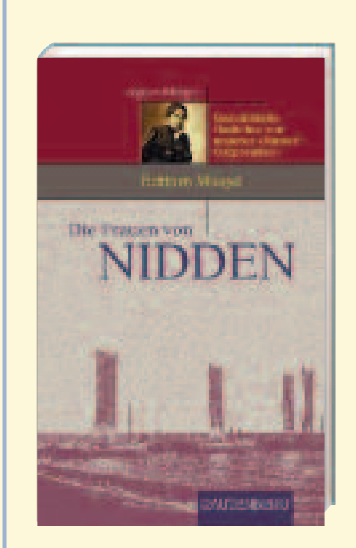
Dirk Klose

***Beata Halicka: „Polens Wilder Westen. Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung des Oderraums 1945 bis 1948“**, Ferdinand Schöningh, Paderborn, geb., 394 Seiten, 29,90 Euro*

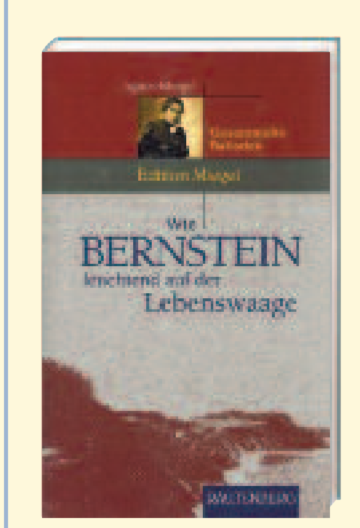
Vertreibung wird zu knapp abgehandelt



Silke Steinberg (Hrsg.)
Der redliche Ostpreuße 2015
Ein Kalenderbuch für 2015
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2015, jetzt mit 144 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten und Architekten sowie Erzählungen und Gedichte von: Charlotte Keyser, Robert Pawel, Emil Guttzeit, Walter von Sanden-Guja, Erhard Riemann, Erich Hannighofer, Hermann Sudermann, Charlotte Wüstendörfer, Hans Graf von Lehndorff, Herbert Meinhard Mühlpfordt, Annemarie in der Au, Heinz Tiessen, Albrecht von Preußen, Agnes Miegel, Gertrud Zöllner-Werner, August Schukat, Gertrud Papendick, Walter Heymann, Klaus Klootboom-Klooweitschen, Hedy Gross, Hannelore Patzelt-Hennig, Hildegard Rauschenbach, Walter Scheffler, Ruth Geede u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 144 Seiten
Nr. P 533170 Gebunden 9,95 €



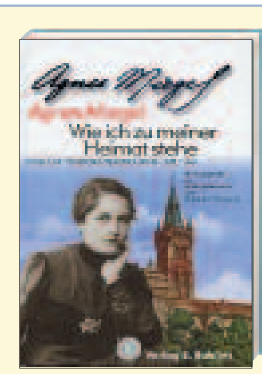
Agnes Miegel
Die Frauen von Nidden
Gesammelte Gedichte unserer Mutter Ostpreußens
In „Die Frauen von Nidden" ist das lyrische Spätwerk der Dichterin versammelt, das autobiographisch mancherlei Aufschlüsse und Erkenntnisse gibt. In den nachgelassenen Gedichten spürt man schmerzvolles Erinnern an die alte Heimat. 264 Seiten/Geb.
Nr. P 1849 12,95 €



Agnes Miegel
Wie Bernstein leuchtend auf der Lebenswaage
Gesammelte Balladen
Die Erneuerung der Ballade war das Werk einer Zwanzigjährigen. Mit Ihren Imaginationen und Geschichten, ihren Balladen und Liedern wurde Agnes Miegel die Dichterin der Bernsteinküste und eine der angesehensten Dichterinnen Königsbergs und Ostpreußens. 264 Seiten/ Gebunden
Nr. P 1798 12,95 €



Agnes Miegel
Alt-Königsberger Geschichten
Zwischen Altstadt, Kneiphof und Löbenicht
Agnes Miegel nimmt uns mit zu den geliebten Stätten ihrer Kindheit. In dreiundzwanzig meisterhaft geschriebenen Geschichten und drei Gedichten lässt sie die versunkene Welt ihrer Heimat in lebendigen Farben kaleidoskopartig auferstehen. Sie nimmt uns mit auf eine Wanderung zu Häusern und Orten, die wir durch ihre lebendige Beschreibung wie durch die Augen eines neugierigen liebenden Kindes betrachten können. Sie erinnert sich an glückliche Kindertage, in denen sie sich bei liebevollen Eltern und Verwandten geborgen wusste, an Ausflüge mit der Familie, die in ihr eine große Liebe zur Natur weckten und an fröhliche Familienfeiern, die sie so lebendig beschreibt, dass man meint, sie selbst mitzuerleben. Durch die Zeilen schimmert aber auch immer wieder der Schmerz um das unwiederbringlich Verlorene: Um die verlorene Stadt Königsberg, das verlorene Land Ostpreußen und die verlorene Zeit. 240 Seiten
Nr. P 533169 Gebunden 12,95 €



Agnes Miegel
Wie ich zu meiner Heimat stehe
Beiträge in der Königsberger Allgemeinen Zeitung" 1926–1932
311 Seiten
Nr. P 5144 Geb. 9,95 €

Zum 1. Oktober 1926 wechselte Agnes Miegel von der „Ostpreußischen Zeitung" als freie Mitarbeiterin zur „Königsberger Allgemeinen Zeitung". Ihre Beiträge umfassten Begebenheiten aus dem Alltag, einfühlsame Natur- und Landschaftsbeschreibungen, interessante Reiseberichte und sachkundige Stadtführungen in ganz Deutschland – Artikel, die nahezu ausnahmslos in der anspruchsvollen Unterhaltungsbeilage der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" erschienen. Die Wiederentdeckung dieser wertvollen Zeitungsbeiträge bedeutet für die Literaturwissenschaft eine kleine Sensation, für die Leser und Verehrer Agnes Miegels ein ganz besonderes Lesevergnügen.



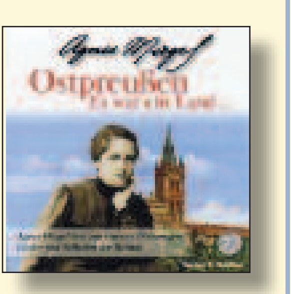
Agnes Miegel
Spaziergänge einer Ostpreußin
Gesammelte Gedichte unserer Mutter Ostpreußens
Von 1923 bis 1926 schrieb Agnes Miegel für die „Ostpreußische Zeitung" die Serie „Spaziergänge einer Ostpreußin". Insgesamt sind 44 Texte erschienen, von denen hier die schönsten und aufschlussreichsten versammelt sind. Sie lassen die untergegangene ostpreußische Welt wieder aufleben. 144 Seiten/Geb.
Nr. P 533128 12,95 €



Hermann Pöking
Ostpreußen
Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1948
Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pölking, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz" macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekannten Filmaufnahmen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschauliche Erzählung eingebettet ist. Die DVD-Box enthält 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memelland".
Nr. P A0769 DVD-Box mit 5 DVDs 39,95 €



Bersteinsplitterkette
Die Bernsteinsplitterkette hat eine Länge von 45 bis 48 cm und besteht aus abgerundeten, verschiedenen cognacfarbigen Bersteinsplittern und kann zu vielen Anlässen getragen werden.
Nr. P A0763 Bersteinsplitterkette 39,90 €



Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 CD 9,95 €



Heimat du Land meiner Sehnsucht
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach
Land der dunklen Wälder, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne u.v.m. (Laufzeit 55 Minuten)
Nr. P A0391 CD 12,95 €



Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Samländer
Alter Aquavit
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5681 15,95 €



Pillkaller
Edel-Machandel
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5696 16,95 €



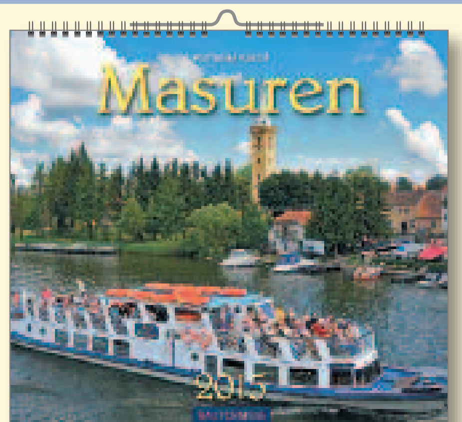
Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 19,95 €



Trakehner Esprit
Edler Reiterschnaps
40 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5703 19,95 €



Ella Brümmer (280 Seiten)
Ein Leben – Zwei Seiten
Glanz und Schicksalsjahre einer Gutsbesitzerin aus Ostpreußen
Ella Ströhmer wurde 1882 am Bärtingsee in Ostpreußen geboren und erlebte hier eine wundervolle Kindheit. Als junge Frau von neunzehn Jahren heiratete sie den Gutsbesitzer Hans Brümmer, wurde Gutsherrin und Mutter von zwei Töchtern. Als ihr Mann im Ersten Weltkrieg eingezogen wurde, musste sie das Gut alleine leiten, was sie mit viel Liebe, Umsicht und Geschick bewerkstelligte. Die Zeit nach dem Ende des Krieges waren geprägt vom Wiederaufbau und wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Sorge um ihren Mann, der krank von der Front heimgekehrt war. Dann kam der Zweite Weltkrieg. Sie hatte die alleinige Verantwortung für das Gut und als die Bedrohung der herannahenden russischen Front begann die Flucht. Die Kraft nicht zu Verzweifeln, schöpfte Ella Brümmer aus ihrem tiefen Gottvertrauen und ihrer Liebe zur Heimat, der sie bis zu ihrem Tod verbunden war.
Nr. P A0778 Gebunden 22,00 €



Kalender Masuren in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Land der kristallenen Seen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535344 Kalender 14,95 €



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 16,95 €



Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 19,95 €



Nawelka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 16,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2015
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen
Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535345 Kalender 14,95 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Bundespolizei fehlen Kräfte

Berlin – Der Bundespolizei fehlen 1600 bis 1700 Beamte, so der für die Bundespolizei zuständige Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jörg Radek. Grund für die Überlastung sei vor allem der rapide Anstieg illegaler Einreisen, dem ein strenger Sparkurs gegenüberstehe. Radek klagt, dass andere europäische Länder illegal Einreisende einfach nach Deutschland „durchwinken". Dies widerspreche den vertraglichen Vereinbarungen. *H.H.*

Amnesty: »Keine Massengräber«

London/Kiew – Laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International gibt es keine Beweise für Massengräber in der Ostukraine. Die von beiden Konfliktparteien veröffentlichten Berichte über Massentötungen seien in einigen Fällen „enorm übertrieben", so ein in London veröffentlichter Bericht. Dagegen gebe es gezielte Tötungen, die „in einigen Fällen Kriegsverbrechen darstellen können". Solche Taten seien auf beiden Seiten nachgewiesen worden. *J.H.*

ZUR PERSON

Regierender Parteisoldat

Party war gestern. Jetzt wird Politik gemacht. So kann man es überspitzt auf den Nenner bringen, wenn man den noch amtierenden Berliner Bürgermeister mit dem designierten vergleicht. Hier der glamouröse Klaus Wowereit, dort der biedere, aber solide Parteiarbeiter **Michael Müller**, der „Wowi" am 11. Dezember im Amt des Regierenden Bürgermeisters folgen soll.

In einem SPD-Mitgliederentscheidl setzte sich der als Favorit ins Rennen gegangene Müller deutlich mit 59 Prozent der Stimmen gegen seine Genossen Jan Stöß und Raed Saleh durch. Nachdem von Wowereit nicht erst seit dem BER-Desaster der Glanz abgefallen ist, soll dessen als glanzlos geltender Kronprinz Müller mit einem neuen unspektakulären Politikstil Berlin wieder aufrichten. Dabei hatte der Stadtentwicklungssenator ausgerechnet im Bezirk Tempelhof, wo er aufgewachsen ist und wo er in der von seinem Vater gegründete Druckerei leitet, mit ansehen müssen, wie ein Volksentscheid seine Pläne von der Bebauung des Tempelhofer Feldes zunichtemachte. „Das Gesicht der Niederlage", nannte man ihn damals.



Ebenso haftet ihm als Makel an, dass er 2012 nach achtjährigem Vorsitz der Landes-SPD von Jan Stöß gestürzt wurde. Damals wurde kritisiert, dass Müller der Partei zu wenig Profil gegeben habe. Tatsächlich gilt er nicht als ein (Er-)Neuerer, der mit Schwung vorangeht. Der 49-Jährige, der auf einer Gesamtschule die Mittlere Reife abgelegt hat und danach eine kaufmännische Lehre an einer Fachoberschule abschloss, hat dafür den Ruf, ein solider zuverlässiger Parteisoldat zu sein. Das kommt dem Regierungspartner CDU entgegen, die in Müller den idealen Kandidaten sieht, um in Berlin die Große Koalition fortführen zu können. *Harald Tews*



Deutschland wird zahlen

Warum windlose Windkrafträder Subventionen kriegen sollen, wie wir die Schulden der anderen erben, und was Sie das kosten wird / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Bei den Klimarettern an der Ökostromfront wächst der Unmut. Während ihnen in den Bilanzen ein eiskalter Wind entgegen bläst, stehen die Rotoren ihrer Kraftwerke wegen Windmangels viel zu oft still. Resultat: Verluste, überall Verluste, wo doch eigentlich alle reich werden sollten.

Der Grund liegt in der Hinterhältigkeit des deutschen Wetters. Im Süden unseres Landes weht es einfach zu wenig, mancherorts nicht halb so oft wie an den Küsten. Daher wird viel weniger Strom verkauft als geplant und die angelockten „Investoren" gukken in die Röhre.

So kann es nicht weitergehen. Muss es auch nicht, denn: Immer wenn du meinst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her. Diesmal aus Berlin: Das dortige „Öko-Institut" hat einen Plan ausgearbeitet, der alle Probleme lösen wird.

Danach sollen die Stromanbieter nicht nur für den eingespeisten Saft mit den üppigen Ökostromzulagen beschenkt werden. Das Institut fordert zusätzlich eine „Kapazitätsprämie" für die Produzenten.

Das heißt, sie bekämen Geld nicht bloß für eingespeiste Energie, sondern auch dafür, wie viel Energie sie theoretisch einspeisen könnten. Ist das nicht wunderbar? Nicht bloß für wirkliche Leistung soll's hier Bares geben, sondern auch für Leistung, die man unter besseren Bedingungen hätte erbringen können, die widriger Umstände halber aber nie erbracht wurde, weil es in den Tälern von Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg nun einmal weniger Wind gibt als draußen in der Ostsee, was man ja unmöglich vorher wissen konnte. Schließlich hatten die „Experten" doch versprochen, dass Windstrom praktisch überall in Deutschland rentabel herstellbar ist.

Nach der Logik der „Kapazitätsprämie" müsste es demnächst auch Subventionen geben für Solarpanele, die wir im Keller stapeln. Schließlich haben die ja ebenfalls eine Leistungs-„Kapazität", die nur leider keinerlei Strom abwirft, weil es widriger Umstände halber dort unten unvorhergesehen dunkel ist.

Das hat's noch nicht mal in den bizarrsten Auswüchsen der sozialistischen Planwirtschaft gegeben. Da wurde zwar auch so mancher Produzent für etwas bezahlt, was gar keiner haben wollte, während die Herstellung begehrter Erzeugnisse mangelhaft blieb. Aber irgendetwas herstellen sollte man denn doch.

Wer das bezahlen soll? Na, raten Sie mal! Sie natürlich, der deutsche Stromkunde. Wie allerdings durchsickert, sollen Sie nicht allein in Ihrer Funktion als Stromkunde zur Melkmaschine geführt werden, sondern überdies in der als Deutscher. Und zwar in ganz großem Stil.

> Viele Franzosen glauben, dass die Deutschen eine untilgbare Schuld bei ihnen hätten

50 Milliarden Euro sollen die Germanen raushauen, damit es Frankreich endlich wieder besser geht, fordert der französische Finanzminister Michel Sapin. Frankreich will im Gegenzug sparen. Geld? Nein, das, wenn überhaupt, erst viel später. Sparen will man sich an der Seine vor allem schmerzhafte Reformen, wie sie die Deutschen vor zehn Jahren durchgezogen haben, weshalb sie jetzt Geld haben, das Frankreich gut gebrauchen könnte, um genau jenen Reformen aus dem Wege zu gehen und die Beine hochzulegen.

„L'Allemagne paiera", „Deutschland wird zahlen" hieß das Werk, das 2013 mit dem französischen Wirtschaftsbuchpreis ausgezeichnet wurde. Ihnen kommt der Titel bekannt vor? Sie liegen richtig. Das war die Parole nach dem Versailler Vertrag von 1919. Und am 18. September 1992 titelte die Zeitung „Le Figaro": „Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg." Zur Erinnerung: Mit dem Maastrichter Vertrag wurde die europäische Einheitswährung beschlossen. Nachdem am 28. Juli 1914 der Erste Weltkrieg ausgebrochen war, hat Europa die 100. Wiederkehr dieses Datums ganz ohne Krieg überstanden. Toll, nicht wahr? Aber warum sollte man sich heute auch nochmal so eine Mühe machen, wenn's die fette Beute auch ohne den schrecklichen Waffengang gibt?

Aber wieso eigentlich? Was schert es uns denn, wenn sich die Franzosen weiter verschulden und ihr Land gegen die Wand fahren, mögen wir uns jetzt fragen. Das müssen die doch ausbaden.

Oder? Eben nicht: EU und EZB-Chef Mario Draghi schmieden die Staaten, Banken und Volkswirtschaften der Euro-Zone dermaßen eng aneinander, dass wir am Ende mit in die Wanne müssen, egal, wer das viele kalte Wasser eingelassen hat.

Die Autorin von „L'Allemagne paiera", Odile Benyahia-Kouider, will ihr Buch übrigens als Kritik an ihren Franzosen verstanden wissen. Die glauben angeblich, die Deutschen hätten eine untilgbare Schuld bei ihnen, weshalb man den östlichen Nachbarn mit bestem Gewissen ausrauben dürfe.

Wie das geschehen kann, da hatte Daniel Stelter schon vor anderthalb Jahren eine zündende Idee. Stelter ist Manager bei der Berliner Filiale der Boston Consulting Group (BCG), einer der weltgrößten Unternehmensberatungen. Also eine ganz große Nummer, wenn es um „guten Rat" in Finanzsachen geht, einen Rat, den auch Politiker registrieren.

Also, sagte Stelter, zunächst müssten wir die europäischen Schulden zusammenfassen. Damit wären die Schulden Frankreichs, Italiens, Griechenlands und der anderen Euro-Länder, die fast alle deutlich höher verschuldet sind als wir, auch unsere Schulden. Das zu der Frage, „was uns das angeht".

Dann sollen sie abgebaut werden, über 30 Jahre. Wie? Über eine Vermögensabgabe. In dem Gespräch, das Stelter mit dem Deutschlandradio führte, fällt die Zahl von 1,67 Prozent jährlich, auch für Firmen. Auf diese Weise würde über 30 Jahre genau die Hälfte des gesamten Vermögens eingezogen. Die Hälfte von allem: Geld, Immobilien, Aktien, privaten Renten- oder Lebensversicherungen, einfach alles.

Aber 1,67 Prozent? Das wären ja nicht einmal 0,14 Prozent im Monat. Ist doch Pillepalle, wenn wir die Euro-Zone dafür schuldenfrei bekommen, oder?

Oder? Nehmen wir ein normales deutsches Ehepaar aus der Mittelschicht. Beide Mitte 50. Da beide schon seit 30 Jahren im Beruf sind, hat der Rückkaufwert ihrer Lebens- und privaten Rentenversicherungen mittlerweile 150000 Euro erreicht. Auf der Bank haben sie 10000 Euro, den gleichen Wert noch einmal in ein paar Aktien, über viele Jahre nach und nach zusammengekauft. Das Haus am Rande der Großstadt ist abbezahlt, wofür sie jahrelang auf vieles verzichten mussten. Infolge der guten Entwicklung der Immobilienpreise in den Ballungsräumen ist der Bau heute 330000 Euro wert.

Macht ein Vermögen von 500000 Euro. 1,67 Prozent davon wären 8350 Euro, pro Monat also eine Abgabe von knapp 700 Euro. Prost Mahlzeit! Hätten sie den Zaster doch bloß verjubelt, statt für das Haus zu sparen, die Idioten!

Der Deutschlandradio-Mann lauert Stelter zum Ende des Interviews noch mit einer ganz gemeinen Frage auf: Wer kontrolliere eigentlich, dass die Steuer in allen Ländern ordnungsgemäß eingetrieben und das Geld hernach auch nach Vorschrift verwendet werde. Also nicht für Wahlkampfgeschenke versaubeutelt, wollte er wohl sagen.

Da kommt der BCG-Manager ins Schleudern: "Das ist ein richtiges Problem", räumt er ein. Ja, aber vermutlich nur aus deutscher Sicht, denn unsere Behörden würden aus ihren Bürgern ganz gewiss jeden Cent herausquetschen, während andere Länder da bekanntlich sehr viel großzügiger verfahren.

Aber was soll das blöde Gejammer. Dann muss man den Deutschen eben noch heftiger eintrichtern, wie sehr sie vom Euro profitieren. Oder eben, was für Schurken es sind, die das Euro-System kritisieren. Die Propaganda muss in dem Maße hochgefahren werden, in dem solche Überlegungen wie die von Stelter näher an den Bereich des Möglichen rücken. Apropos: Warum ist der Schäuble eigentlich neulich so ungewöhnlich scharf auf die AfD losgegangen?

MEINUNGEN

*Der Erziehungswissenschaftler und Psychologe **Beat Kissling**, der als Gymnasiallehrer und Hochschuldozent tätig ist, rechnet in der „Wirtschaftswoche" (13. Oktober) mit der **OECD** und ihren **„Pisa"-Tests** ab:*

„In den Pisa-Studien und der OECD-Governance ist keine Bemühung zu sehen, nationale Bildungssysteme zu optimieren, sondern die Absicht, weltweit eine globalisierte, standardisierte Bildungspraxis zu installieren. In dieser werden Menschen auf ihren Wert als ‚Humankapital' reduziert und die Nationalstaaten haben sich einem globalen Bildungs-Leviathan unterzuordnen."

***Wolfgang Bok** nimmt im „Cicero" (20. Oktober) die mögliche Wahl des Linkspartei-Politikers Bodo Ramelow zum thüringischen Ministerpräsidenten mit den Stimmen der SPD zum Anlass, die **Bündnispolitik der CDU** zu kritisieren:*

„Gutgläubig reiht sich die Union damit ein in ein ‚breites Bündnis gegen die AfD', zu dem die SPD aufruft. Selbst haben die Genossen freilich keine Skrupel, mit den tiefroten Linkspopulisten zu paktieren. Mehr noch: Je dreister die Lucke-Partei zur ‚Gefahr' (Yasmin Fahimi) oder ‚Schande für Deutschland' (Wolfgang Schäuble) stilisiert wird, desto mehr (Protest-)Wähler laufen ihr möglicherweise zu."

*Der **griechische** Ökonom **Yanis Varoufakis** verweist alle Schönfärberei hinsichtlich der Situation seines Landes im Gespräch mit den „Deutschen Wirtschaftsnachrichten" (20. Oktober) ins Reich der **Legenden**:*

„Es ist ziemlich schrecklich. Der Staat ist zahlungsunfähiger als je zuvor, die Banken ebenso. Und im privaten Sektor hat jeder Schulden bei jedem, und niemand kann zahlen … Die griechischen Banken sind vollkommen insolvent mit einem Anteil fauler Kredite von 40 Prozent und anderen ‚Vermögenswerten', die reiner Betrug sind."

***Hans-Jürgen Jakobs**, Chefredakteur des „Handelsblattes", analysierte in der vergangenen Wochenendausgabe der Zeitung die Wirkung der **EZB-Politik auf die Bevölkerung und die Börsen**:*

„Es ist bezeichnend, dass die Bürger ohnehin nie so recht an das garantierte Glück aus Washington oder Frankfurt geglaubt haben. Sie spürten, dass die EZB der Politik in aller Treue und im besten Willen viel Zeit kauft, die diese nicht nutzt. Sie hörten Mario Draghi zu, hielten ihr Pulver trocken und lasen heimlich unter der Bettdecke ‚Der Crash ist die Lösung'; das Buch steht seit Monaten auf den deutschen Bestsellerlisten."

***Reinhard Müller** kritisiert in der „FAZ" vom 20. Oktober den **Umgang der Politik** mit **radikalen Islamisten**:*

„Die Vorgaben des UN-Sicherheitsrats, den ‚Terrortourismus' verschärft unter Strafe zu stellen, ändern nichts daran, dass es zunächst ein Vollzugsdefizit gibt – siehe die Ausreise trotz elektronischer Fußfessel. Bund und Länder müssen sich am Ergebnis ihrer Politik messen lassen. Hunderte Reise-Dschihadisten und Krawalle in den Städten rufen nicht unbedingt nach neuen Gesetzen, wohl aber zum Handeln auf."